



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die Nabucco-Pipeline: Ein Versuch europäischer Diversifizierung?“

Verfasserin

Anne Kascha, B.A.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (M.A.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 689

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Zeitgeschichte

Betreuer:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Inhalt

Danksagung	4
Eidesstaatliche Erklärung.....	5
Vorwort.....	6
1. Einleitung.....	7
2. Europäische Energiepolitik.....	9
2.1 Einführung	9
2.2 Historische Betrachtungen der Energiepolitik der EU	11
2.2.1 Die Anfänge	12
2.2.2 Der Energiechartavertrag	15
2.2.3 Die Jahre des Übergangs.....	16
2.2.4 Der Aufschwung der energiepolitischen Entscheidungen	17
2.3 Energiepolitische Akteure.....	20
2.3.1 EU-Institutionen.....	20
2.3.2 Wirtschaftliche Akteure	23
2.4 Zwischenfazit.....	25
3. Russische Energiepolitik	26
3.1 Einführung	26
3.2 Erdölsektor.....	28
3.3 Erdgassektor.....	29
3.4 Die russische Energiestrategie	33
3.5 Zwischenfazit.....	36
4. Betrachtung der Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland.....	37
4.1 Partnerships – und Kooperationsabkommen	38

4.2	Energiedialog	39
4.3	Energiepakt	40
4.4	Energiecharta	40
4.5	Zwischenfazit.....	41
5.	Die Pipelinepolitik der Europäischen Union	44
5.1	Die europäische Pipelinepolitik	44
5.2	Die Nabucco-Pipeline	45
5.2.1	Hintergrund.....	45
5.2.2	Historie.....	47
5.2.3	Die Problematik der Finanzierung der Nabucco-Pipeline	49
5.2.4	Der Rechtsstatus des Kaspischen Meeres	51
5.2.5	Das Exportpotential des Kaspischen Raumes.....	52
5.3	Zwischenfazit.....	61
6.	Die Pipelinepolitik der Russischen Föderation	63
6.1	Einführung	63
6.2	Nord-Stream und South –Stream.....	65
6.2.1	Nord-Stream-Pipeline	65
6.2.2	South-Stream-Pipeline	68
7.	Schlussfolgerung	71
8.	Abstract.....	74
8.1	Deutsch	74
8.2	Englisch	75
9.	Abbildungsverzeichnis.....	77
9.1	Pipelinenetz von Russland	77
9.2	Nabucco-Pipeline.....	78
9.3	Nord-Stream-Pipeline	78

9.4 South-Stream-Pipeline	79
9.5 Shtokman Gasfeld.....	80
9.6 Pipelinenetz Südlicher Korridor	81
9.7 Aserbaidshon – Shah Deniz Feld	81
9.8 Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline und South Caucasus Pipeline.....	82
9.9 Trans Adriatic Pipeline	83
9.10 TAPI und IPI Pipeline.....	83
10. Abkürzungsverzeichnis	84
11. Literaturverzeichnis	86
11.1 Dokumente.....	86
11.2 Monographien.....	87
11.3 Sammelbände.....	92
11.4 Aufsätze in Sammelbänden	92
11.5 Zeitschriftenaufsätze	92
11.6 Zeitungsaufsätze	99
11.7 Firmenwebseiten.....	102
12. Lebenslauf.....	104

Danksagung

Eine derartige Masterarbeit kann nur mit der großen Unterstützung von vielen Seiten gelingen, besonders dann, wenn die Arbeit neben einer intensiven beruflichen Tätigkeit angefertigt wird.

Mein besonderer Dank gilt daher meinem Betreuer, Herrn Prof. DDr. Oliver Rathkolb, für seine Geduld, sein großes Engagement und die wertvollen Hilfestellungen. Darüber hinaus ist er auf jede meiner vielen E-Mails und Sonderwünsche eingegangen und hat mir dadurch ermöglicht diese Arbeit zu vollenden.

Ebenso möchte ich von ganzem Herzen meiner Familie für ihr Verständnis und ihre vielfältige Unterstützung danken. Sie haben immer an meine Fähigkeiten geglaubt und mich stets daran erinnert mir treu zu bleiben. Auch gebührt meinem ehemaligen Studienkollegen Rainer Poller mein Dank für seine wertvollen Kommentare und Anmerkungen zum Stil der Arbeit.

Weiterhin wäre mir der Abschluss dieser Arbeit nie gelungen ohne die Unterstützung meines Partners Philipp Bayer, der mich immer wieder ermutigt hat weiterzuschreiben und mich auch am Wochenende vor die Bücher und den Computer gelockt hat. Ohne ihn wäre die Arbeit in dieser Form nicht zustande gekommen.

Eidesstaatliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Wien, im Februar 2012

Anne Kascha

Vorwort

In den letzten Jahren meines Berufslebens wurde ich häufig mit energiepolitischen Fragestellungen konfrontiert. Nicht nur, dass es immer wieder anregende und spannende Diskussionen mit Dozenten und Studierenden des von mir betreuten MBA Studiengangs Energy Management gab, sondern es ermöglichte mir ebenfalls einen Einblick in verschiedenste Energiefirmen und Institutionen auf der ganzen Welt.

Eine Thematik, die dabei so gut wie ständig präsent war, ist die Frage nach der Importabhängigkeit der Europäischen Union und ihrer Bemühungen zukünftig eine größere Diversifizierung ihrer Energieimporte zu erreichen. In den letzten Jahren sind sowohl auf EU-Ebene, als auch von internationalen Unternehmen, eine Vielzahl an Projekten ins Leben gerufen wurden. Eines der größten stellt hierbei der geplante Bau der Nabucco-Pipeline dar, die den Schwerpunkt dieser Masterarbeit darstellt. Das Nabucco-Projekt hat zum Ziel, die europäischen Absatzmärkte mit den Gasreserven des kaspischen Raumes zu verbinden. Die Europäische Union, so scheint es auf den ersten Blick, unterstützt das Projekt nicht nur finanziell sondern ebenfalls politisch.

Daher geht die vorliegende Arbeit der Frage nach, ob das Nabucco-Projekt als Paradebeispiel für eine schrittweise Unabhängigkeit der EU von Russland gelten kann.

1. Einleitung

Die Energiepolitik ist in den letzten Jahren zu einer zentralen Thematik der nationalen und internationalen Politik avanciert. Als Paradebeispiel gelten dabei nach wie vor die Europäische Union und Russland. In beiden nehmen die energiepolitischen Diskurse einen besonders hohen Stellenwert ein. Allein am Russisch-Ukrainischen Gasstreit in den Jahren 2006 und 2009 wurde die starke europäische Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen ersichtlich.¹ Daher ist der bisher betriebene Pipelineausbau zwischen Russland und Europa in den Augen der Europäischen Kommission äußerst zwiespältig gesehen. Aufgrund dessen stellt ein vorrangiges Ziel der EU die Verringerung der Abhängigkeit von russischen Erdgasimporten dar. In diesem Zusammenhang gilt das Nabucco-Projekt als das strategisch wichtigste. Ziel des Projektes ist die Anbindung des europäischen Energiemarktes an die Gasreserven aus dem Kaspischen Raum. Dabei ist die landläufige Meinung, dass dies für Russland den Verlust einer Vormachtstellung gleichkommen würde, da es bisher mehr als 60 % des europäischen Öl- und Gasmarktes abdeckt. Ist aber nicht viel mehr von einem gegenseitigen Nutzen zu sprechen, besonders bei der Betrachtung der Energiebeziehungen? Fakt ist, dass Russland dringend auf ausländische Investitionen angewiesen ist. Es benötigt das Kapital um unter anderem sein gigantisches Pipelinenetz zu erneuern und Instand zu halten. Die Europäische Union hingegen ist auf Energieimporte angewiesen um die Versorgung innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten auch zukünftig zu gewährleisten. Außer Frage steht hierbei, dass die Beziehungen zwischen der EU und Russland keineswegs frei von Komplikationen sind. Deutlich wird dies allein bei Betrachtung der

¹ Es handelt sich um einen ständig schwelenden Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine, bei dem es um die Problematik der Erdgaslieferungen an und durch die Ukraine geht. Als Russland im März 2005 die Bedingungen und den Preis über den Transit von Erdgas durch die Ukraine nach Westeuropa neu verhandeln wollte, weigerte sich die Ukraine diese anzunehmen. Folge war, dass Russland am 1. Januar 2006 die Gasexporte in die Ukraine einstellte, was Lieferengpässe in verschiedenen westeuropäischen Staaten nach sich zog. Für weiterführende Informationen: Götz, Roland: Russlands Erdgas und Europas Energiesicherheit. In: SWP-Studie, Bd. 21.2007.; Grätz, Jonas; Westphal Kirsten: Ende gut, alles gut? Das russisch-ukrainische Gasabkommen auf dem Prüfstand. In: SWP-Aktuell A03, Januar 2009, Berlin 2009.; Stern, Jonathan: The Russian-Ukrainian gas crisis of January 2006, Oxford 2006.; Westphal, Kirsten: Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit. Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit, Berlin 2009.

unterschiedlichen Ansätze der Energiepolitik: Die Russische Föderation ist durch starke staatliche Kontrolle des Energiesektors gekennzeichnet. Die EU hingegen versucht marktwirtschaftliche Prinzipien durchzusetzen und gleichzeitig eine einheitliche und gemeinsame Energiepolitik für alle 27 Mitgliedsstaaten zu entwickeln, was jedoch, wie die Arbeit aufzeigen wird, ein schwieriges Unterfangen darstellt.

Die vorliegende Masterarbeit setzt sich kritisch mit der Energie- und Pipelinepolitik der Europäischen Union und Russischen Föderation, unter besonderer Berücksichtigung der Nabucco-Pipeline, auseinander. Hierbei geht die Arbeit der Frage nach, ob diese Pipeline als ein europäisches Vorzeigeprojekt gelten kann. Ferner wird ein kritischer Blick auf das Gesamtkonzept der Nabucco-Pipeline geworfen und geprüft, ob es jemals in die Realität umgesetzt werden kann und dadurch eine Verringerung der Abhängigkeit von russischen Importen wirklich gewährleistet ist. Des Weiteren wird ausführlich erörtert werden, ob die beiden Pipelineprojekte South-Stream und Nord-Stream als russische Antwort auf Nabucco anzusehen sind. In diesem Zusammenhang wird auch der Frage nachgegangen, ob diese drei genannten Pipeline-Vorhaben auch als exemplarische Beispiele für das Verhältnis in den Energiebeziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union anzusehen sind.

2. Europäische Energiepolitik

2.1 Einführung

Die Europäische Union umfasst 27 Mitgliedsstaaten mit knapp 500 Millionen Einwohnern, was acht Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Statistisch betrachtet, wäre es das siebtgrößte Land der Erde, gleichwohl es rund 30 % des weltweiten BIP² produziert, was 11 Billionen Euro entspräche.³ Diese Zahlen verdeutlichen umso mehr, dass die Sicherung des Energiebedarfs für die europäische Wirtschaftsleistung einen wichtigen Faktor darstellt. Experten gehen davon aus, dass die Zahl der Haushalte innerhalb der EU27⁴ signifikant zunehmen wird. Damit verbunden ist ein steigender Bedarf nach Energie.⁵ Die Europäische Union muss demnach in den kommenden 20 bis 30 Jahren mehr als 85 % ihres Energiebedarfs durch Importe decken. Das derzeitige Handelsvolumen des europäischen Gasmarktes liegt bei circa 1.300 Mrd. m³, wobei über die Hälfte durch Importe aus Algerien, Großbritannien, Norwegen und Russland abgedeckt wird. Allein davon stellt Russland mehr als die Hälfte.⁶ In den kommenden Jahren wird sich allein der Anteil der Erdgaseinfuhren auf über 80 % erhöhen.

Die europäisch bedeutenden Energieressourcen sind einzig um das Gebiet des so genannten nordwesteuropäischen Kontinentalschelfs zu finden, zu dem die Anrainerstaaten der Nordsee zählen.⁷ Diese stellen circa 20 % der Erdölimporte dar. Allein Großbritannien verfügt derzeit noch über 3,4 Mrd. Barrel Öl, was 62 % der Gesamtreserven der EU entspricht.⁸ Norwegen besitzt mit rund 7,5 Mrd.

² BIP steht als Abkürzung für Bruttoinlandsprodukt und misst den Gesamtwert aller Dienstleistungen und Waren, die innerhalb eines Jahres in einem Staat hergestellt wurden.

Vgl. <http://www.bpb.de/wissen/I6PFEV,0,WeltBruttoinlandsprodukt.html>.

³ Vgl. Nötzold, Antje: Die Energiepolitik der EU und der VR China. Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit, Wiesbaden 2011, S. 187.

⁴ EU27 ist die Bezeichnung für alle derzeitigen 27 Mitgliedsstaaten.

⁵ Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 187f.

⁶ Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Energierohstoffe 2010. Reserven, Ressourcen, Verfügbarkeit. S. 80ff.

⁷ Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 185.; Europäische Kommission: Grünbuch, KOM(2000) 769, S. 19.

⁸ Vgl. BP: Statistical Review of World Energy 2010, London, S. 22f.

Barrel Erdgas die zwölftgrößten Reserven weltweit.⁹ Problematisch ist, dass die Förderkosten des norwegischen Erdöls erheblich höher sind, als in vergleichbaren Regionen, wie etwa Russland. Daher ist es unabdingbar, dass ein vorrangiges Ziel der europäischen Energiepolitik die Sicherung der zukünftigen Energieversorgung darstellt, worauf später noch ausführlich eingegangen wird.¹⁰ Ein interessanter Fakt ist, dass Europa in Bezug auf die Kohleförderung eine sehr gute Ressourcenausstattung vorzuweisen hat. Dabei konzentriert sich die Kohleförderung innerhalb der EU auf Deutschland, Polen, Großbritannien und die Tschechische Republik.¹¹ Somit ist die Europäische Union derzeit noch in der Lage mehr als 90 % ihres Kohleverbrauchs aus eigenen Reserven zu decken. Ein weiterer Punkt ist, dass die „[...]geographische, geologische, klimatische und botanische Vielfalt Europas[...]“ ein enormes Potenzial für die Nutzung von erneuerbaren Energien bietet, auch wenn diese innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten große Unterschiede aufweisen.¹² Besonders die Staaten Nordeuropas und des Baltikums besitzen einen hohen Anteil erneuerbarer Energieträger.¹³ Ebenfalls führend ist die EU bei der Windkraftherzeugung. Mehr als 60 % aller weltweiten Kapazitäten und sieben der zehn führenden Windkraftländer stammen aus Europa.¹⁴

Diese Zahlen lassen auf den ersten Blick vermuten, dass die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aus ressourcentechnischer Sicht für die kommende Jahre keinerlei Probleme bei der Energieversorgung haben sollten. Dennoch bleibt die EU im weltweiten Vergleich eine der größten Verbraucherregionen von fossilen Rohstoffen und stellt bereits jetzt einen der größten Energieimporteure dar, auch wenn innerhalb der Union der Grad der Importabhängigkeit von Mitgliedstaat zu

⁹ Vgl. BP: Statistical Review, S. 22f.

¹⁰ Vgl. Müller, Friedemann: Energie-Außenpolitik. Anforderungen veränderter Weltmarktconstellationen an die internationale Politik, Berlin 2006.; Götz: Russlands Erdgas, S.11.

¹¹ Laut der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe befindet sich Deutschland weltweit auf dem fünften und Polen auf dem achten Rang. Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Energierohstoffe.

¹² Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 190.

¹³ Antje Nötzold gibt unter anderem für Lettland 36 %, für Schweden 26 %, Finnland 23 % und Dänemark 14 % an. Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 190.

¹⁴ Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Portugal, Spanien. Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 190.

Mitgliedstaat variiert.¹⁵ Die Abhängigkeit von Importen wird sich nach Experten, bis zum Jahr 2030 mehr als verdoppeln, wohingegen die Energieproduktion innerhalb der EU um bis zu 25 % abnimmt, da die europäische Öl- und Gasproduktion ihren Höhepunkt bereits überschritten hat.¹⁶

2.2 Historische Betrachtungen der Energiepolitik der EU

Dennoch ist die Auseinandersetzung mit der energiepolitischen Thematik innerhalb der Europäischen Union kein Thema der Neuzeit. Von Beginn an beinhaltete „[...] die europäische Einigung [...] auch die Idee einer *Energiegemeinschaft*“.¹⁷ Doch bis heute ist es nicht gelungen die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, um die Kompetenzen im Bereich der Energiepolitik auf EU-Ebene zu verstärken. Nach wie vor ist es den Institutionen der Europäischen Union nur möglich, meist sektoral, in der Forschungs-, Umwelt-, und Wettbewerbspolitik tätig zu werden.¹⁸ Zudem behindert das Subsidiaritätsprinzip¹⁹ erheblich die Gestaltung einer einheitlichen und gemeinsamen Energiepolitik.

Die historische Rückschau wird aufzeigen, dass die Entwicklung einer einheitlichen europäischen Energiepolitik ein „[...] *äußerst mühsamer und auch heute noch nicht abgeschlossener Prozess ist.*“²⁰ Als treibende Kraft ist bis heute die Europäische Kommission anzusehen, welche zu Beginn noch als Hohe

¹⁵ An dritter Stelle beim Erdölkonsum, an vierter Stelle bei Erdgas. Vgl. Nötzold: Die Energiepolitik der EU, S. 194f. Für weiterführende Informationen: IEA (Hrsg.): Energy Policies Review: The European Union, Paris 2008, S. 59f.; BP: Statistical Review, S. 22.

¹⁶ Vgl. IEA (Hrsg.): Energy Policies Review, S. 60.; Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 194.

¹⁷ Geden, Oliver; Fischer, Severin: Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union.

Bestandsaufnahme und Perspektiven, Baden-Baden 2008. S. 23.; Nötzold: Energiepolitik der EU, S.200.

¹⁸ Vgl. Rippert, Sébastien: Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000-2007, S. 25.

¹⁹ Der Grundsatz der Subsidiarität beinhaltet, dass Aufgaben selbstbestimmt und eigenverantwortlich durchgeführt werden. Selbstbestimmung, Eigenverantwortung und die Entfaltung der individuellen Bedürfnisse sind dabei von essentieller Bedeutung. Auf EU-Ebene behindert dieses Prinzip die Gestaltung einer einheitlichen Energiepolitik, da nach wie vor jeder einzelne Mitgliedsstaat zunächst selbstbestimmt in diesem Bereich agieren kann. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Subsidiarität%C3%A4t>. Für weiterführende Informationen: Calliess, Christian: Subsidiaritäts- und Solidaritätsprinzip in der Europäischen Union, Baden-Baden 1999.; Hüttmann, Martin Große: Das Subsidiaritätsprinzip der EU –eine Dokumentation, Tübingen 1996.

²⁰ Pollak, Johannes; Schubert, Samuel; Slominsik, Peter: Die Energiepolitik der EU, Wien 2010, S. 63.

Behörde²¹ agierte und gegen Widerstände der Mitgliedstaaten versuchte einen „Binnenmarkt für Kohle, Gas und Öl zu etablieren“.²²

2.2.1 Die Anfänge

Die 1950er Jahre, welche als Gründungsjahre für die Europäische Union angesehen werden, waren geprägt von einer gemeinsamen Kooperation in den Bereichen Kohle und Stahl. Als Ursprung ist der so genannte Schuman-Plan²³ des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman²⁴ anzusehen. Dieser stellte 1950 Überlegungen an, die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion durch „[...] die Errichtung einer gemeinsamen Koordinations- und Kontrollbehörde [...]“ zu überwachen.²⁵ Dies hatte zum Ziel „[...] alle bisher einzelstaatlich üblichen Maßnahmen der Investitionshilfe, der Steuerung von Markt- und Preisentwicklung, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes unter Beseitigung aller Zölle sowie Handels- und Verkehrshemmnisse für den gesamten Montanbereich der alleinigen Entscheidungsgewalt einer [...] Hohen Behörde zu übertragen.“²⁶ Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl²⁷ galt als „[...] ein erster ambitionierter Versuch [...] Energiepolitik [...]“

²¹ Die Hohe Behörde der EGKS wurde 1952 als Exekutivorgan eingerichtet und galt als das erste supranationale Organ in der Geschichte der EU. Zu diesem Zeitpunkt bestand sie aus neun Mitgliedern, wobei Deutschland, Frankreich und Italien je zwei stellten und Belgien, die Niederlande und Luxemburg jeweils einen. Mit dem Inkrafttreten des 1965 unterzeichneten Vertrages zur Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der EG, ging die Hohe Behörde in die Kommission der EG auf. Für weiterführende Informationen: Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn 2004.; Clemens, Gabriele (Hrsg.): Geschichte der Europäischen Integration, Paderborn 2004.; http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Definitionen/Pdf/Hohe_Behoerde.pdf.

²² Pollak: Energiepolitik der EU, S. 63.

²³ Der Schuman-Plan auch bekannt unter der Schuman-Erklärung entwirft ein Konzept für eine Zusammenführung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion. Für weiterführende Informationen: Schuman, Robert: Pour l'Europe, Paris 1963.; Judt, Tony: Große Illusion Europa, München 1994.; McDougall, Walter: Political Economy versus National Sovereignty. French Structures for German Economic Integration after Versailles. In: The Journal of Modern History, Bd. 51, 1979, 1; http://europa.eu/abc/symbols/9-may/decl_en.htm.

²⁴ Jean-Baptiste Nicolas Robert Schuman wurde am 29. Juni 1886 in Luxemburg geboren und starb am 4. September 1963. Gilt als einer der Gründerväter der Europäischen Union neben Jean Monnet. Für weiterführende Informationen: Lücker, Hans August: Robert Schuman. Europäer aus christlicher Verantwortung, Vallendar 1992.; Seitlinger, Jean; Lücker, Hans August: Robert Schuman und die Einigung Europas, Bonn 2000.

²⁵ Liebing, Stefan: Energiepolitik in der EU und Russland. Interessenslagen, Konfliktpotenziale, Kooperationsansätze, Duisburg 2010, S.11.

²⁶ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 65.

²⁷ Siehe Fußnote 1.

gemeinschaftlich zu gestalten“.²⁸ Am 18. April 1951 erfolgte die Unterzeichnung des Vertrages durch die sechs Gründungsmitglieder²⁹ und trat am 1. Februar 1953 für eine Laufzeit von 50 Jahren final in Kraft.

Mit der Zeit wurde jedoch offensichtlich, dass die Beschränkungen der EGKS auf die Montanindustrie für die Mitgliedsstaaten nicht ausreichend schienen und bereits im Jahr 1955 ein Konzept in Auftrag gegeben wurde, für die Schaffung eines europäischen Marktes, in dem ebenfalls Bereiche wie Kernenergie, Gas oder Elektrizität in die EGKS integriert werden sollten. 1956 wurden zwei Entwürfe präsentiert: Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)³⁰ und der Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM)³¹. Beide wurden im darauffolgenden Jahr in Rom unterzeichnet und sind seither unter der Bezeichnung Römische Verträge bekannt.³²

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Gründung der EURATOM letzten Endes auf den Versuch der Schaffung einer unabhängigen Energieversorgung zurückgeht, was auch heutzutage ein Kernthema der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten darstellt. Bereits zu diesem Zeitpunkt nahm die strategische Bedeutung von Kohle als Energieträger zunehmend ab. Öl und Gas hatten jedoch noch nicht die wirtschaftliche und (geo-)politische Bedeutung wie heutzutage. Mit dem EURATOM-Vertrag gingen verschiedene Ziele einher. Da die Kernenergie vom technischen Standpunkt her als gefährlich eingestuft wurde, war es den Staaten der EGKS ein Anliegen, den Ausbau dieser Technologie und Energieform gemeinsam voranzutreiben, um

²⁸ Geden: Energie- und Klimapolitik, S. 24.

²⁹ Die Gründungsmitglieder waren: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande. Für weiterführende Informationen: Bayer: Wurzeln der Europäischen Union, 2002.; Keller, M.: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl: ein idealistisch-europäisches Werk? Deutsche und französische Interessen bei der Gründung der Europäischen Union, Siegen 2006.; Rasch: Anfänge und Auswirkungen, 2007.

³⁰ Der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde 1992 umgeändert in den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft durch den Vertrag von Maastricht. Im Dezember 2009 erfolgte erneut eine Namensänderung in den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union. Allgemein ist der Vertrag als eine der primären Rechtsquellen für die EU anzusehen. Für weiterführende Informationen: Callies, Christian; Ruffert, Matthias (Hrsg.): EUV. AEUV. Kommentar, München 2011⁴.; Geiger, Rudolf; Khan, Daniel-Erasmus; Kotzur, Markus: EUV/AEUV. Vertrag über die Europäische Union und Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, München 2010⁵.; Streinz, Rudolf: EUV.AEUV, München 2011².; <http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/htm/12002E.html>.

³¹ Der EURATOM-Vertrag wurde zur Koordinierung der friedlichen Nutzung der Kernenergie geschaffen. Er gewährleistet die Versorgungssicherheit im Rahmen einer zentralen Überwachung und hat bis heute nichts an seiner Gültigkeit verloren. Für weiterführende Informationen: Papenkort, Katja: Der Euratom-Vertrag im Lichte des Vertrags über eine Verfassung für Europa, Baden-Baden, 2008.; http://europa.eu/legislation_summaries/institutional_affairs/treaties/treaties_euratom_de.htm.

³² Vgl. Liebing: Energiepolitik in der EU, S.17f.

spätere Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten. Weiterhin sollten Investitionshilfen für die Errichtung von Nuklearanlagen eingeführt werden.³³ Gleichwohl ist der EURATOM-Vertrag nicht mehr als ein Bündnis der Zusammenarbeit anzusehen. Außer bei der Nuklearpolitik, unterliegt bis heutzutage, nach wie vor ein Großteil der energiepolitischen Entscheidungen den einzelnen Mitgliedstaaten.³⁴

Als 1956 die Suezkrise³⁵ folgte, versuchte die Hohe Behörde³⁶ ihren bisherigen Handlungsspielraum auf Öl, Gas und Strom auszudehnen. Dieser Versuch scheiterte kläglich und führte die Bedeutung und Aufgaben der Hohen Behörde zunehmend in Vergessenheit. Ein Grund hierfür ist, dass Kohle als primäre Energieressource zunehmend von Öl abgelöst wurde. Als jedoch 1967 der Sechstagekrieg³⁷, 1973 der Jom-Kippur-Krieg³⁸ und daraufhin 1973/74 die Ölpreise rapide anstiegen, entwickelte die Europäische Kommission Vorschläge, in denen sie unter anderem einen gemeinsamen Energiemarkt anregte.³⁹ Es kam jedoch nie zu einer verpflichtenden Erklärung. Im Herbst 1974 bekräftigte der EWG-Ministerrat erneut, dass eine energiepolitische Strategie von Nöten sei. Es folgten weitere unverbindliche Aussagen und Papiere, ohne jedoch gesetzliche Maßnahmen zu verankern. Man setzte auf „[...] *freiwillige Kooperation der Wirtschaft und finanzielle Unterstützungsprogramme*“.⁴⁰ Ebenfalls in den 1980er Jahren, wurden den Mitgliedstaaten weitere Dokumente von Seiten der

³³ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 69.

³⁴ Vgl. Liebing: Energiepolitik in der EU, S.19.

³⁵ Die Suezkrise entstand aufgrund einer militärischen Intervention in Ägypten. Hintergrund war die geplante Verstaatlichung der Sueskanal-Gesellschaft, welche sich zu diesem Zeitpunkt in britisch-französischer Mehrheit befand. Der damalige ägyptische Präsident Nasser plante Ägypten souverän und unabhängig vom britischen Einfluss zu machen. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Sueskrise>. Für weiterführende Informationen: Altmann, Gerhard: Abschied vom Empire. Die innere Dekolonisation Großbritanniens 1945-1985, Göttingen 2005.; Oren, Michael: Six days of war. June 1967 and the making of the modern Middle East, New York 2002.; Glasneck, Johannes; Timm, Angelika: Israel. Die Geschichte des Staates seit seiner Gründung, Berlin 1992.

³⁶ Siehe Fußnote 22.

³⁷ Vom 5.-10. Juni 1967 fand eine militärische Auseinandersetzung zwischen Israel auf der einen und Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite statt. Auslöser war die Blockade der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt. Für weiterführende Informationen: Barker, Arthur: Der Sechs-Tage-Krieg, München 1981.; Bowen, Jeremy: Six days. How the 1967 war shaped the Middle East, London 2003.; Oren: Six days of war 2002.; Segev, Tom: 1967. Israels zweite Geburt, München 2007.

³⁸ 1973 erfolgte im Fastenmonat Ramadan und am heiligsten jüdischen Feiertag, Jom Kippur, ein Angriff von Ägypten und Syrien auf die Golan-Höhlen und Sinai. Für weiterführende Informationen: Bregman, Ahron: Israels wars. A history since 1947, London 2002.; El-Badri, Hassan: The Ramadan war, Fairfax 1973.; Herzog, Chaim: The war of atonement. The inside story of the Yom Kippur war, London 2003.; Karsh, Efraim: The Iran-Iraq war. 1980-1988, Oxford 2002.

³⁹ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 70.

⁴⁰ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 64.

Europäischen Kommission präsentiert und zur Kenntnis genommen, jedoch ohne Taten folgen zu lassen.⁴¹

2.2.2 Der Energiechartavertrag

Im Juni 1990 schlug der damalige niederländische Ministerpräsident, Ruud Lubbers,⁴² die Schaffung einer Energiecharta vor, um die Versorgungssicherheit der Europäischen Union zu verbessern und die Beziehungen mit den eurasischen Staaten auszubauen.⁴³ Hintergrund war die politische Instabilität von Russland und den damit verbundenen Gasimporten. Eine wichtige Neuerung war, dass Lubbers die Energiebeziehungen zwischen Ost und West in einem multilateralen Rahmen sicherstellen wollte. Obwohl diese Charta zu Beginn rechtlich nicht bindend war, unterzeichneten bereits im Dezember 1991 die Mitgliedsstaaten der EG, die mittel- und osteuropäischen Staaten, als auch Japan und Staaten aus der Subsahara die Vereinbarung. Im Dezember 1994 erfolgte dann die Unterzeichnung und Ratifizierung des Regelwerks.⁴⁴ Alle unterzeichnenden Staaten verpflichteten sich darin, den Transport von Energie zuzulassen und das in- und ausländische Firmen bei Investitionen in einem Land gleiche Behandlung erfahren. Weiterhin regelt das Vertragswerk die Konfliktlösung bei Energiefragen und die Förderung der Energieeffizienz.⁴⁵ Russland unterzeichnete die Energiecharta, aber ratifizierte sie nicht und zog sich im Jahr 2009 vollkommen aus der Charta zurück. Dadurch galt die Charta als provisorische Anwendung und nicht als rechtlich bindend. Die Gründe hierfür werden im Kapitel über die russische Energiepolitik später

⁴¹ Vgl. Liebing: Energiepolitik in der EU, S.19f.

⁴² Rudolphus Franciscus Marie Lubbers. Geboren am 7. Mai 1939 in Rotterdam ist ein niederländischer Ökonom und Politiker. Von 1982 – 1994 hatte er das Amt des Ministerpräsidenten inne und war darüber hinaus von 2001 bis 2005 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen.

Vgl. <http://www.parlement.com/9291000/biof/01734>.

⁴³ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): European Energy Charter, COM (91) 36, final, Brüssel 1991. <http://www.encharter.org/index.php?id=29>.

⁴⁴ Vgl. <http://www.encharter.org/index.php?id=28&L=1%2F\\%27>. Für weiterführende Informationen: Chalker, James: Der Energiecharta-Vertrag: Normen, Regeln, Implementierung. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 55-67.; Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 75-80.; Pollak: Energiepolitik der EU, S. 146f.

⁴⁵ Vgl. Krämer, Luis-Martin: Die Energiesicherheit Europas in Bezug auf Erdgas und die Auswirkungen einer Kartellbildung im Gassektor, Diss., Universität Köln 2011, S. 206.

ausführlich dargestellt. Neben Russland waren ebenfalls die USA und Norwegen niemals volle Vertragspartner.⁴⁶

Der Energiecharta-Vertrag ist bis heute als das einzig große multilaterale Vertragswerk im Energiesektor anzusehen. Seine Bedeutung „[...] liegt vor allem darin, dass er neben Investitionsschutz Prinzipien für einen diskriminierungsfreien Handel und Transport bietet und darüber hinaus einen Schlichtungsmechanismus enthält, der Konflikte zwischen Vertragsstaaten und zwischen privaten Investoren und staatlichen Akteuren regelt.“⁴⁷

2.2.3 Die Jahre des Übergangs

1995 verabschiedete die Europäische Kommission ein Grünbuch⁴⁸: „Für eine Energiepolitik der EU“, gefolgt von einem Weißbuch⁴⁹: „Eine Energiepolitik für die EU“. Darin bekräftigte sie erneut, dass sich die Energiepolitik „[...] in die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik einfügen müsse [...], sie definiert allgemeine Ziele wie die Integration des Marktes [...], sowie sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt“.⁵⁰ Weitere Grünbücher folgten, wie beispielsweise im Jahr 2000 die Veröffentlichung: „Hin zu einer europäischen Strategie für Energieversorgungssicherheit“, was angesichts der erheblichen Ölpreissteigerungen veröffentlicht wurde.⁵¹ Erneut wurde die Thematik der Marktintegration aufgegriffen und ebenfalls das Ziel der Energieautarkie. Diese Veröffentlichung führte zum ersten Mal seit langer Zeit die aktuelle Lage und kommenden Herausforderungen der Europäischen Union in Bezug auf die Energiethematik auf. Dies ermöglichte eine Wiederbelebung der Diskussion über

⁴⁶ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S. 82.

⁴⁷ Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 77.

⁴⁸ Grünbücher werden von der Europäischen Kommission nicht nur zur Bestandsaufnahme genutzt, sondern ebenfalls um „politische Optionen zu erläutern und zur Diskussion zu stellen“. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 214.; http://europa.eu/documentation/official-docs/green-papers/index_de.htm#1995.

⁴⁹ Als Weißbuch kann eine Sammlung von Vorschlägen zu einer bestimmten Thematik angesehen werden. Oftmals sind dies Dokumentensammlungen. Die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Bücher sind ebenfalls als Vorschläge für ein gemeinschaftliches Vorgehen anzusehen. Für weiterführende Informationen: http://europa.eu/documentation/official-docs/white-papers/index_de.htm.

⁵⁰ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 85.

⁵¹ Vgl. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0769:EN:HTML>;

Pollak: Energiepolitik der EU, S. 87.

die Energiepolitik der Union im Allgemeinen, sowie die Versorgungssicherheit im Speziellen.⁵²

Festzuhalten bleibt jedoch, dass in den letzten Jahrzehnten und sogar in den späteren EU-Verträgen, wie beispielsweise dem Vertrag von Amsterdam⁵³ von 1997 oder dem Vertrag von Nizza⁵⁴ aus dem Jahr 2001, vollkommen verzichtet wurde, nochmalig explizit die Thematik der Zuständigkeiten innerhalb der Energiepolitik in den darauffolgenden Verträgen zu erwähnen und eine gemeinsame, zentralisierte Energiekompetenz festzulegen. Nicht einmal im Vertrag über die Europäische Union⁵⁵ aus dem Jahr 1992, wird auf die Energiefrage näher eingegangen und es erfolgt lediglich ein Verweis auf den EG-Vertrag: „Die Tätigkeit der Gemeinschaft umfasst nach Maßgabe des Vertrages [...] Maßnahmen in den Bereichen Energie, Katastrophenschutz und Fremdenverkehr.“⁵⁶

2.2.4 Der Aufschwung der energiepolitischen Entscheidungen

Erstmalig sind wieder direkte energiepolitische Bestimmungen im Europäischen Verfassungsvertrag aus dem Jahr 2004 zu finden, der jedoch nie eine rechtliche Gültigkeit erlangte.⁵⁷ Erneut stand im Fokus die Energieversorgungssicherheit,

⁵² Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 158.

⁵³ Der Vertrag von Amsterdam wurde am 2. Oktober 1997 unterzeichnet und beinhaltet Änderungen vorheriger Verträge wie beispielsweise dem EURATOM-Vertrag. Angedacht war, dass die EU nach der damaligen Erweiterung ihrer Mitgliedstaaten handlungsfähig bleiben kann. Vgl. <http://www.europarl.europa.eu/topics/treaty/pdf/amst-de.pdf>.

⁵⁴ Der Vertrag von Nizza ist ebenfalls als ein Änderungsvertrag anzusehen und wurde am 26. Februar 2001 unterzeichnet. Wichtigste Neuerung war, dass von nun an Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit abgesegnet werden könne. Für weiterführende Informationen: Läufer, Thomas (Hrsg.): Vertrag von Nizza – Die EU der 25, Bonn 2004.; Fischer, Klemens H.: Der Vertrag von Nizza. Text und Kommentar, Baden-Baden 2003.; http://eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12001C/pdf/12001C_DE.pdf.

⁵⁵ Der Vertrag über die Europäische Union ist der Gründungsvertrag der EU. Er wurde 1992 in Maastricht beschlossen und erfuhr 1997, 2001 und 2007 diverse Änderungen. Grundsätzlich behandelt er Richtlinien zu den demokratischen Grundsätzen der EU, ihrer Organe und einer gemeinsamen Außenpolitik. Für weiterführende Informationen: Callies: EUV. AEUV, 2011.; Geiger: EUV/AEUV, 2010⁵.; Streinz: EUV.AEUV, 2011².; <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:115:0013:0045:DE:PDF>.

⁵⁶ Espey, Simone: Internationaler Vergleich energiepolitischer Instrumente zur Förderung von regenerativen Energien in ausgewählten Industrieländern, Bremen 2001, S. 103.

⁵⁷ Der Vertrag über eine Verfassung von Europa wurde 2004 unterzeichnet. Ursprünglich war geplant, dass er im November 2006 in Kraft tritt, jedoch lehnten Frankreich und die Niederlande eine Ratifizierung des Vertrages ab. Daher hat er bis heute keinerlei rechtliche Gültigkeit. Folge war der Vertrag von Lissabon. Für

welche bereits eine wesentliche Rolle bei dem EURATOM-Vertrag spielte. Weiterhin wurden Themen wie Umweltschutz und Regulierungsmaßnahmen aufgegriffen.

Es erfolgte ein weiterer Ausbau der energiepolitischen Thematik im Vertrag von Lissabon,⁵⁸ welcher am 1. Dezember 2009 in Kraft trat und der erstmalig ein gesondertes Kapitel über Energie enthielt. Bis zu diesem Zeitpunkt hielten sich die EU-Mitgliedsstaaten mit dem so genannten Subsidiaritätsprinzip die „[...] Möglichkeit offen, Energiepolitik gemäß ihren eigenen nationalen Präferenzen zu gestalten“.⁵⁹ Erst mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon sind Bestrebungen erkennbar, eine einheitliche europäische Energiepolitik zu entwerfen und eine Kompetenzverteilung im Bereich der Energiepolitik zu entwickeln.⁶⁰ Als Ziele wurden unter anderem festgesetzt:⁶¹

- Sicherstellung des Energiemarktes
- Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit
- Förderung der Energieeffizienz
- Förderung der Interkonnektion der Energienetze

Dennoch behält jeder EU-Mitgliedsstaat das Recht „[...] die Bedingungen für die Nutzung seiner Energieressourcen, seine Wahl zwischen verschiedenen Energiequellen und die allgemeine Struktur seiner Energieversorgung zu bestimmen“.⁶²

weiterführende Informationen: Beckmann, Klaus (Hrsg.): Eine Verfassung für Europa, Tübingen 2005².; Höreth, Marcus (Hrsg.): Die europäische Verfassung. Analyse und Bewertung ihrer Strukturentscheidungen, Baden-Baden 2005.; Schwarze, Jürgen (Hrsg.): Der Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents. Verfassungsrechtliche Grundstrukturen und wirtschaftsverfassungsrechtliche Konzepte, Baden-Baden 2004.; <http://www.consilium.europa.eu/igcpdf/de/04/cg00/cg00087.de04.pdf>.

⁵⁸ Der Vertrag von Lissabon wurde am 13. Dezember 2007 unterzeichnet und trat am 1. Dezember 2009 in Kraft. Er übernahm wesentliche Elemente aus dem VVE, der aufgrund von Referenden abgelehnt wurde. Weiterhin regelt er unter anderem die Fusion der EU und EG, die stärkere Mitwirkung der staatlichen Parlamente bei der Rechtsprechung und die Gründung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes. Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_von_Lissabon. Für weiterführende Informationen: Hellmann, Vanessa: Der Vertrag von Lissabon. Vom Verfassungsvertrag zur Änderung der bestehenden Verträge. Einführung mit Synopse und Übersichten, Frankfurt/Main 2009.; Kerber, Markus (Hrsg.): Der Kampf um den Lissabon-Vertrag, Stuttgart 2010.; Leiß, Olaf: Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon, Darmstadt 2010.; Pernice, Ingolf (Hrsg.): Der Vertrag von Lissabon. Reform der EU ohne Verfassung? Baden-Baden 2008.; http://europa.eu/lisbon_treaty/full_text/index_de.htm., ABl. C 306 vom 17.12.2007.

⁵⁹ Mükusch, Caroline: Vernetzte Energiesicherheit, Wiesbaden 2011, S. 137.

⁶⁰ Vgl. Mükusch: Vernetzte Energiesicherheit, S. 136.

⁶¹ Vgl. Mükusch: Vernetzte Energiesicherheit, S. 137.

⁶² Mükusch: Vernetzte Energiesicherheit, S. 136.;

Im Jahr 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission im Angesicht der zunehmenden Abhängigkeit von Energieimporten erneut ein Grünbuch zur Energiestrategie für Europa: "A European Strategy for Sustainable, Competitive and Secure Energy".⁶³ In diesem wurden erstmalig die drei großen Herausforderungen der Europäischen Union schriftlich fixiert und benannt: Nachhaltigkeit, Versorgungssicherheit und Wettbewerb. Wichtigster Punkt hierbei, ist die Versorgungssicherheit der EU.⁶⁴ Erstmals in das Zentrum der Wahrnehmung rückte dies durch den russisch-ukrainischen Gasstreit von 2006 und 2009. Wesentlicher Bestandteil ist darüber hinaus die weitere Öffnung der Gas- und Strommärkte, als auch die Stärkung und der Ausbau der Beziehungen zu den Energielieferanten OPEC⁶⁵ und Russland.⁶⁶

Das Grünbuch von 2006 ist als ein Versuch aufzufassen, die bisher „ [...] nebeneinander behandelten Themengebiete eines liberalisierte und wettbewerbsfähigen Binnenmarktes, der Versorgungssicherheit und der nachhaltigen Entwicklung in ein Politikvorhaben zu integrieren.“⁶⁷

Als schließlich im Jahr 2007 die Europäische Kommission die Mitteilung "Eine Energiepolitik für Europa"⁶⁸ veröffentlichte, fanden sich die Forderungen und Vorschläge der Grünbücher von 2000 und 2006 konkret wieder. Diese Mitteilung gilt als Grundlage für den später folgenden Energieaktionsplan aus dem Jahr 2008.⁶⁹ Dieser sieht sechs vorrangige Maßnahmen zur

⁶³ Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.): Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, SEK (2006) 317, KOM (2006) 105, Brüssel, 08.03.2006.

⁶⁴ Für weiterführende Informationen: Altmann, Franz-Lothar: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU. In: SWP-Studie, Bd. 1.2007.; Helm, Dieter: The Russian Dimension and Europe's external energy policy.

⁶⁵ Die Organisation erdölexportierender Länder wurde 1960 gegründet, mit Sitz in Wien. Derzeitige Mitgliedstaaten sind: Algerien, Angola, Irak, Iran, Katar, Kuwait, Libyen, Nigeria, Saudi-Arabien, Venezuela, Vereinigte Arabische Emirate. Diese Länder fördern derzeit 40 % der weltweiten Erdölproduktion und besitzen mehr als ¾ aller Reserven. www.opec.org.

⁶⁶ Es wird davon ausgegangen das der weltweite CO2 Ausstoß bis 2030 um 60 Prozent steigen wird.

⁶⁷ Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 159.

⁶⁸ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Eine Energiepolitik für Europa. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament, KOM (2007)1 endgültig, Brüssel 2007. [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF.](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF;); Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 159.

⁶⁹ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): EU-Aktionsplan, KOM(2008) 781. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008DC0781:DE:NOT>.

Energieversorgungssicherheit, wobei sich die vorliegende Masterarbeit auf Punkt 4 konzentriert und nur der Vollständigkeit wegen alle Punkte angeführt werden:⁷⁰

1. Anbindung bisher isolierter Energiemärkte durch einen Ostseeverbund⁷¹
2. Schaffung von Nord-Süd-Gas und Stromverbund mit Mittel- und Südosteuropa⁷²
3. Plan für Offshore-Windprojekte in der Nordsee⁷³
4. Ausbau des südlichen Gaskorridors für Erdgas aus dem Kaspischen Raum und Nahen Osten (Nabucco-Projekt)
5. Schaffung eines Mittelmeer Energiering⁷⁴
6. Ausbau und Import von LNG und Gasspeichern⁷⁵

2.3 Energiepolitische Akteure

2.3.1 EU-Institutionen

Wie bereits angesprochen, stellt nach wie vor ein wesentliches Hindernis die mangelnde energiepolitische Kompetenz der Institutionen der Europäischen Union dar. Trotz zahlreicher Verträge und Abkommen ist es der EU bis heute

⁷⁰ Vgl. Ebd.

⁷¹ Dabei sollen bisher isolierte Energiemärkte an das europäische Energienetz angebunden werden. Dieses EU-Projekt richtet sich vorrangig an die Baltischen Staaten, die bisher weitestgehend von der EU-Infrastruktur abgeschnitten sind.

Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 171.; http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/energy_de.pdf.

⁷² Bei dem geplanten Nord-Süd-Gasverbund sollen die Mitgliedstaaten Mittel- und Südeuropas durch Pipelines miteinander verbunden werden. Dieses Projekt gilt als eines der ambitioniertesten, da dafür umfangreiche finanzielle Mittel von Nöten sind. Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 172.; http://europa.eu/legislation_summaries/energy/european_energy_policy/en0003_de.htm.

⁷³ Die Entwicklung und der Ausbau der erneuerbaren Energien gelten als ein weiteres Hauptziel der Mitgliedsstaaten der EU. Damit soll zudem eine Vergrößerung der Diversifizierung der Energie erfolgen. http://europa.eu/legislation_summaries/energy/renewable_energy/en0001_de.htm.

⁷⁴ Ziel des Mittelmeer Energiering ist es, nordafrikanische Staaten durch Gas- und Stromleitungen nach Europa zu binden. Dazu zählen auch diverse Pipelineprojekte wie beispielsweise die Türkei-Griechenland-Italien (TGI-Pipeline), die Arabische-Pipeline, die Algerien-Spanien-Pipeline, die Maghreb-Europa-Pipeline und das Nabucco-Projekt.

Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 173.; http://ec.europa.eu/energy/international/euomed_en.htm.

⁷⁵ Die Europäische Kommission sieht den Ausbau der Importkapazitäten für Flüssigerdgas, sowie den Ausbau von Gasspeichern vor. Derzeit sind mehr als 100 Gasspeicherprojekte bekannt. Ziel dieses Unterfangens ist es, bisher stark abhängige Mitgliedsstaaten Zugang zu Alternative wie Flüssigerdgas zu ermöglichen. Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 174.;

http://ec.europa.eu/dgs/jrc/downloads/jrc_reference_report_200907_liquefied_natural_gas.pdf.

nicht gelungen, die Energiepolitik zum festen Bestandteil einer supranationalen Politik zu machen.⁷⁶ Jeder Mitgliedstaat hält es weiterhin für essentiell notwendig seine eigene Energiepolitik zu gestalten, abhängig sowohl von geostrategischen Überlegungen, von diplomatischen Beziehungen, als auch von eigenen Rohstoffvorkommen.⁷⁷ Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben die Möglichkeit auf zweierlei Weise ihre Position einfließen zu lassen. Zum einen auf der Ebene des Europäischen Rates⁷⁸, zum anderen in verschiedenen Fachministerräten. In Fragen der Energiepolitik hat besonders die Rolle des Europäischen Rates in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Die Beschlüsse des Rates müssen einstimmig fallen, somit ist davon auszugehen, dass in der Regel alle 27 Mitgliedstaaten die Entscheidung akzeptieren und diese auf nationalstaatlicher Ebene letzten Endes auch ausführen werden. Es ist aber spürbar, dass teilweise häufig sehr vage Formulierungen gewählt werden, um genügend Spielräume für die in der Regel sehr divergierenden Interessen der Mitgliedsstaaten zu erhalten.⁷⁹

Neben dem Europäischen Rat gibt es noch so genannte supranationale Akteure wie das Europäische Parlament⁸⁰, die Europäische Kommission⁸¹ und den Europäischen Gerichtshof.⁸² Wie bereits bei der historischen Rückschau näher

⁷⁶ Vgl. Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 34.

⁷⁷ Vgl. Geden, Oliver; Marcelis, Clémence, Maurer, Andreas: Perspectives for the European Union's External Energy Policy. Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France. In: SWP-Diskussionspapier Bd. 17, 2006, S. 4f.

⁷⁸ Der Europäische Rat ist der Zusammenschluss der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer der Europäischen Union und trifft sich viermal im Jahr. Er ist nicht an der Rechtsetzung beteiligt. Vielmehr soll er Kompromisse zwischen den Mitgliedsstaaten finden und Vorschläge für die Zukunft und Weiterentwicklung der EU geben. Für weiterführende Informationen: Pahre, Hauke: Das Recht des Europäischen Rates. Eine Untersuchung im Lichte aktueller Entwicklungen der Europäischen Union, Frankfurt/Main 2008.; Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Bonn 2004.; <http://www.european-council.europa.eu/>.

⁷⁹ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S.99.

⁸⁰ Das Europäische Parlament wird alle 5 Jahre von den Bürgern der EU gewählt. Damit zählt es als einziges direkt gewähltes Organ der EU. Insgesamt sitzen derzeit 754 Abgeordnete im Parlament. Gemeinsam mit dem Europäischen Rat ist es als Gesetzgeber tätig und übt politische Kontrolle aus. Für weiterführende Informationen: Corbett, R.; Jacobs F.; Shackleton, M.: The European Parliament, London 2007⁷.; Earnshaw, D.; Nugent, N.: The European Parliament, Houndmills 2008².; Kreppel, Amie: The European Parliament and the supranational party system, Cambridge 2002.; Dreischer, Stephan: Das Europäische Parlament und seine Funktionen, Baden-Baden 2006.; <http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/>.

⁸¹ Die Europäische Kommission nimmt vorrangig exekutive Aufgaben vor und überwacht die Einhaltung des EU-Rechts. Es besitzt darüber hinaus das alleinige Initiativrecht für die Erarbeitung von Gesetzen. Die Mitglieder werden von den jeweiligen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten entsandt. Vgl. http://ec.europa.eu/index_de.htm.

⁸² Der Europäische Gerichtshof ist das oberste Rechtsprechende Organ. Er ist für die einheitliche Auslegung des EU-Rechts zuständig. Für weiterführende Informationen: Dederichs, Mariele: Die Methodik des EuGH, Baden-Baden 2004.; Pechstein, Matthias: EU/EG Prozessrecht, Tübingen 2007³.; Keiler, Stephan (Hrsg.):

erläutert, tritt besonders die Europäische Kommission für eine stärkere Rolle und Bedeutung der Energiepolitik innerhalb der EU ein. Unter anderem besitzt die Kommission das Recht Geldbußen für Verstöße zu verhängen. Von dieser Kompetenz hat sie beispielsweise im Jahr 2009 Gebrauch gemacht, als bekannt wurde, dass zwei der führenden europäischen Energieunternehmen den deutschen und französischen Gasmarkt unter sich aufgeteilt hatten.⁸³ Neben der Kontrolle und Überwachung der Wettbewerbspolitik wirkt die Kommission ab und an auf Mitgliedstaaten unter Androhung von Vertragsverletzungsverfahren ein, damit diese nochmalig ihre Position überdenken.⁸⁴

Innerhalb der Kommission sind verschiedene Generaldirektorate eingesetzt, deren Schwerpunkt im Energiebereich liegt. Hervorzuheben ist dabei die Generaldirektion für Energie.⁸⁵ Dabei liegen die Prioritäten unter anderem in der Stärkung eines freien Wettbewerbsmarktes, bei der Sicherung der Energieversorgung, dem Ausbau der Energienetze und die Vertiefung der Beziehungen zu den Energie produzierenden Ländern.⁸⁶ Bei eingehender Betrachtung des Aufgabenbereiches der Generaldirektion finden sich oftmals Überschneidungen mit anderen Direktionen, was natürlich eine Zusammenarbeit und die Frage nach den Zuständigkeiten durchaus erschweren kann.

Das Europäische Parlament vertritt in energiepolitischen Fragestellungen oftmals keine einheitliche Position. Hauptaugenmerk seiner Arbeit sind vielmehr Menschenrechts-, Umwelt-, und Verbraucherpolitische Aspekte. Dennoch gibt es diverse Ausschüsse, wie etwa den Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie, die sich mit energiepolitischen Fragestellungen auseinandersetzen.⁸⁷

Innerhalb des Parlaments beschäftigt sich vorrangig der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie mit energiepolitischen Fragestellungen.⁸⁸ Als eine seiner

EuGH-Judikatur aktuell, Wien 2006.; Stone Sweet, Alex: The Judicial Construction of Europe, Oxford 2004.; Craig, Paul: EU Law. Text, Cases and Materials, Oxford 2011⁵.; <http://curia.europa.eu/>.

⁸³ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S.100.

<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/kartellabsprachen-milliarden-bussgeld-fuer-eon-und-gdf-1604740.html>;

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1099&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>;

⁸⁴ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S.100.

⁸⁵ Vgl. http://ec.europa.eu/energy/index_en.htm.

⁸⁶ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 156.; http://ec.europa.eu/energy/index_en.htm.

⁸⁷ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S.100.

⁸⁸ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 157.;

vorrangigen Aufgaben sieht der Ausschuss die Verantwortung für jegliche Angelegenheiten betreffend den EURATOM-Vertrag, die nukleare Komponente, sowie Themen der Energieversorgungssicherheit und den Ausbau der Energie-Infrastruktur. Hierbei sind ebenfalls Überschneidungen mit der Generaldirektion Energie sichtbar.⁸⁹

Der Europäische Gerichtshof nimmt bei der Etablierung eines einheitlichen Energiebinnenmarktes eine zentrale Position ein. Er setzt sich unter anderem intensiv mit der Frage nach der Schnittstelle von Markt und Staat auseinander. Während der Gerichtshof zunächst eher die Position der Europäischen Kommission stärkte, „[...] gewährt er seit den 1990er Jahren den Mitgliedstaaten zunehmend mehr Rechte bei der Wahrung gemeinschaftlicher Aufgaben“.⁹⁰

2.3.2 Wirtschaftliche Akteure

Ebenso wie die Etablierung der einzelnen Institutionen bei diversen energiepolitischen Fragestellungen, sind bei den wirtschaftlichen Akteuren eine Vielzahl an unterschiedlichen Positionen zu beobachten. Wie für alle anderen Sektoren, gibt es auch für den Energiesektor eine Reihe von Verbänden und Organisationen, die sich intensiv für die Förderung ihrer jeweiligen Interessenschwerpunkte einsetzen. Dabei zählt die International Association of Oil and Gas Producers als einer der einflussreichsten Interessensverbände.⁹¹ Für den Gassektor stellen Eurogas und der europäische Verband der unabhängigen Strom- und Gasverteilerunternehmen, GEODE,⁹² zwei der größten Verbände dar. Eurogas besteht derzeit aus 50 Mitgliedern aus mehr als 27 Ländern.⁹³ In GEODE sind zu diesem Zeitpunkt über 500 Unternehmen registriert. Die Kernkraft wird durch die World Nuclear Association⁹⁴ gefördert und bei den Erneuerbaren

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/ITRE/home.html>.

⁸⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 166.;

<http://www.europarl.europa.eu/committees/de/ITRE/home.html>.

⁹⁰ Pollak: Energiepolitik der EU, S.101.

⁹¹ Vgl. Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Frankfurt/Main 2005, S. 256.

⁹² Vgl. Website des Verbandes der unabhängigen Strom und Gasverteilerunternehmen: <http://www.geode.de/>.

⁹³ Vgl. Website des Eurogasverbandes: <http://www.eurogas.org/>.

⁹⁴ Vgl. Website der World Nuclear Association: <http://www.world-nuclear.org/>.

Energien nehmen die International Hydropower Association,⁹⁵ die European Renewable Energy Federation⁹⁶ und das European Energy Council⁹⁷ eine einflussreiche Position ein.⁹⁸

Ferner nehmen bei der Betrachtung der wirtschaftlichen Akteure ebenfalls die Energiekonzerne einen hohen Stellenwert ein. Zu den bedeutsamsten auf dem europäischen Energiemarkt zählen, BP⁹⁹, EdF¹⁰⁰, EnBW¹⁰¹, Enel S.p.A.¹⁰², Eni S.p.A.¹⁰³, E.ON¹⁰⁴, OMV¹⁰⁵, RWE AG¹⁰⁶, Royal Dutch Shell¹⁰⁷, Statoil¹⁰⁸, Total S.A.¹⁰⁹ und Vattenfall.¹¹⁰ All diese Firmen weisen durchaus sehr unterschiedliche Tätigkeitsbereiche auf. Einige sind mehr als Energieversorger zu deklarieren, andere sind vor allem in der Gewinnung von Öl und Gas tätig. Gleichwohl stellt bei einigen Konzernen der Handel mit Gas das Kerngeschäft dar, bei anderen ist dies nur als ein Teil ihrer Aktivitäten zu deklarieren. Wenngleich die meisten in privater Hand sind, weisen sie oftmals bedeutende staatliche Anteile auf. Allein am französischen Konzern EdF hält der Staat 85 %. Das italienische Finanz- und Wirtschaftsministerium hält 70 % an Eni S.p.A.¹¹¹ Neben teilweise staatlichen Anteilen an diversen europäischen Energiekonzernen, gibt es ebenfalls weitverzweigte geschäftliche Verbindungen der Unternehmen untereinander. Allein in Deutschland hält Gasprom sehr enge Geschäftsbeziehungen zu E.ON. Dabei geht es nicht nur um langfristige Lieferverträge, sondern ebenfalls um gemeinsame Projekte, wie beispielsweise Nord-Stream, auf das im Verlauf dieser Masterthesis noch näher eingegangen wird.¹¹²

⁹⁵ Vgl. Website der International Hydropower Association: <http://www.hydropower.org/>.

⁹⁶ Vgl. Website der European Renewable Energy Federation: <http://www.eref-europe.org/>.

⁹⁷ Vgl. Website des European Energy Council: <http://www.erec.org/>.

⁹⁸ Vgl. Reiche: Grundlagen der Energiepolitik, S. 256.

⁹⁹ Vgl. Website der Firma BP: www.bp.com.

¹⁰⁰ Vgl. Website der Firma EdF: www.edf.com.

¹⁰¹ Vgl. Website der Firma EnBW: www.enbw.com.

¹⁰² Vgl. Website der Firma Enel S.p.A.: www.enel.it.

¹⁰³ Vgl. Website der Firma Eni S.p.A.: www.eni.com.

¹⁰⁴ Vgl. Website der Firma E.ON: www.eon.com.

¹⁰⁵ Vgl. Website der Firma OMV: www.omv.com.

¹⁰⁶ Vgl. Website der Firma RWE AG: www.rwe.com.

¹⁰⁷ Vgl. Website der Firma Royal Dutch Shell: www.shell.com.

¹⁰⁸ Vgl. Website der Firma Statoil: www.statoil.com.

¹⁰⁹ Vgl. Website der Firma Total S.A.: www.total.com.

¹¹⁰ Vgl. Website der Firma Vattenfall: www.vattenfall.com.

¹¹¹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 161.

¹¹² Vgl. Ebd., S. 284.

2.4 Zwischenfazit

Die Europäische Union und allen voran die Europäische Kommission haben sich für die Zukunft große Ziele gesteckt. Wenn man bedenkt, dass dabei die Definition der wichtigsten Leitlinien und Ziele einer einheitlichen europäischen Energiepolitik ein schwieriges Unterfangen war, so ist unbestreitbar, dass die Umsetzung der vorrangigen Maßnahmen zur Energiesicherheit letzten Endes noch schwieriger werden wird. Des Weiteren verdeutlicht der kurze historische Rückblick, dass die Errichtung und Etablierung eines gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarktes bis heute nicht abgeschlossen ist, auch wenn in den letzten Jahren ein Veränderungswillen von Seiten der EU-Mitgliedsstaaten zu erkennen ist. Da die Europäische Union nur Maßnahmen fixieren kann, wenn dies durch die EU-Mitgliedsstaaten in Verträgen an sie übertragen wurde, sind besonders im Energiesektor die bisherigen Einflussmöglichkeiten der EU gering gewesen und nur langsam Änderungen sichtbar. Obwohl zwei von drei Gründungsverträgen in den 1950er Jahren ausschließlich dem Energiesektor gewidmet waren, so existierte rein faktisch bis zum Vertrag von Lissabon keinerlei umfassende energiepolitische Kompetenz.¹¹³ Um mit den Worten von Peter Cameron abzuschließen: „[...] *there is now a body of primary and secondary law emerging in the EU that takes energy – for the first time – out of the twilight zone and into the light of the day. It is too early to foresee what implications the [...] developments may have for the EU energy sector, but [...] it is quite possible that a more activist role [...] in electricity and gas issues might result.*”¹¹⁴

¹¹³ Vgl. Pollak: Energiepolitik der EU, S.109.

¹¹⁴ Zit. nach: Pollak: Energiepolitik der EU, S. 114

3. Russische Energiepolitik

3.1 Einführung

Russland verfügt mit mehr als 23 % der Welterdgasreserven und 6 % der weltweiten Ölreserven über ein gewaltiges Energiepotenzial.¹¹⁵ So ist es nicht verwunderlich, dass die Russische Föderation nach Saudi-Arabien als der größte Energieexporteur gilt. Wenn man zudem die jüngsten Entwicklungen im politisch äußerst instabilen Nahen Osten zu Grunde legt¹¹⁶, bietet sich Russland weit mehr als ein stabiler und verlässlicher Partner für die Europäische Union an.

Wichtigster Sektor der russischen Wirtschaft stellt nach wie vor der Energiesektor dar. Allein der staatliche Anteil an der Förderung von Erdöl beträgt 39,5 % und an der Erdgasförderung sogar mehr als 86 %.¹¹⁷ Allgemein ist die Russische Föderation sehr stark von Rohstoffpreisen abhängig. Nach offiziellen russischen Angaben beträgt der Anteil der Staatseinnahmen aus dem Energiesektor um die 50 %.¹¹⁸ Dessen ungeachtet, sind die staatlichen und wirtschaftlichen Beziehungen innerhalb der russischen Energiewirtschaft weitaus komplexer als auf den ersten Blick angenommen.¹¹⁹

Weltweit betrachtet befinden sich mehr als 70 % der Erdöl- und 55 % der Erdgasreserven unter Kontrolle von (halb-) staatlichen Unternehmen.¹²⁰ Für die

¹¹⁵ BP: Statistical Review, S. 22.

¹¹⁶ Stichwort Arabischer Frühling. Darunter versteht man eine im Dezember 2010 beginnende Serie von Aufständen, Protesten und Revolutionen in der arabischen Welt. Sie richten sich gegen die bisher dort äußerst autoritär herrschenden Regime. Für weiterführende Informationen: Tahar, Ben Jelloun: Arabischer Frühling. Vom Wiedererlangen der arabischen Würde, Berlin 2011.; Todd, Emmanuel: Frei! Der arabische Frühling und was er für die Welt bedeutet, München 2011.; Bickel, Markus: Der vergessene Nahost-Konflikt, London 2011.; Phares, Walid: Coming Revolution. Struggle for Freedom in the Middle East, New York 2010. http://de.wikipedia.org/wiki/Arabischer_Fr%C3%BChling.

¹¹⁷ Vgl. Germany Trade and Invest: Energiewirtschaft 2008/2009 – Russische Föderation, Berlin 2010, S. 3f.; Woog, Linda: Die russische Energiewirtschaft. Eine kritische Analyse der deutsch-russischen Energiekooperationen und eine Darstellung möglicher Alternativen, München 2010, S. 4.

¹¹⁸ Vgl. Wipperfurth, Christian: Die europäisch-russischen Energiebeziehungen. In: Einsichten und Perspektiven, Bd. 4.2009. http://192.68.214.70/blz/eup/04_09/5.asp.

¹¹⁹ Die Energiewirtschaft wird in Russland durch den Begriff „Toplivno-energeticeskij kompleks“ (Brennstoff- und Energiekomplex) bezeichnet. Dieser Terminus stammt aus der Zeit der Planwirtschaft.

¹²⁰ Vgl. Umbach, Frank: Die neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht. In: Internationale Politik, Bd. 61.2006, 9, S. 55.; Minkovska, Natalya: Die Energiepolitik Russlands: Strategien, geopolitische Ausrichtungen und Ambitionen, Brühl 2007, S. 4.

russische Regierung stellt der Energiesektor den wohl wichtigsten Bestandteil ihrer Interessen dar, auch wenn im Unterschied zu vielen OPEC-Staaten, der Energiesektor offiziell sich nicht in russischen Staatsbesitz befindet. In diesem Zusammenhang ist aber anzumerken, dass allein zwischen dem Jahr 2003 und 2005 der staatliche Anteil und somit auch der Einfluss von 12 % auf mehr als 35 % wuchsen.¹²¹ Nichtsdestoweniger werden nach offiziellen Angaben mehr als 75 % der Erdöl- und mehr als 50 % der Erdgasförderung durch private Unternehmen abgedeckt. Der staatliche Einfluss auf den Energiesektor ist vor allem durch die Kontrolle der Transportwege und somit auch die Kontrolle über die Exportströme sichtbar. Heutzutage verwaltet das staatliche Unternehmen Transneft¹²² die Ölpipelines. Der (halb-)staatliche Konzern Gasprom¹²³ die Gaspipelines.¹²⁴ Wie es zu dieser Struktur kam, wird auf den folgenden Seiten ausführlich beleuchtet werden. Bedenkenswert ist, dass Russland erst im Dezember 2011 in die Welthandelsorganisation, kurz WTO¹²⁵ aufgenommen wurde, nach mehr als 18 Jahren zäher Verhandlungen.¹²⁶ Es ist Russland gelungen, die Zustimmung der EU für einen WTO-Beitritt zu erhalten, ohne dass es verpflichtet wurde, den Forderungen einer Liberalisierung des russischen Energiemarktes nachzugehen. Des Weiteren wurde eine sehr günstige CO₂-Emissionsgrenze festgesetzt.¹²⁷ Diese WTO-Mitgliedschaft erleichtert Russland unter anderem den Import moderner Technologien, als auch den Ausbau der Beteiligungen russischer Unternehmen im Ausland. Der Beitritt zur WTO und die damit verbundenen Zugeständnisse, zeigen, dass es der russischen Führung immer noch gelingt ihre Ziele auf internationaler Ebene durchzusetzen ohne ihrerseits Zugeständnisse erfüllen zu müssen.

¹²¹ Milov, Vladimir: Possible Future of Russian and CIS Oil Production, Paris 2006.

<http://www.oecd.org/dataoecd/28/44/36964009.pdf>.

¹²² Website der Firma Transneft: <http://www.transneft.ru/>.

¹²³ Website der Firma Gasprom: <http://www.gazprom.com/>.

¹²⁴ Vgl. Fredholm, Michael: The Russian Energy Strategy and Energy Policy. Pipeline Diplomacy or Mutual Dependence.? In: Russian Series, Bd.. 5.2005, 41.; Götz, Roland: Russlands Öl und Europa, Bonn 2006, S. 1.; Germany Trade and Invest: Energiewirtschaft 2008/2009, S. 9.

¹²⁵ Die Welthandelsorganisation WTO ist eine internationale Organisation mit Hauptsitz in Genf und beschäftigt sich mit der Regelung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Sie wurde am 15. April 1994 gegründet. Für weiterführende Informationen: Prieß, Hans-Joachim; Berrisch, Georg M. (Hrsg.): WTO-Handbuch, München 2003.; Volz, Gerhard: The organizations of the world economy, München 2000.; Herrmann, Christoph (Hrsg.): Welthandelsrecht, München 2007².; <http://www.wto.org/>.

¹²⁶ http://www.focus.de/finanzen/news/wto-wto-nimmt-russland-im-konsens-auf_aid_694529.html.

¹²⁷ Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 27.

3.2 Erdölsektor

Der Erdölsektor gehörte zu jenen Einheiten, welche nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft relativ rasch umstrukturiert wurden.¹²⁸ Unternehmen, „[...] die ursprünglich den Ministerien für Geologie und Erdöl unterstellt waren, wurden zunächst in die Finanzholding Rosneft zusammengefasst, [welche] ab 1992 rund ein Dutzend integrierte Aktiengesellschaften bildete.“¹²⁹ 1995 gerieten diese Gesellschaften in die Obhut von neu gegründeten Banken. Dadurch gelangten zunehmend Oligarchen in die Besitzrechte.¹³⁰ Folge war, dass der Erdölsektor fast vollständig „[...] aus einer Reihe von bankendominierten, vertikal integrierten Gesellschaften mit komplexen Eigentumsstrukturen [...]“ besteht.¹³¹ Hierbei ist es kaum möglich transparente Strukturen abzuleiten. Auch wenn offiziell immer wieder betont wird, dass sich der russische Energiesektor nicht in staatlicher Hand befindet, ist es durchaus verwunderlich, dass sich unter anderem die größte russische Ölgesellschaft Rosneft¹³² noch vollständig in Staatshand. Des Weiteren verpachtet der russische Staat die Erdölfelder. Hierbei variieren die Laufzeiten zwischen 20-25 Jahren.¹³³ Zudem übt der Staat durch Exportkontrollen und schriftlichen Vereinbarungen zur Belieferung des Binnenmarktes Einfluss auf die Gesellschaften aus. Dies sind nur einige Gründe, weshalb sich lange Zeit die internationalen Ölgesellschaften mit möglichen Kapitalbeteiligungen stark zurückhielten. Erst seit den 2000er Jahren setzt zunehmend ein Wandel ein. So vereinigte unter anderem BP seine russischen Aktiva mit der Tjumenskaja Neftjanaja Kompanija (TNK) im Jahr 2003 und es entstand der drittgrößte russische Energiekonzern.¹³⁴

¹²⁸ Für weiterführende Informationen: Lane, David (Hrsg.): The political economy of Russian Oil, Oxford 1999.; Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994-99), Münster 2003.

¹²⁹ Götz, Roland: Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas. In: SWP-Studie, Berlin März 2004, S. 9.

¹³⁰ Die russische Regierung hatte ein Tauschverfahren eingeführt, bei dem Aktien von Staatsunternehmen gegen relativ niedrige Kredite gepfändet wurden. Es rechnete zu diesem Zeitpunkt niemand damit, dass die Pfänder eingelöst würden. Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 9.; Lane: The political economy, S. 15f.

¹³¹ Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 9.

¹³² Website der Firma Rosneft: <http://www.rosneft.com/>.

¹³³ Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 9.

¹³⁴ Website der Firma TNK: <http://www.tnk-bp.ru/>.

Auch in Bezug auf die Fördermenge gab es nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft zunächst einen beachtlichen Rückgang zu verzeichnen. Grund waren zum einen die Umstrukturierung des Sektors und zum anderen die Stilllegung von Förderquellen in Sibirien. Erst Ende der 1990er Jahre gelang dem russischen Energiesektor der erneute Aufstieg. Vor allem der Umstand, dass sich der Ölpreis allein zwischen Januar 1999 und September 2000 mehr als verdreifacht hatte und sich die Unternehmen dadurch hohe Einnahmen sicherten. Ferner gelang es ausländischen Konzernen in Russland Fuß zu fassen. Als Beispiele seien Schlumberger,¹³⁵ das stillgelegte russische Ölfelder wieder zur Förderung brachte, oder BP genannt, das sich, wie bereits erwähnt, mit dem russischen Konzern TNK zusammenschloss.¹³⁶ In der russischen Energiestrategie von 2030,¹³⁷ auf die später ausführlich eingegangen wird, ist ersichtlich, dass zwischen dem Jahr 2000 und 2030 ein leichter Rückgang von russischem Erdölmengen erwartet wird.¹³⁸ Dennoch ist dieser Abfall unbedeutend. Russische Energiefirmen sehen diese Prognose weitaus optimistischer und rechnen mit einem neuen Fördermaximum von mehr als 550 Millionen Tonnen.¹³⁹

3.3 Erdgassektor

Wie bereits mehrfach angedeutet, unterlag die russische Energiewirtschaft seit jeher der staatlichen Kontrolle und Lenkung, auch wenn dies von offizieller Seite stets anders dargestellt wurde. Während unter der Herrschaft von Josef Stalin¹⁴⁰

¹³⁵ Website der Firma Schlumberger: <http://www.slb.com/>.

¹³⁶ Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 10.

¹³⁷ Vgl. Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2030 goda, Moskva 2009. <http://minenergo.gov.ru/activity/energostrategy/full.php>.

¹³⁸ Von 30 Prozent soll dies auf 27 Prozent sinken. Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 5.

¹³⁹ Vgl. Stinemetz, Douglas: Russian Oil Sector Rebound to Full Swing. In: Oil & Gas Journal, 2.6.2003, S. 22.

¹⁴⁰ Josef Stalin wurde unter dem Namen Iosseb Bessarionis dse Dschughaschwili am 6. Dezember 1878 geboren und starb am 5. März 1953. Von 1922 an war er Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, im Jahr 1941 wurde er Vorsitzender des Rates der Volkskommissare und seit 1946 hielt er ebenfalls das Amt des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR. Des Weiteren war er von 1941 – 1945 Oberster Befehlshaber der Roten Armee. Stalin errichtete eine totalitäre Diktatur. Folgen waren neben politischen Verhaftungen, Schauprozesse, und die Verurteilung von Millionen von Menschen zu Zwangsarbeit in Gulags. Vgl. <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/StalinJosef/index.html>. Für weiterführende Informationen: Applebaum, Anne: Gulag. A history, London 2003.; Brackman, Roman: The secret file of Joseph Stalin. A hidden life, New York 2001.; Roberts, Geoffrey: Stalin's war. From World War to Cold War 1939 – 1953,

vorrangig Kohle zur Energieversorgung Verwendung fand, setzte erst unter Chruschtschow¹⁴¹ die zunehmende Förderung von Erdöl und Erdgas ein. Dieser Entwicklung kam zugute, dass man in den 1960er Jahren in Westsibirien einige der größten Erdgasfelder der Welt entdeckte. Weitere spektakuläre Erdgasfunde folgten in den 1970er und 1980er Jahren. Dazu gehört auch das Shtokman-Feld, welches bis heute eine herausragende Bedeutung für Europa hat und auf das nachfolgend noch näher eingegangen wird. Folge war, dass ebenfalls begonnen wurde ein Pipelinesystem aufzubauen, das an die bereits bestehende Infrastruktur im westlichen Russland und der Ukraine anschloss.¹⁴²

Während sich die russische Erdölwirtschaft in 13 vertikal integrierte Unternehmen spaltete, fiel die Umstrukturierung des russischen Erdgassektors stärker aus.¹⁴³ Das damalige Ministerium für Gasindustrie wurde in den Staatskonzern Gasprom überführt, der heutzutage als das weltweit größte Erdgasunternehmen gilt.¹⁴⁴ 1992 erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit mehr als 390.000 Beschäftigten weltweit und einem erwarteten Exportumsatz von über 70 Milliarden Dollar im Jahr 2011 und einer Marktkapitalisierung von über 240 Milliarden Dollar.¹⁴⁵ Des Weiteren besitzt es 69 % aller russischen Erdgasreserven, ist verantwortlich für 83 % der Gasproduktion, sorgt für 25 % des föderalen Steueraufkommens und verantwortet allein fast 10% des russischen BIP.¹⁴⁶ Der russische Staat hält einen Anteil von 50,002 % an Gasprom. Dieser Mehrheitsanteil setzt sich aus direkten und indirekten Beteiligungen zusammen.

Yale 2006.; Orlov, Alexander: The secret history of Stalin's crimes, London 1953.; Service, Robert: Stalin. A biography, London 2005.; Ilic, Melanie: Stalin revisited, Basingstoke 2005.; Kellmann, Klaus: Stalin. Eine Biographie, Darmstadt 2005.; Priestland, David: Stalin and the politics of Mobilization. Ideas, Power and Terror in inter-war Russia, New York 2006.; Radzinsky, Edvard: Stalin. The first in-depth biography based on documents from Russia's secret archives, London 1996.; Yakovlev, Alexander Nikolaevich: A century of violence in Soviet Russia, Yale 2002.

¹⁴¹ Nikita Sergejewitsch Chruschtschow wurde am 3. April 1894 geboren und starb am 11. September 1971. Er war von 1953 – 1964 Parteichef der KPdSU und von 1958 – 1964 Regierungschef. Vgl. <http://www.hdg.de/lemo/html/biografien/ChruschtschowNikitaS/index.html>. Für weiterführende Informationen: Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch: Skizzen zur Biographie, Berlin 1990.; Ilic, Melanie (Hrsg.): Soviet State and Society unter Nikita Khrushchev, London 2009.; Tompson, William J.: Khrushchev. A political life, New York 1995.; Khrushchev, Nikita: Memoirs of Nikita Khrushchev, Pennsylvania 2004.

¹⁴² Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 232f.; Stern, Jonathan: The future of Russian gas and Gazprom, Oxford 2005.

¹⁴³ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 261.; Pleines: Wirtschaftseliten und Politik. 2003.

¹⁴⁴ Vgl. Bollinger-Kane, Josephine: Gazproms Ambitionen und europäische Mission. In: Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, München 2008. (Berichte und Studien; 88), S. 135-151.

¹⁴⁵ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 261.; Gismatullin, Eduard: Gazprom expects record 2011 export revenue of \$72,4 billion. <http://www.cdi.org/russia/johnson/russia-gas-gazprom-exports-feb-386.cfm>.

¹⁴⁶ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 262.

38 % sind direkte Anteile, der Rest entfällt auf Beteiligungen an anderen Unternehmen, durch die aber erneut ein Zugriff auf Gasprom möglich ist.¹⁴⁷ Diese Mehrheitsbeteiligung war nicht immer der Fall. Zwischen den 1990er Jahren bis Anfang 2001 hielt der russische Staat 39 % der Gasprom Aktien, was es dem Konzern ermöglichte ein wenig freier zu agieren.¹⁴⁸ Als Wladimir Putin¹⁴⁹ an die Macht kam, änderte sich dies schlagartig. Putin sah Gasprom als das Schlüsselement für die russische Energiepolitik an.¹⁵⁰ Kurze Zeit nach seinem Amtsantritt musste der Vorstandsvorsitzende Rem Wjachirew¹⁵¹ sein Amt an Alexei Miller,¹⁵² einen Weggefährten von Wladimir Putin, übergeben. Ebenso wurden weitere Putin-Vertraute in Schlüsselpositionen, wie dem Aufsichtsrat und der Konzernführung eingeführt und seit 2005 besitzt der russische Staat erneut Mehrheitsanteile an Gasprom.¹⁵³ Nach Aussagen des Konzerns sieht sich dieser *„[...] als Energielieferant einerseits und als Transitgebiet für zentralasiatisches Gas andererseits.“*¹⁵⁴ Aufgrund dessen sind zunehmend Bestrebungen von Gasprom zu beobachten Erdgas nicht nur innerhalb Russlands zu fördern, sondern ebenfalls neue Fördergebiete außerhalb zu erschließen. Darüber hinaus hat der Konzern in den letzten Jahren begonnen, sich an weltweiten Projekten zu beteiligen. Dabei sind unter anderem Abkommen mit Algerien, Bolivien, China, Lybien, Nigeria, Venezuela und Vietnam unterzeichnet worden.¹⁵⁵ Strategisch ebenfalls von hoher Bedeutung sind der Ausbau und die Instandhaltung der Infrastruktur. Durch den Bau neuer Pipelines, wie beispielsweise Nord-Stream und South-Stream soll eine Diversifizierung der Transportrouten nach Europa

¹⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 261.

¹⁴⁸ Vgl. Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 122.

¹⁴⁹ Wladimir Wladimirowitsch Putin. Geboren am 7. Oktober 1952 in Leningrad. Von 2000 – 2008 Präsident von Russland, von 1999 – 2000, und seit 2008 Ministerpräsident. Seit 2008 Vorsitzender der Partei Einiges Russland und seit 2011 ebenfalls Vorsitzender der Gesamtrussischen Nationalen Front. Vgl. <http://www.aktuell.ru/rupol0023/morenews.php?iditem=2>. Für weiterführende Informationen: Rahr, Alexander: Wladimir Putin. Der Deutsche im Kreml, Bonn 2000.; Politkovskaya, Anna: Putin´s Russia. Life in a failing democracy, New York 2005.; Haug, Roland: Die Kreml AG. Putin, Russland und die Deutschen, Stuttgart 2003.

¹⁵⁰ Vgl. Bollinger-Kane: Gazproms Ambitionen S. 135f.

¹⁵¹ Rem Iwanowitsch Wjachirew wurde am 23. August 1934 in Russland geboren und war von 1992 bis 2001 Vorstandsvorsitzender von Gazprom. Vgl. <http://www.flb.ru/persprint/125.html>.

¹⁵² Alexei Borissowitsch Miller wurde am 31. Januar 1962 in Leningrad geboren und ist seit 2001 Vorstandsvorsitzender von Gazprom. Vgl. <http://www.ftd.de/unternehmen/industrie/alexej-miller-der-putinist-von-gasprom/1109414192804.html>.

¹⁵³ Vgl. Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 110f.; Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 269.

¹⁵⁴ Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 264.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd., S. 263.

erreicht werden und eine Verringerung der Abhängigkeit von Transitstaaten.¹⁵⁶ Gasprom ist gekennzeichnet von einer ständigen Vermischung zwischen staatlichem Auftrag und gleichzeitig der Wahrnehmung privater Interessen. Es besitzt „[...] nahezu alle [russischen] gasfördernden und –verarbeitenden Unternehmen, alle Hochdruckpipelines sowie das staatlich garantierte Monopol für den Erdgastransport nach Europa“.¹⁵⁷ Folglich hat sich in der Struktur und Organisation der russischen Erdgasindustrie seit der UdSSR nur wenig verändert, auch wenn neue Gasfirmen, wie beispielsweise Itera¹⁵⁸ und Novatek¹⁵⁹ entstanden. Ihr Vorteil wäre, dass ihre Preise nicht reguliert sind. Jedoch sind sie mit der Tatsache konfrontiert, dass Gasprom das gesamte russische Pipelinesystem sein Eigen nennt.¹⁶⁰ Demzufolge können selbst so genannte “unabhängige“ Firmen wie Itera und Novatek nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach wie vor Gasprom die Kontrolle über das russische Pipelinesystem besitzt und demnach die “Freiheit“ und der “Wettbewerb“ anderer Gasunternehmen als beschränkt angesehen werden kann, solange keine Liberalisierung des russischen Gasmarktes in Sicht ist.

Dabei besitzt die Russische Föderation mit circa 23 Mrd. m³ die weltweit größten Erdgasreserven, gefolgt von Iran (15 Mrd. m³) und Katar (14 Mrd. m³) und stellt aufgrund dessen eigentlich ein lukratives Ziel für internationale Energiekonzerne dar. Allein der Anteil an den Weltreserven beträgt rund 23 %.¹⁶¹ Die bisher bedeutendste Erdgasregion ist Westsibirien. Viele Felder wurden, wie bereits erwähnt, in den 1960er und 1970er Jahren entdeckt, was bedeutet, dass ihr Zenit oftmals schon überschritten ist und die Förderung und Produktion in den kommenden Jahren abfallen wird.¹⁶² Da jedoch der Einfuhrbedarf an Gas in Europa in den kommenden Jahrzehnten erheblich ansteigt, ist Russland darauf

¹⁵⁶ Vgl. Ebd., S. 265.

¹⁵⁷ Austvik, Ole G.; Cygankova, Marina: Europa unter Spannung - Energiepolitik zwischen Ost und West: Energiereichtum: Auf dem Weg zur Konvergenz? Norwegen und Rußland als Gasproduzenten. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 309.

¹⁵⁸ Itera wurde 1994 auf dem russischen Markt aktiv und baute unter anderem den Handel mit Gas aus Turkmenistan aus. In den darauffolgenden Jahren kaufte sich Itera in zahlreiche Tochterfirmen von Gasprom ein, was zur Folge hatte, dass Gasprom in Verdacht geriet bisher rentable Unternehmensteile billig zu verkaufen. Itera wurde daraufhin vom Gasprom Management unter Druck gesetzt und war gezwungen einen Teil seiner Produktionsanlagen zu verkaufen. Vgl. Website der Firma Itera: <http://www.itera.ru/isp/eng/>.

¹⁵⁹ Novatek galt lange Zeit als der größte und unabhängige Gasförderer in Russland. Vgl. Website der Firma Novatek: <http://www.novatek.ru/en/>.

¹⁶⁰ Vgl. Austvik: Europa unter S. 309.; Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 13f.

¹⁶¹ Vgl. IEA (Hrsg.): World Energy Outlook 2011..

¹⁶² Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 239.; Stern: The future of Russian, S.5f.

angewiesen neue Felder zu erschließen. Diese liegen oftmals in klimatisch und geographisch problematischen Regionen, wie das Shtokman-Gasfeld in der Barentsee oder Gebiete in Ostibirien und dem Fernen Osten. Des Weiteren sind für die Erschließung derartiger Felder umfangreiche finanzielle Investitionen von Nöten, die nach Ansicht von Experten weit über die finanziellen Möglichkeiten von Gazprom hinausgehen. Allein bei der Erschließung der Gasfelder auf der Yamal-Halbinsel rechnen Experten mit Investitionen von mehr als 60 Milliarden Dollar. Insgesamt sieht die Energiestrategie von Russland bis 2030 ein Volumen von bis zu 600 Milliarden Dollar an Investitionen vor.¹⁶³ Solange jedoch Russland an seinen staatlichen Regulierung und Kontrolle der Lizenzen festhält, wird es für ausländische Investoren schwierig sein, im russischen Gasgeschäft Fuß zu fassen.¹⁶⁴ Fest steht aber auch, dass es dem Kreml und Gazprom nicht möglich ist eine derartige Investition selbst aufzubringen.

3.4 Die russische Energiestrategie

Am 13. November 2009 verabschiedete die russische Regierung die so genannte "Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2030 goda".¹⁶⁵ Darin wurden Ziele für die Entwicklung des russischen Energiesektors bis zum Jahr 2030 festgelegt. Bereits im Jahr 2003 wurde eine Energiestrategie bis zum Jahr 2020 verabschiedet.¹⁶⁶ Das Strategiepapier von 2009 sieht eine Einteilung in drei Etappen vor. Die erste Phase dauert von 2009 – 2013 und soll zunächst die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beseitigen und überwinden. Die zweite Phase soll von 2013 – 2022 andauern und eine grundlegende Modernisierung der russischen Energiewirtschaft beinhalten. Ebenfalls der Ausbau der geographisch und klimatisch schwierigen Erdgasvorkommen soll in

¹⁶³ Vgl. Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2030 goda, Moskva 2009. <http://minenergo.gov.ru/activity/energostrategy/full.php>.; Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 240.

¹⁶⁴ Vgl. Götz: Russlands Erdgas, S. 15.

¹⁶⁵ Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2030 goda, Moskva, 2009.

¹⁶⁶ Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2020 goda, Moskva, 2003.

Angriff genommen werden. Die letzte Phase, welche datiert wurde von 2022 bis 2030, ist für den Ausbau der erneuerbaren Energien angedacht.¹⁶⁷

Als eines der wichtigsten Ziele, wird in beiden Papieren die Energiesicherheit genannt. Diese sieht die Regierung vor allem in abgelegenen Regionen für eine der größten Herausforderungen.¹⁶⁸ „*All new gas fields are located in the far north and east of Russia, in conditions of extremely harsh environments and far from both transportation infrastructure and markets. [...] To develop these fields will take an entirely new infrastructure, and the harsh climate will ensure that such infrastructure will be both costly and technically difficult to build.*“¹⁶⁹ Weiterhin steht die ökologische Sicherheit ebenso im Vordergrund, wie auch eine Reduzierung der hohen Energiekosten bei der Produktion. Als wichtigstes Element für die Umsetzung zählt der Ausbau der staatlichen Regulierung von Tarifen, Steuern und Preisen.¹⁷⁰

Ferner zielt die außenpolitische Energiestrategie auf eine Stärkung der Position der Russischen Föderation auf internationaler Ebene ab. Auffällig ist, dass es im gesamten Strategiepapier vermieden wird, über die Energiestrategien gegenüber den externen Partnern wie den ehemaligen GUS-Staaten oder gar der EU, direkte Aussagen zu treffen.¹⁷¹ Besonders da bekannt ist, dass dem Dialog und dem Austausch mit der Europäischen Union eine hohe Bedeutung beigemessen wird. Ebenfalls nur am Rande wird auf die Öffnung des russischen Energiemarktes für ausländische Unternehmen und Investoren eingegangen.

Weiterhin plant die Russische Föderation die Exportmengen massiv zu steigern. Dafür zwingend notwendig ist die Sanierung des russischen Pipelinenetzes, welches mit einer Gesamtlänge von über 463.000 Kilometer, als das größte der Welt gilt. Die meisten Leitungen aus der sowjetischen Ära sind in einem

¹⁶⁷ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 256.; Ministerstvo Energetiki: Energeticeskaja strategije, S. 30ff.;

¹⁶⁸ Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 7.

¹⁶⁹ Stermiczky, Aaron: Das Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“. Eine Darstellung des Vorhabens, eine Einschätzung der Begleitumstände und eine Analyse der politischen Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung, Mag.-Arb., Universität Wien 2011, S. 82.; Fredholm: Gazprom in Crisis, S. 7.

¹⁷⁰ Vgl. Tatarintseva, Marina; Hishow, Ognian H.: Die Energiestrategie der EU und die Kooperation mit Russland. Ungleiche Partner auf der Suche nach einem Ausgleich ihrer Interessen. In: SWP-Aktuell, 48, 2006, S. 1-7.

¹⁷¹ Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 7.

miserablen Zustand und nicht geeignet für eine Erhöhung der Transportkapazitäten.¹⁷² Studien vermuten, dass sich mehr als 70 % des russischen Pipelinenetzes in einem sanierungsbedürftigen Zustand befinden. „*Over 70 percent of Russia’s high-pressure gas pipelines were commissioned before 1985, the average age of the Gazprom [...] pipelines being 22 years.*”¹⁷³ Russland ist demnach auf massive Investitionen für den Ausbau der Pipelines, der Energiewirtschaft im Allgemeinen, sowie der Infrastruktur angewiesen. Die maroden Pipelines bergen nicht nur Verluste für die russischen Energieunternehmen, sondern ebenfalls weitreichende Gefahren für die Umwelt.

Die derzeit wichtigste Pipeline ist die so genannte Druzhba-Pipeline, welche nicht nur den Titel der weltweit längsten Ölpipeline in Anspruch nimmt, sondern gleichzeitig eine der größten Pipelines der Welt ist und jährlich mehr als 85 Millionen Tonnen Öl nach Westeuropa transportiert.¹⁷⁴ Des Weiteren nimmt die Adria-Pipeline einen besonderen Stellenwert ein. Sie wurde konstruiert um Erdöl aus dem Nahen Osten nach Ungarn und Jugoslawien zu transportieren. Mittlerweile gibt es zunehmend Spekulationen die Fließrichtung der Pipeline zu ändern um damit russisches Öl auf dem Weltmarkt zu platzieren.¹⁷⁵

Beim Erdgastransport ist ebenfalls ein sehr dichtes Leitungsnetz vorhanden. Die nördliche Route bringt hauptsächlich Erdgas aus Westsibirien nach Europa und die Türkei.¹⁷⁶ Die zentrale Pipeline versorgt Zentralrußland, die südliche besitzt diverse Abzweigungen nach Kasachstan und Turkmenistan. Durch die Blauer-Strom- Pipeline wird Gas an die Türkei geliefert, durch die Druzhba-Pipeline werden Ländern wie Deutschland und Österreich abgedeckt.

¹⁷² Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 10.

¹⁷³ Fredholm: Gazprom in Crisis, S. 4; Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 81.

¹⁷⁴ Vgl. Götz, Roland: Pipelinepolitik. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 116.

¹⁷⁵ Vgl. Götz: Pipelinepolitik, S. 117.; Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 11.

¹⁷⁶ Vgl. Götz: Pipelinepolitik, S. 115.; Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 12.

3.5 Zwischenfazit

Die zunehmende politische und wirtschaftliche Globalisierung und die stärker werdende Rolle der EU verändern die Rahmenbedingungen für das staatliche Engagement im russischen Erdgas- und Erdölsektor. Marktwirtschaftliches Denken und Handeln hat ebenfalls in Russland Einzug gehalten, auch wenn weiterhin versucht wird neben den ökonomischen auch geopolitische Ziele mit einzubinden. Gleichwohl beginnt Russland seinen Energiemarkt für internationale Firmen zu öffnen, so ist nach wie vor fraglich, ob diese jemals vollkommen unabhängig in Russland agieren können oder dies nur mit russischer Beteiligung möglich sein wird. Dies ist sicherlich auch eine Frage der geographischen, demographischen, kulturellen, historischen und politischen Hintergründe Russlands.

4. Betrachtung der Energiebeziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland

Die Europäische Union ist allein aufgrund von geographischen, historischen und geopolitischen Gründen angewiesen, die Partnerschaft mit der Russischen Föderation zu vertiefen, gleichwohl bekannt ist, dass beide Seiten, besonders im Energiesektor, unterschiedliche Prioritäten und Ziele verfolgen.¹⁷⁷ Dabei besteht gerade in diesem Bereich gegenseitig eine hohe Abhängigkeit.¹⁷⁸ Europa bezieht einen Großteil seiner Erdgas- und Erdölimporte aus Russland. Gleichzeitig ist Russland durch die bisher bestehende Transportinfrastruktur auf den europäischen Absatzmarkt angewiesen. Auch wenn dies die These einer gegenseitigen Abhängigkeit bestärkt, so forciert die Europäische Union durchaus eine „[...] Diversifizierung der Energielieferanten und Transportwege [...]“.¹⁷⁹ Dies wird von russischer Seite durchaus mit einem gewissen Unverständnis beobachtet.¹⁸⁰ Dennoch ist zu beobachten, dass zunehmend Anstrengungen für eine engere Bindung in beide Richtungen erfolgen, auch wenn sich dies vorwiegend immer noch auf die Initiative von privaten Unternehmen zurückführen lässt.

¹⁷⁷ Vgl. Tatarintseva.: Energiestrategie der EU, S. 1-7.

¹⁷⁸ Für weiterführende Informationen: Aalto, Pami (Hrsg.): The EU-Russian Energy Dialogue. Europe's future energy security, Aldershot 2008. (The international political economy of new regionalism series.); Altmann, Franz-Lothar: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU. In: SWP-Studie, Bd. 1.2007.; Barysh, K (Hrsg.): Pipelines, politics, and power: the future of EU-Russia energy relations Centre for European Reform (CER), London 2009.; Casny, Peter: Die zukünftige Energiepolitik der EU unter besonderen Aspekt der Beziehungen zur Russischen Föderation, Dipl.-Arb., Universität Wien 2007.; Europäische Kommission: Die Europäische Union und Russland. Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner, Brüssel 2007.; Götz: Russlands Erdgas. In: SWP-Studie, Bd. 21.2007.; Haslam, Johnathan: Rising and Resurgent Powers - A Pipeline Runs Through It - With Russia in the driver's seat on energy issues, Europe should worry about running on empty. In: The national Interest, 2007, 92, S. 73-79.; Helm, Dieter: The Russian Dimension and Europe's external energy policy.; Havlik, Peter: European energy security in view of Russian economic and integration prospects, Wien 2010.; Hunter, Edward: Energy Vulnerability and EU-Russia Energy Relations. In: Journal of Contemporary European Research, Vol. 5.2009, 2, S. 272-292.; Linskeseder, Michael: Perspektiven für die langfristige Bindung der russischen Erdgasreserven an die EU durch Intensivierung der politischen und ökonomischen Interdependenzen auf diesem Sektor, Diss., Universität Wien 2008.; Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen; Samhaber, Erich: Die Energiepolitik der Europäischen Union mit der Russischen Föderation unter besonderer Betrachtung der Yukos-Affäre, Dipl.-Arb., Universität Wien 2008.; Schulze, Peter W.: Energiesicherheit – ein europäischer Traum. Russland als Energiemacht, Wien 2007.; Talus, Kim (Hrsg.): EU-Russland-Beziehungen im Energiebereich, Brüssel 2010.; Walker, Martin: Russia v. Europe. The Energy Wars. In: World policy journal, Bd. 24.2007, 1, S. 1-8.

¹⁷⁹ Woltering, Tobias: Die europäische Energieaußenpolitik und ihre Rechtsgrundlagen, Frankfurt/Main 2010, S. 18.

¹⁸⁰ Vgl. Feklyunina, Valentina: The "Great Diversification Game": Russia's Vision of the European Union's Energy Projects in the Shared Neighbourhood. In: Journal of Contemporary European Research, Bd. 4.2008, S. 130f.

Bereits zu Beginn der 1990er Jahre, wurde von beiden Seiten die Idee einer umfassenden Freihandelszone propagiert, ohne jedoch weitere Schritte in Angriff zu nehmen.¹⁸¹ Im Jahr 1999 verabschiedete das Europäische Parlament und der Europäische Rat eine "Gemeinsame Strategie gegenüber Russland",¹⁸² worauf im Jahr 2000 Russland mit einer "Mittelfristigen Strategie gegenüber der EU" antwortete. Beide Dokumente galten als Absichtserklärung für eine zukünftige Zusammenarbeit auf unterschiedlichsten Gebieten.¹⁸³ Diese Bemühungen wurden nach den Anschlägen vom 11. September 2001 intensiviert, auch wenn besonders im Energiebereich, unterschiedliche Interessen verfolgt wurden. Darüber hinaus fanden seit dem Jahr 2000 regelmäßige Energiedialoge statt, in denen es um gemeinsame Energiestrategien, sowie den Transfer von Technologien und Umweltfragen ging.¹⁸⁴ Seit dem Jahr 2003 kam es dann jedoch zu einer Stagnation im Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Bisherige Tiefpunkte waren der russische Einmarsch in Georgien 2008¹⁸⁵ und der zweite russisch-ukrainische Gasstreit im Jahr 2009.¹⁸⁶

4.1 Partnerschafts – und Kooperationsabkommen

Auf der europäischen Ebene gilt das 1997 in Kraft getretene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA).¹⁸⁷ Das PKA regelt in erster Linie die

¹⁸¹ Vgl. Götz, Roland: Licht und Schatten. Die Energiepartner zwischen Russland und der EU. In: Osteuropa Bd. 53.2003, S.1525f.

¹⁸² Vgl. Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 157/1 vom 24.06.1999.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF>.

¹⁸³ Vgl. Götz: Licht und Schatten, S.1525.

¹⁸⁴ Vgl. Götz: Rußlands Energiestrategie, S. 26.

¹⁸⁵ Der Kaukasuskrieg war ein militärischer Konflikt zwischen Georgien und Russland mit den nicht anerkannten Republiken Abchasien und Südossetien, nachdem Georgien trotz eines 1994 geschlossenen Friedensabkommens, eine Drohne über Abchasien sandte. Weiterführende Literatur: Kunze, Thomas: Krieg um Südossetien. NATO und EU zwischen Russland und Georgien. Vgl. http://www.kas.de/wf/doc/kas_14356-544-1-30.pdf; von Gumpenberg, Marcus (Hrsg.): Der Kaukasus. Geschichte, Politik, Kultur, München 2008.; Krumm, Reinhard: Länderanalyse. Das doppelte Russland. Zum Aufbruch bereit, in der Tradition gefangen, Berlin 2008.; Quiring, Manfred: Pulverfass Kaukasus. Konflikte am Rande des Russischen Imperiums, Berlin 2009.; Stewart, Susan: Russische Außenpolitik im Postsowjetischen Raum, Berlin 2010.

¹⁸⁶ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 203.

¹⁸⁷ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften.

Partnerschaftsabkommen Europäische Union Russland: L 321 vom 28.11.1997.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31997D0800:DE:HTML>.

http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.2.pdf.

Zusammenarbeit bei kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Fragestellungen und war für einen Zeitraum von zehn Jahren angesetzt. Geplant war, danach die Möglichkeit zu nutzen, Änderungen vorzunehmen und ein neues PKA zu entwickeln. Seit dem Jahr 2007 ist es aber sowohl der EU, als auch Russland nicht gelungen ein neues, gemeinsames PKA zu verabschieden. Gründe waren unter anderem der 2008 erfolgte Kaukasuskrieg, sowie der zweite Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine. Aufgrund dessen gilt nach wie vor das PKA von 1997 und verlängert sich jeweils automatisch um ein Jahr.¹⁸⁸ Im Jahr 2003 erfolgte eine Ergänzung zum PKA mit dem Namen „Vier gemeinsame Räume“,¹⁸⁹ in dem ein „[...] gemeinsamer Wirtschaftsraum, gemeinsamer Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, gemeinsamer Raum der Zusammenarbeit bei der äußeren Sicherheit und gemeinsamer Raum der Forschung und Bildung[...]“ festgelegt wurde.¹⁹⁰

4.2 Energiedialog

Ein weiteres Mittel der europäisch-russischen Verständigung ist der so genannte Energiedialog. Dieser wurde im Oktober 2000 in Paris ins Leben gerufen und ist als ein „[...] bilaterales Instrument [anzusehen] mit dem Ziel die zukünftigen Konturen einer europäisch-russischen Energiepartnerschaft zu definieren und zu realisieren.“¹⁹¹ Thematisch nimmt, wie bereits der Name sagt, die Energiepolitik eine herausragende Stellung ein und besonders kontrovers diskutierte Fragestellungen wie die Sicherung der Energieversorgung, die Liberalisierung und Öffnung der Energiemärkte und der Ausbau der Energieinfrastruktur. Somit bietet der Energiedialog eine Plattform, auf der sich die Mitgliedsstaaten der EU, Russland, als auch europäische und russische Energieunternehmen über diverse energiepolitische Themenstellungen informell austauschen können.

¹⁸⁸ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 204.

¹⁸⁹ Die Entscheidung für vier gemeinsame Räume wurde bei einem gemeinsamen Gipfeltreffen im Mai 2003 beschlossen. http://www.europarl.europa.eu/ftu/pdf/de/FTU_6.4.2.pdf.

¹⁹⁰ Krämer: Energiesicherheit, S. 204.

¹⁹¹ Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 204.

4.3 Energiepakt

Weiterhin tauschen sich die Russische Föderation und die EU über so genannte Energiepakete aus. Der erste dieser Art wurde im November 2009 unterzeichnet und stellte ein Frühwarnsystem dar, um Störungen in der Öl- und Gasversorgung frühzeitig zu erkennen und zu beheben¹⁹². Derzeit stehen Verhandlungen für den dritten Energiepakt an, in dem unter anderem über eine Aufspaltung der Energiekonzerne in Produktion und Netze diskutiert wird. Geplant war, dass der Pakt im März 2012 in Kraft tritt. Bisher gestaltet sich dies jedoch als äußerst schwierig, da Gasprom den Pakt als einen Versuch ansieht seinen Einfluss auf den europäischen Energiemarkt zu schmälern.¹⁹³

4.4 Energiecharta

Einen besonders hohen Stellenwert für die Energiebeziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union nimmt der bereits erwähnte Energiechartavertrag¹⁹⁴ ein, dessen Ziel die Errichtung und der Ausbau einer eurasischen Energiepartnerschaft war.¹⁹⁵ Ferner bildet dieser eine rechtliche Basis und regelt alle Fragen hinsichtlich Handel, Investitionen, Umwelt und Wettbewerb die mit Energieressourcen einhergehen.¹⁹⁶ Neben dem vor kurzem erfolgten Beitritt zur WTO könnte die Öffnung des russischen Marktes durch die Ratifizierung der bereits erwähnten Energiecharta¹⁹⁷ durch Russland erfolgen. Bisher hat Russland sich geweigert diesen Vertrag zu ratifizieren, da es befürchtet, dass seine bisherige Monopolstellung gebrochen und finanzielle

¹⁹² Vgl. Ebd. S. 205.

¹⁹³ Vgl.

<http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/verhandlungen-ueber-drittes-eu-energiepaket-festgefahren-493649/index.do>.

¹⁹⁴ Vgl. <http://www.encharter.org/index.php?id=28&L=1%2F\\\\%27.>; Chalker: Energiecharta-Vertrag, S. 55-67.; Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, m S. 75-80.; Pollak: Energiepolitik der EU, S. 146f.

¹⁹⁵ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 206.

¹⁹⁶ Vgl. Götz: Russlands Erdgas, S. 27.; Chalker: Energiecharta-Vertrag, S. 55-67.

¹⁹⁷ Der "Energiechartavertrag" wurde am 17.12.1994 unterzeichnet und trat am 16.04.1998 in Kraft.

Nicht ratifiziert hatten ihn Ländern wie Island, Norwegen, Russland und USA. Vgl. <http://www.encharter.org/index.php?id=1&L=0>.

Verluste damit einhergehen würden. Durch die Ratifizierung der Charta wäre es für ausländische Konzerne einfacher Zugang zum russischen Energiemarkt und dem dort vorhandenen Pipelinesystem zu erhalten. Des Weiteren wäre Russland nicht mehr in der Lage, zugesagte Transitlieferungen im möglichen Streitfall zu unterbinden und wäre gezwungen im Ernstfall einen Streitschlichter einzuschalten.¹⁹⁸ Für die russische Führungsspitze sind derartige Forderungen nicht annehmbar und führten bisher zur Ablehnung der Ratifizierung. Für die Europäische Union bedeutet diese Nichtratifizierung die Verhinderung der Schaffung eines wettbewerbsfähigen Energiemarktes, „[...]welcher der EU einen von Russland unabhängigen Zugang zu den Energieanbietern gewährleisten würde.“¹⁹⁹

4.5 Zwischenfazit

Wie bereits erwähnt, sind für die Russische Föderation nach wie vor die Länder der Europäischen Union die größten und wichtigsten Abnehmer von Erdöl und Erdgas. Auch wenn in den letzten Jahren ebenfalls zunehmend Geschäfte mit Asien abgeschlossen werden, fokussiert sich die russische Energiestrategie nach wie vor vorrangig auf die EU. Allein im Jahr 2002 exportierte Russland mehr als 60 % seines Erdgases und mehr als 50 % seines Erdöls in die Europäische Union.²⁰⁰ Zudem steht bereits jetzt fest, dass der Importbedarf der EU in den kommenden Jahrzehnten auf über 80 % ansteigen wird und die bisherigen Fördergebiete in Europa bis dahin ausgeschöpft werden sein.

Demnach kann von einer wechselseitigen Abhängigkeit zwischen der EU und Russland gesprochen werden, auch wenn sich die Europäische Union um eine Diversifizierung Ihrer Energiequellen bemüht. Sie wird nicht umhinkommen auf

¹⁹⁸ Diese Bedingung spielt auf den ständig schwelenden Konflikt zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine, bei dem es um die Problematik der Erdgaslieferungen an und durch die Ukraine geht. Als Russland im März 2005 die Bedingungen und den Preis über den Transit von Erdgas durch die Ukraine nach Westeuropa neu verhandeln wollte, weigerte sich die Ukraine diese anzunehmen. Folge war, dass Russland am 1. Januar 2006 die Gasexporte in die Ukraine einstellte, was Lieferengpässe in verschiedenen westeuropäischen Staaten nach sich zog.

¹⁹⁹ Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 26.

²⁰⁰ Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands S. 23.

russisches Öl oder Gas vollkommen zu verzichten. Gleichzeitig ist auch die russische Wirtschaft in hohem Maße von der Nachfrage nach Öl und Gas abhängig.²⁰¹ Die russischen Energiekonzerne sind daher bemüht ihre Position in der EU zu stärken. Gasprom strebt an, bis zum Jahr 2020 seinen Anteil am europäischen Energiemarkt um mehr als 15 % auf 38 % zu steigern.²⁰² Der russische Konzern Lukoil²⁰³ plant diverse Beteiligungen und Einkäufe im europäischen Ausland und den USA. Ferner gehört zur langfristigen Strategie der Russischen Föderation die Unterzeichnung von Verträgen über Zeitspannen von mehr als 20 Jahren. Dies sichert Russland auf lange Zeit einen stabilen Absatzmarkt, während die Europäische Union von sicherer Energieversorgung profitiert.

Immer noch fraglich ist, inwieweit die bisherige Verweigerung Russlands, ausländische Energieunternehmen den Zugang zum russischen Binnenmarkt zu öffnen, sich ändern wird. Viele Hoffnungen ruhen auf den kommenden Jahren, nachdem es im Dezember 2011 gelungen ist, Russland in die WTO aufzunehmen. Viele internationale Konzerne erhoffen sich dadurch eine schrittweise Öffnung des russischen Marktes und dessen Exportkanälen. Bisher unterliegen beispielsweise die Lizenzen für die Förderung und den Export von den russischen Energieressourcen einer strengen staatlichen Kontrolle.²⁰⁴ Es herrscht ein Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit von Investitionen in der russischen Energiewirtschaft und der Ansicht des Kreml das staatliche Monopol über die Förderung von Energieressourcen zu halten.

Festhalten lässt sich somit, dass die Russische Föderation massiv bestrebt ist, aktiv an der europäischen Energiepolitik mitzuwirken und durch seine russischen Unternehmen wie Gasprom und Lukoil aktiv auf Entwicklungen auf dem europäischen Energiemarkt eingreifen kann. Trotz Beitritt zur WTO und Abkommen mit ausländischen Energieunternehmen ist es nach wie vor anzuzweifeln, inwieweit die Führung in Moskau entscheidet, den russischen

²⁰¹ Vgl. Tatarintseva.: Energiestrategie der EU, S. 1-7.

²⁰² Vgl. Umbach, Frank: Die neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht. In: Internationale Politik, Bd. 61.2006, 9, S. 56.

²⁰³ Vgl. Website der Firma Lukoil: www.lukoil.ru.

²⁰⁴ Vgl. Umbach: Die neuen Herren, S. 57.; Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 25.

Markt nach außen zu öffnen.²⁰⁵ Aufgrund der massiven Ressourcen an Öl und Gas, ist es Russland möglich, Expansion in Richtung EU und Asien zu betreiben und gleichzeitig Kontrolle über weitere rohstoffreiche Territorien, wie des Kaspischen Raums, durch Verträge und Abkommen an sich zu binden. Darüber hinaus stellen Energieunternehmen, wie Gazprom und Transneft in Russland ein Instrument der Kontrolle für den Staat dar. Nicht außer Acht lassen sollte man, dass die Führung in Russland die Vielfalt an Energieressourcen im eigenen Land nicht nur nutzt um seinen Status als Energiemacht zu halten und festigen, sondern ebenfalls für politische Zwecke und auf internationaler Ebene instrumentalisiert. Derartige Bestrebungen sind kritisch zu betrachten. Spannend bleibt die Frage nach den notwendigen Investitionen in die russische Pipeline-Infrastruktur und die Erschließung von Gas- und Ölfeldern, welche in geographisch und klimatisch schwierigen Regionen liegen. Dafür sind enorme Investitionen notwendig, die in dieser Größenordnung nur auf den internationalen Kapitalmärkten zu finden sind.²⁰⁶

²⁰⁵ Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands S. 39.

²⁰⁶ Vgl. Ebd., S. 41.; Westphal, Kirsten: Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft? Baden-Baden 2000. (Nomos-Universitätschriften; 112).

5. Die Pipelinepolitik der Europäischen Union

5.1 Die europäische Pipelinepolitik

Aufgrund des stetig wachsenden Bedarfs an Energieträgern, ist der Ausbau des Pipelinenetzes von herausragender Bedeutung. Das 1995 von der EU initiierte INOGATE Programm²⁰⁷ zeichnet sich verantwortlich für die strategische und geographische Ausrichtung der Erdöl- und Erdgasleitungen. Wesentlicher Bestandteil ist der Ausbau des Pipelinenetzes in den Regionen des Kaspischen, des Schwarzen Meeres und des Mittelmeeres.²⁰⁸ Ferner wurde im Rahmen des INOGATE Programms eine internationale Vereinbarung, das INOGATE Umbrella agreement geschlossen. Es regelt den grenzüberschreitenden Energietransport nach Europa und zielt in erster Linie auf eine Sicherstellung der europäischen Energieversorgung.²⁰⁹

Allgemein kann eine Einteilung des europäischen Pipelinenetzes in drei Korridore durch die geographische Lage der Ressourcen erfolgen. *„Der erste verläuft in Nord-Süd-Richtung vom Europäischen Nordmeer und der Nordsee zum Vereinigten Königreich, Skandinavien und dem europäischen Festland. Der zweite und größte ist der Ost-West-Korridor, der [...] in zwei Stränge unterteilt wird: [...] einen nördlichen und einen südlichen Strang. Der nördliche transportiert Erdöl und Gas aus Russland [...] durch Belarus oder die Ukraine. Der südliche [...] bringt Ressourcen aus dem Kaspischen Raum, dem südlichen Zentralasien und dem nordwestlichen Mittleren Osten über die Türkei oder Russland nach Südosteuropa. Der dritte Korridor verläuft in Süd-Nord-Richtung von Nordafrika nach Spanien und Italien.“*²¹⁰

²⁰⁷ Abkürzung für: Interstate Oil and Gas Transport to Europe. INOGATE ist Teil eines internationalen Kooperationsprogrammes, welches über TACIS (Technical Aid to the Commonwealth of Independent States) finanziert wird. Vgl. <http://www.inogate.org/>.

²⁰⁸ Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Ausbau der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer im Verkehr und Energiesektor, KOM (2001) 126, 07.03.2001, S. 14. Vgl. Grunwald, Jürgen: Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften. EGKS-EURATOM-EG. Grundlagen, Geschichte, Geltende Regelungen, Berlin 2003, S. 570f.

²⁰⁹ Vgl. http://www1.inogate.org/inogate_programme/inogate_archives/inogate-umbrella-agreement.

²¹⁰ Pollak: Energiepolitik der EU, S. 167.

Es gibt dabei eine Vielzahl an Pipeline-Projekten im südlichen Gaskorridor. Hierzu zählen Ausnahmeprojekte wie die im Folgenden näher beschriebene Nabucco-Pipeline. Weiterhin das so genannte South-Stream-Projekt, welches in Kooperation mit dem italienischen Energieunternehmen ENI und dem russischen Energielieferanten Gazprom, entwickelt wurde. South-Stream gilt als direktes Konkurrenzprojekt zur Nabucco-Pipeline. Hierbei wird Gas aus Russland nach Bulgarien geliefert und von dort nach Italien und Griechenland weitergeleitet. Ebenfalls von politischem Interesse ist das so genannte North-Stream-Projekt. Dabei soll russisches Erdgas über die Ostsee nach Deutschland geleitet werden. Bei all diesen Projekten ist zu bedenken, dass oftmals nur ein kleiner Teil auch die Bauphase erreicht und vollendet wird. Gründe sind neben sehr langen Planungszeiten auch die Höhe der Investitionen, die getätigt werden müssten und für die Sponsoren notwendig sind. Hinzu kam in den letzten Jahren der stetige Anstieg von LNG-Terminals und den damit nicht mehr notwendigen Pipelineleitungen quer über die Kontinente.²¹¹

5.2 Die Nabucco-Pipeline

5.2.1 Hintergrund

Wie bereits mehrfach angedeutet, gilt die Nabucco-Pipeline in vielerlei Hinsicht als das europäische Vorzeigeprojekt schlechthin. Es wäre die erste Erdgaspipeline aus der Region des Kaspischen Meeres in die Europäische Union ohne direkte russische Einflussnahme. Der derzeitige Verlauf ist über die Türkei durch Bulgarien, Rumänien, Ungarn bis nach Österreich geplant, wo es in Baumgarten eingespeist wird in das innereuropäische Gasverteilungsnetz. Bei Fertigstellung

²¹¹ LNG steht für "Liquefied natural Gas". Es stellt Erdgas dar, das unter sehr hohem Druck auf über -161 Grad abgekühlt wird und dadurch einen flüssigen Aggregatzustand erreicht. Weiterhin nimmt es in diesem Zustand nur knapp 1/600 des Volumens ein, was Erdgas im natürlichen Zustand hat. Dadurch bietet es vor allem Vorteile in der Lagerung und beim Transport. Japan war eines der ersten Länder, welches verflüssigtes Gas über den Seeweg transportierte. In den letzten Jahrzehnten verzeichnete LNG und der Bau von LNG-Terminals einen stetigen Anstieg. Vgl. http://www.erneuerbareenergiequellen.com/erdgas_flussigerdgas.html.; Pollak: Energiepolitik der EU, S. 185f.

wird die Pipeline eine Länge von mehr als 3.900 Kilometer vorweisen. Davon laufen mehr als 2.500 Kilometer durch die Türkei, welche somit eine Schlüsselposition einnimmt.²¹² Es ist geplant, dass sich später durchaus weitere Länder diesem Projekt anschließen können. Durch die strategische Lage der Türkei, könnten weitere Lieferländer, wie beispielsweise Iran und Ägypten angebunden werden. Denkbar wäre auch eine Verlängerung Richtung Kasachstan und Turkmenistan.²¹³ In Ankara soll die Pipeline an die Südkaukasus-Pipeline (SCP) angeschlossen werden um Erdgas von Aserbaidschan zur „[...] Hälfte nach Europa und zur Hälfte in die Transitländer [...]“ zu befördern.²¹⁴ Es ist angedacht, dass zunächst jährlich zwischen 8 und 13 Mrd. m³ Gas transportiert werden sollen. Das internationale Betreiberkonsortium²¹⁵, unter Führung des österreichischen Energieunternehmens OMV²¹⁶, visiert nach der Fertigstellung zwischen 25,5 und 31 Mrd. m³ an.²¹⁷ Bedenklich ist, dass allein drei Mitglieder des Konsortiums ebenfalls an der South-Stream-Pipeline beteiligt sind und demnach von einem Interessenkonflikt gesprochen werden kann.²¹⁸

Selbst bei voller Kapazität würde Nabucco nur 5,5 % des EU-Bedarfs decken.²¹⁹ Das heißt, der eigentliche Vorteil läge darin, dass es die erste Pipeline wäre, in der Gas aus der Kaspischen Region transportiert und dabei das russische Territorium umgangen wird. Die kaukasischen und zentralasiatischen Gasvorkommen würden dem russischen Zugriff entzogen werden. Neben der Erschließung neuer Lieferregionen, käme es auch zu einer Verringerung der Abhängigkeit südosteuropäischer Staaten von russischen Gaslieferungen.²²⁰

²¹² Vgl.

<http://www.rwe.com/web/cms/de/257318/rwe/presse-news/pressearchiv/gaspipeline-projekt-nabucco/>.

²¹³ Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 292f.

²¹⁴ Markert, Martina: Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung. Die Europäische Union und Russland: Dependenz oder Interdependenz? München 2008, S.22.

²¹⁵ Nabucco wird von folgenden Konsortialpartnern gehalten: OMV (Österreich), MOL (Ungarn), Transgas (Rumänien), Bulgargas (Bulgarien), Botas (Türkei) und RWE (Deutschland). Jeder Aktionär hält 16,67 Prozent an der Nabucco Gas Pipeline International GmbH zuständig. http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/press/NewsText?p_item_id=A5318212A96CD230E040A8C00201269B.

²¹⁶ Vgl. Website der Firma OMV: <http://www.omv.com>.

²¹⁷ Vgl. Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco. Der Neue Kalte (Gas-)Krieg zwischen EU und Russland geht in die nächste Runde. In: IMI-Studien, Bd. 5.2009, S. 17f.

<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2202/>

²¹⁸ Die Rede ist von Bulgargas, MOL und OMV.

²¹⁹ Vgl. Nötzold: Energiepolitik der EU, S. 292f.

²²⁰ Vgl. Ebd., S. 292f.

Dadurch betont der Bau der Pipeline auch eine gewisse Durchsetzungsfähigkeit der Europäischen Union gegenüber dem starken Partner Russland. Das bisherige Leitungsmonopol von Russland wäre gebrochen. Um dies jedoch umsetzen zu können, muss der Zugriff auf ausreichend große Gasmengen vorhanden sein und eine Einigung mit den Transitländern, wie der Türkei erfolgen, zu welchen Bedingungen die Durchleitung des Gases erfolgen kann.²²¹ Nicht zu erwarten ist, dass der Gaspreis durch die Fertigstellung der Pipeline sinken wird.²²² Da das Gas aus teuren Offshore-Feldern wie etwa Aserbaidschan oder Turkmenistan stammt und über ein neu zu bauendes Pipelinenetz geleitet werden muss, kann es nicht billiger sein als der Preis für das russische Gas.²²³

5.2.2 Historie

Als Initiator des Projektes kann das österreichische Energieunternehmen OMV angesehen werden. Von Anfang an dabei waren neben OMV Gas International GmbH,²²⁴ die ungarische Energiegesellschaft MOL,²²⁵ die rumänische Transgaz,²²⁶ von bulgarischer Seite Bulgargaz²²⁷ und die türkische BOTAS Petroleum Pipeline Corporation.²²⁸ Zu Beginn des Jahres 2008 stieß das deutsche Energieunternehmen RWE hinzu.²²⁹ Diesem Entschluss gingen mehrere Absagen weiterer potenzieller Partner voraus. Unter anderem hatte der französische Energiekonzern Gaz de France²³⁰ ernsthaftes Interesse am Beitritt zum Nabucco-Projekt geäußert. Diese Überlegungen wurden jedoch von türkischer Seite heftig kritisiert und sorgten für diplomatische Verstimmung. Hintergrund war, dass „[...] *das Parlament in Paris [es] gewagt hatte, den türkischen Völkermord an den Armeniern als solchen*

²²¹ Vgl. Liebing: Energiepolitik in der EU, Duisburg 2010.

²²² Vgl. Götz, Roland: Erdgas aus dem Kaspischen Raum: Die Nabucco-Pipeline. In: Trunk, Alexander; Aliyev, Azar: Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum, Köln 2010. (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien der Universität Kiel; 2), S. 45.

²²³ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen, S. 45f.

²²⁴ Website der Firma OMV: <http://www.omv.com>.

²²⁵ Website der Firma MOL: <http://www.mol.hu/en/>.

²²⁶ Website der Firma Transgaz: <http://www.transgaz.ro/>.

²²⁷ Website der Firma Bulgargaz: <http://www.bulgargaz.bg/en/>.

²²⁸ Website der Firma Botas: <http://www.botas.gov.tr/defaultEN.asp>.

²²⁹ Website der Firma RWE: <http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/>.

²³⁰ Website der Firma Gaz de France: <http://www.gdfsuez.com/>.

anzuerkennen.“²³¹ Der französische Staat und somit auch Gaz de France sind dennoch weiterhin an einer Zusammenarbeit interessiert. Frankreich hält sich alle Möglichkeiten offen und führt ebenfalls Gespräche mit Gasprom bezüglich einer Teilnahme an deren South-Stream-Pipeline, welche ebenfalls in dieser Arbeit eine kurze Betrachtung erfährt.²³² Weitere Spekulationen gab es über eine Beteiligung der polnischen Gasgesellschaft PGNiG²³³ und SOCAR, der staatlichen Ölgesellschaft von Aserbaidschan.²³⁴

Als das Projekt im Jahr 2002 erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ist man von einer Planungs- und Bauphase von ungefähr 10 Jahren ausgegangen. Im Jahr 2011 sollte die Pipeline dann erstmals den Betrieb aufnehmen, was sich mittlerweile als nicht durchführbar herausgestellt hat.²³⁵ Im Jahr 2006 hat der damalige OMV Manager Otto Musilek erklärt, dass „[...] bis Ende 2007 die Entscheidung fallen [muss], ob wir bauen oder nicht. Das ist der point of no return.“²³⁶ Es folgten weitere Absichtserklärungen, dass spätestens Anfang 2008 eine endgültige Entscheidung über den Baubeginn fallen sollte, jedoch blieb es beim Vorsatz. Der Geschäftsführer der Nabucco Gas Pipeline International GmbH, Reinhard Mitschek äußerte in einem Interview: „We expect the final investment decision later in 2008 or early 2009 and construction to start in 2010 and deliveries of gas to start in 2013.“²³⁷ Als Grund gab er unter anderem an das die ersten Gaslieferungen frühestens im Jahr 2017 erfolgen können. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der OMV, Wolfgang Ruttensdorfer, äußerte sich im Mai 2010, dass sie fest mit einer endgültigen Bauentscheidung Ende 2010 rechnen, um dann im Herbst desselben Jahren offiziell zu verkünden: „Dieses Jahr schaffen wir das sicher nicht mehr, es wird 2011 werden.“²³⁸ Dieser

²³¹ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 24.

²³² Vgl. France GDF Suez may consider joining Nabucco Gas Pipeline vom 15.10.2009. http://www.novinite.com/view_news.php?id=108932.

²³³ Website der Firma PGNiG: <http://www.pgnig.pl/pgnig/ri?s,main,language=EN>.

²³⁴ Website der Firma SOCAR: <http://new.socar.az/socar/az/home/>.

²³⁵ Vgl.: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 25f.

²³⁶ Zit. nach: Deutsche Welle: Gaspipeline zwischen Iran und Europa bis 2007 entschieden, 10. Januar 2006, http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,1852218,00.html.

²³⁷ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 25.; Barnett, Neil: Interview with Nabucco Managing Director Reinhard Mitschek. In: Central Europe Digest, 14. März 2008, http://www.cepa.org/ced/view.aspx?record_id=48.

²³⁸ Die Presse: Verschohen: Entscheidung über Nabucco nicht vor 2011, 8. Oktober 2010. In: http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/600633/Verschohen_Entscheidung_ueber-Nabucco-nicht-vor-2011.

Ankündigung folgte im Mai 2011 die offizielle Pressemitteilung, dass der Baubeginn jetzt mittlerweile auf das Jahr 2013 verschoben wird.²³⁹

Nicht nur innerhalb des Betreiberkonsortiums scheint es Ungereimtheiten zu geben, sondern ebenfalls auf europäischer Ebene. Der Energiekommissar der EU, Herr Günther Oettinger, geht fest davon aus, dass die Nabucco-Pipeline frühestens ab 2018 Gas liefern kann. Der Präsident der EU-Kommission, José Manuel Durao Barroso, ist weiterhin der Ansicht, dass „[...] ab 2015 [...] Gas nach Europa gepumpt wird.“²⁴⁰

Um die Situation nochmals zu verdeutlichen: Im Jahr 2002 ist man davon ausgegangen, dass im Jahr 2011 bereits das erste Gas durch die Pipeline fließen kann. Fest steht aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal der offizielle Baubeginn. Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele Experten und Kritiker bereits jetzt von einem gescheiterten Projekt sprechen.²⁴¹ Es gibt zwei wesentliche Gründe für die massive zeitliche Verzögerung. Zum einen gibt es Schwierigkeiten bei der Finanzierung des Projektes, zum anderen fehlt es an Zusagen für Gaslieferungen durch die Pipeline. Beide Punkte werden auf den kommenden Seiten ausführlich dargestellt werden.

5.2.3 Die Problematik der Finanzierung der Nabucco-Pipeline

Nicht nur das das Nabucco-Projekt bei den zeitlichen Rahmenbedingungen und Ablaufplänen Probleme aufweist, so hat es ebenfalls hinsichtlich der Finanzierung Schwierigkeiten. Zu Beginn wurden 4,6 Mrd. Euro für die Planung und den Bau der Pipeline veranschlagt. Im Jahr 2008 hat das Konsortium bekanntgegeben,

²³⁹Vgl. Baubeginn der Nabucco-Pipeline auf 2013 verschoben, vom 06.05.2011.

<http://www.verivox.de/nachrichten/baubeginn-der-nabucco-pipeline-auf-2013-verschoben-73178.aspx>.

²⁴⁰ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 26.; Deutsche Welle: EU will Nabucco-Pipeline voranbringen, 29. Januar 2009.

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3988107,00.html>.

²⁴¹ So sprachen unter anderem im Herbst 2011 der Chef der Deutschen Energieagentur, Stefan Kohler und die Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung von einem gescheiterten Projekt. Vgl. Handelsblatt: Nabucco-Projekt ist gescheitert, vom 06.10.2011. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/gasprojekt-nabucco-projekt-ist-gescheitert/4690944.html>.

dass sich die Kosten für den Bau auf 7,9 Mrd. Euro erhöhen, begründet durch den massiven Anstieg der Öl- und Stahlpreise. Diese Schätzung wurde im Mai 2011 vom EU-Energiekommissar Günther Oettinger nochmalig dramatisch erhöht. Demzufolge würden die Kosten der Pipeline von bisher acht Mrd. Euro nun auf 12 bis 15 Mrd. Euro steigen.²⁴² Begründet wurde dies mit der Änderung des Trassenverlaufs in der Türkei²⁴³ und den weiterhin ansteigenden Rohstoffpreisen.²⁴⁴ Diese Annahme wurde bisher von Seiten des Nabucco-Konsortiums jedoch nicht offiziell bestätigt und es ist weiterhin die Rede von 7,9 Mrd. Euro.²⁴⁵ Aufgrund des massiven Anstiegs der Finanzierungskosten, ist das Projekt ebenfalls auf EU-Mittel angewiesen. Im Rahmen des European Network Programme²⁴⁶ wurde eine Machbarkeitsstudie über die Realisierung der Pipeline mit 4,8 Mio. Euro durch die EU gestützt. Weiterhin beteiligt sich die Kommission durch ein Konjunkturprogramm mit mehr als 350 Mio. Euro. Weitere Gelder stammen von „[...] institutionellen Geldgebern wie der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und der Österreichischen Kontrollbank“.²⁴⁷ Allein die EBRD²⁴⁸ soll 1,2 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, gefolgt von der EIB²⁴⁹ mit 0,8 Mrd. Euro. Nimmt man alle in Aussicht gestellten Geldmittel zusammen, so wäre knapp die Hälfte der vom Nabucco-Konsortiums veranschlagten 7,9 Mrd. Euro abgedeckt. Da die Nabucco Gas Pipeline International GmbH mit *“30 Prozent Eigen- und 70 Prozent Fremdkapital“* rechnet, ist man dringend auf weitere Investoren angewiesen.²⁵⁰

Durchaus fraglich ist in diesem Zusammenhang, wieso das Projekt weiterhin politische Rückendeckung von verschiedenen Institutionen genießt. Bei

²⁴² <http://www.dowjones.de/site/2011/05/oettinger-nabucco-kostet-12-bis-15-mrd-eur.html>.

²⁴³ Bisher war geplant eine Abzweigung Richtung Iran zu bauen. Jetzt stehen Bestrebungen an, einen 600 Kilometer längeren Abschnitt an die türkisch-irakische Grenze zu führen. Vgl. <http://www.gastip.de/News/22682/Nabucco-wird-offenbar-teurer-als-geplant.html>.

²⁴⁴ Vgl. <http://www.gastip.de/News/22689/Nabucco-Aserbajdschan-moechte-Pipeline-an-Baku-anbinden.html>.

²⁴⁵ Vgl. Krämer: *Energiesicherheit Europas*, S. 194.

²⁴⁶ TEN-E: *Transeuropäische Netze im Energiebereich*.

Vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/energy/internal_energy_market/l27066_de.htm.

²⁴⁷ Seiser, Michaela: *Projekt Nabucco für Europa. Gasleitungen*. In: *Frankfurter Allgemeine* vom 18.01.2009, S.9.

²⁴⁸ Vgl. Website der EBRD: <http://www.ebrd.com/pages/homepage.shtml>.

²⁴⁹ Vgl. Website der EIB: <http://www.eib.org/?lang=de>.

²⁵⁰ Es geht um zwei Millionen Tonnen Stahl – der Lieferant ist noch nicht fixiert, 23.02.2010, <http://www.boerse-express.com/pages/860088>.

eingehender Betrachtung der Chronologie der bisherigen Ereignisse, könnte man durchaus zu dem Schluss gelangen, dass gerade aufgrund der bisherigen Verspätungen und Komplikationen, die Politik gezwungen war einzuschreiten, um das europäische Prestigeprojekt am Leben zu halten. Wie bereits mehrfach erwähnt, stellt für die EU die zukünftige Energiediversifizierung und Energieversorgungssicherheit oberste Priorität zu. Daher ist es für die Europäische Union von entscheidender Bedeutung, Projekte wie Nabucco oder Desertec²⁵¹ zu unterstützen.

5.2.4 Der Rechtsstatus des Kaspischen Meeres

Neben den finanziellen Unsicherheiten, gibt es zunehmend Probleme bei den offiziellen Zusagen der fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Vordergründige Problematik ist, dass der Rechtsstatus des Kaspischen Meeres nicht geklärt ist und dies damit den Bau der Nabucco-Pipeline behindert.²⁵²

Es geht in erster Linie um den internationalen Rechtsstatus des Kaspischen Meeres. Wenn von einer Definition als Meer ausgegangen wird, stünde jedem Anrainerstaat sowohl eine 12-Meilen-Zone, als auch ein 200-Meilen-Streifen entlang der Küste zu.²⁵³ Wenn es hingegen als See bezeichnet würde, hätten alle Anrainerstaaten gleiche Rechte an den dort vorhandenen Rohstoffressourcen.²⁵⁴ Es geht demzufolge „[...] um eine Aufteilung von Flächen und Bodenschätzen, die auf einen Wert von mehreren Milliarden Dollar geschätzt werden.“²⁵⁵ Da ein Großteil der Rohstoffvorkommen in den Küstengebieten zu finden ist, präferiert Russland die Option das Kaspische Meer als See anzuerkennen, wohingegen

²⁵¹ Das Desertec-Projekt stellt ein Konzept dar, Ökostrom durch Sonnen- und Windkraftanlagen in Wüsten im Nahen Osten und Nordafrika zu erzeugen und nach Europa zu transportieren. <http://www.desertec.org/de/globale-mission/>.

²⁵² Vgl. Karavaev, Alexander: Erfahrungen kaspischer Globalisierung. In: Trunk, Alexander; Aliyev, Azar: Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum, Köln 2010. (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien der Universität Kiel; 2), S. 52ff.

²⁵³ Vgl. Kullik, Jakob: Die europäische Erdgaspipeline „Nabucco“. Substanzieller Beitrag zur Energieversorgungssicherheit Europas oder Energie- und Geopolitische Schminäne? München, 2010, S. 12f.

²⁵⁴ Vgl. Janusz, Barbara: The Caspian Sea. Legal Status and Regime Problems. http://www.chathamhouse.org.uk/files/3273_bp0805caspiian.pdf

²⁵⁵ Die Gasvorräte werden auf 10-15 Trillionen m³ geschätzt. Die Angaben über die Ölvorräte schwanken zwischen 20-50 Mrd. Tonnen. Karavaev: Erfahrungen kaspischer Globalisierung, S. 52.

Länder wie Turkmenistan die nationale Lösung, das Kaspische Meer, als Meer zu betrachten, fordern.²⁵⁶ Der Iran wiederum besteht darauf, dass jeder Anrainerstaat 20 % erhält. Aserbaidschan lehnt dies ab, da der Ölfunde Süden damit verloren wäre. Kasachstan würde gar ein Drittel verlieren und favorisierte lange Zeit die Anwendung der internationalen Seerechtskonvention.²⁵⁷ Hierbei wäre das Kaspische Meer in Schelf, Territorialgewässer und internationale Gewässer aufzuteilen.²⁵⁸ Mittlerweile haben sich Aserbaidschan, Russland und Kasachstan verständigt den Meeresboden des Kaspischen Meeres „nach der Größe einer gedachten Mittellinie in Sektoren aufzuteilen.“²⁵⁹ Der Iran und Turkmenistan lehnen bisher den Beitritt zu dieser bilateralen Vereinbarung ab. Der Iran favorisiert nach wie vor eine gleichmäßige Aufteilung, wohingegen die turkmenische Regierung sich bisher noch nicht auf einen Standpunkt festlegen konnte.

5.2.5 Das Exportpotential des Kaspischen Raumes

Nach dem Zerfall der Sowjetunion war es den westlichen Staaten erstmals wieder möglich ihre Beziehungen in diese Region der Erde aufzubauen. Besonders die Europäische Union legt sehr große Hoffnungen in die Ressourcen rund um das Kaspische Meer. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht alle dort ansässigen Staaten über reiche Energievorkommen verfügen. Es gibt durchaus Länder, die als gas arm klassifiziert werden können, wie beispielsweise Armenien, Georgien, Kirgistan und Tadschikistan. Im Gegensatz dazu stellen Nationen wie Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan hervorragende Gasexportländer dar. Die Vorkommen sind zudem noch nicht ausreichend erschlossen. Bei Tätigung der dafür benötigten Investitionen kann die

²⁵⁶ Vgl. Kullik, Jakob: Die europäische Erdgaspipeline „Nabucco“. Substanzieller Beitrag zur Energieversorgungssicherheit Europas oder Energie- und Geopolitische Schminäne? München, 2010, S. 13.; Nabieyev, Rizvan: Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region. Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Berlin 2003, S. 323ff.

²⁵⁷ Vgl. Kullik, Jakob: Die europäische Erdgaspipeline „Nabucco“. Substanzieller Beitrag zur Energieversorgungssicherheit Europas oder Energie- und Geopolitische Schminäne? München, 2010, S. 13.

²⁵⁸ Vgl. Karavaev: Erfahrungen kaspischer Globalisierung, S. 59.

²⁵⁹ Deutscher Bundestag (Hrsg.): Die „Nabucco“-Gaspipeline als Teil der EU-Energieauenpolitik, Berlin 2007. (Wissenschaftliche Dienste), S. 2.; Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 68.

Gasförderung dort eine deutliche Steigerung erfahren.²⁶⁰ Immer noch Klärung bedarf die Frage nach den Transitrouten, da der Transport von Erdgas größtenteils durch Pipelines zu realisieren ist. Dadurch kommt es zu einer „*Aufwertung der geopolitischen und ökonomischen Machtposition der Transitstaaten.*“²⁶¹ Ein weiterer Standortvorteil dieser Transitstaaten ist, dass das Gas in alle Richtungen transportiert werden könnte. Erst Ende 2009 wurde eine Pipeline zwischen Turkmenistan und China eröffnet. Jährlich sollen jetzt bis zu 40 Mrd. m³ Gas transportiert werden.²⁶² Derartige Abkommen verdeutlichen erneut die stetig wachsende Bedeutung des zentralasiatischen Raumes für den internationalen Energiemarkt. Schätzungen gehen davon aus, dass die zentralasiatischen Staaten ab dem Jahr 2020 jährlich bis zu 200 Mrd. m³ Erdgas nach Europa transportieren könnten.²⁶³

Dies gibt den zentralasiatischen Staaten die Möglichkeit ihre Handelspartner sorgfältig auszuwählen und stärkt ihre Position auf dem internationalen Parkett. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass ebenfalls die Europäische Union massiv bemüht ist ihre Beziehungen in diese Richtung auszubauen und gibt offen zu, dass „[...] *die zentralasiatischen Staaten mit ihren beträchtlichen Energieressourcen [...] zur Deckung des Bedarfs der EU an Energiesicherheit und Energieversorgung beitragen können.*“²⁶⁴ Dabei verfügt die EU über diverse Instrumente, um die Beziehungen mit den zentralasiatischen Staaten auszubauen. Bereits im Jahr 2007 veröffentlichte sie: „The EU and Central Asia. Strategy for a new partnership.“²⁶⁵ Diese „[...] *basiert dabei auf [...] verschiedenen bereits bestehenden Abkommen, Politikprogrammen und Initiativen der EU mit und für die Region*“.²⁶⁶ Oberste Priorität haben zunächst der Ausbau der bilateralen

²⁶⁰ „Reserven“ gelten bei Öl- und Gasvorkommen als bereits technisch und wirtschaftlich gewinnende Vorkommen. „Ressourcen“ hingegen, sind noch nicht technisch und wirtschaftlich zu erwirtschaften oder sind noch nicht nachgewiesen

²⁶¹ Kullik: Die europäische Erdgaspipeline, München 2010.

²⁶² Vgl. <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/2864506-turkmenistan-china-pipeline-eroeffnet>

²⁶³ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 40.

²⁶⁴ Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Vertrag von Lissabon, C 184E/49 vom 06.08.2009, S. 3.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:184E:0049:0062:DE:PDF;>; Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 62.

²⁶⁵ Vgl. Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (Hrsg.): European Union and Central Asia. Strategy for a new partnership, Brüssel 2007.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/librairie/PDF/EU_CtrlAsia_EN-RU.pdf.

²⁶⁶ Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 214.

Beziehungen, sowie die „*Festigung der Stabilität, des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung der Region[en] durch die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und freier Marktwirtschaft.*“²⁶⁷ Weiterhin nutzt sie bereits bestehende Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan. Ausnahme bildet in diesem Zusammenhang Turkmenistan, welches seine im Jahr 1998 abgeschlossene PKA bis heute nicht ratifiziert hat. Ferner nutzt die EU für den Ausbau der Beziehungen mit den Staaten des Kaspischen Raumes, dass “European Community Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013”.²⁶⁸

All jene oben genannten Strategiepapiere, PKAs und Vereinbarungen sind bewusst geschaffen wurden, um der Europäischen Union Zugang zu den Ressourcen der zentralasiatischen Länder zu gewähren. Brüssel wird dabei nicht müde zu betonen, dass eine Diversifizierung der Energieressourcen und Importrouten in beiderseitigem Interesse liegt. Für die zentralasiatischen Staaten würde damit der Zugang zu europäischen Investitionen erleichtert, für die Europäische Union wäre es eine Möglichkeit ihren steigenden Energiebedarf verlässlich zu decken.²⁶⁹ Gleichzeitig nimmt die Europäische Union in Kauf, Vereinbarungen mit Ländern abzuschließen, in denen demokratische Grundwerte und Regeln kaum oder nur wenig vorhanden sind. Allein bei der Betrachtung der politischen Situation von Turkmenistan wird dies eindeutig: „*Turkmenistan is not an electoral democracy [...] Corruption is widespread. [...] State profits from gas exports remain opaque. [...] Freedom of speech and the press is [...] restricted by the government which controls all broadcasts and print media. [...] The judicial system is subservient to the president.*”²⁷⁰ Selbst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan von den gleichen Persönlichkeiten angeführt, wie zu Zeiten der UdSSR. Dort stattfindende Wahlen

²⁶⁷ Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 215.

²⁶⁸ Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): European Community Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013, Brüssel 2007. http://eeas.europa.eu/asia/rsp/07_13_en.pdf.

²⁶⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 216f.; Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (Hrsg.): European Union and Central Asia. Strategy for a new partnership, Brüssel 2007 http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/librairie/PDF/EU_CtrlAsia_EN-RU.pdf.

²⁷⁰ Freedomhouse: Turkmenistan.

<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2010&country=7938>;

Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 64.

werden von den Beobachtern stets mit Argwohn betrachtet, da dies oftmals mehr einem Schauspiel gleicht, als einer unabhängigen, freien und demokratischen Wahl.²⁷¹

Um ein besseres Verständnis zu erhalten, weshalb die Länder des Kaspischen Raumes eine derart große Bedeutung sowohl für Brüssel, als auch für Russland haben, werden diese auf den nachfolgenden Seiten kurz vorgestellt.

5.2.5.1 Aserbaidtschan

Lange Zeit wurde von Experten bezweifelt, ob Aserbaidtschan als ein zuverlässiger Gaslieferant für Nabucco gelten kann. Das im Jahr 2006 in Betrieb genommene Shah-Deniz-Feld stellt nach offiziellen Angaben, eines der größten Erdgasfelder der letzten Jahrzehnte dar. BP, der Betreiber des Feldes, schätzt das mehr als 424 Mrd. m³ Erdgas vorhanden sind.²⁷² Da derzeit Lieferverpflichtungen nach Russland und die Türkei bestehen und ein weiterer Teil für die Deckung des eigenen Bedarfs benötigt wird, wäre für die Nabucco-Pipeline eine Menge von 3 Mrd. m³ Erdgas vorhanden, was für eine rentable Nutzung der Pipeline zu gering erscheint.²⁷³ Schätzungen gehen aber davon aus, dass sobald das Shah-Deniz-Feld vollständig in Betrieb ist, ein Exportvolumen von circa 30 Mrd. m³ erwartet wird.²⁷⁴ Bereits seit 2007 erfolgen Gaslieferungen in die Türkei über die South-Caucasus-Pipeline. Diese hätte weitere Kapazitäten um auch Gas aus Kasachstan und Turkmenistan in die Türkei zu leiten.

Für Aserbaidtschan spricht demnach das bereits vorhandene Pipelinenetz und der weitere Ausbau des Shah-Deniz-Feldes und den damit verbundenen Gasreserven. Aufgrund dessen ist es nicht verwunderlich, dass die Europäische Union

²⁷¹ Vgl. Krämer: *Energiesicherheit Europas*, S. 382.

²⁷² Es wird zunächst eine Förderleistung von 8,5 Mrd. m³ gerechnet, bis 2020 soll dies auf 20 Mrd. m³ ansteigen. Vgl. Götz, Roland: *Europa und das Erdgas des kaspischen Raums*. In: SWP-Diskussionspapier, Berlin August 2007, S. 4.

²⁷³ Vgl. Misin, Vladimir: *Sag k eksportu gaza [Ein Schritt zum Gasexport]*. In: *Nezavisimaja gazeta* vom 10.07.2007.

²⁷⁴ Vgl. Krämer: *Energiesicherheit Europas*, S. 383-386.

anerkennt, dass Aserbaidschan als „[...] Öl- und Gasproduktions- und Transitland [...] eine zentrale Rolle“ für Europa spielt.²⁷⁵

Fraglich bleibt für viele Kritiker, inwieweit die Prognosen über die Gasreserven des Shah-Deniz-Feldes zutreffen. Nicht nur die Versorgungsproblematik gibt Bedenken hinsichtlich Aserbaidschans Beteiligung, sondern ebenfalls die politischen Signale, die Aserbaidschan liefert. Präsident Ilham Alijew²⁷⁶ unterzeichnete nicht nur das Nabucco-Projekt, sondern schloss ebenfalls einen Vertrag mit Russland, wodurch Gazprom ab dem Jahr 2010 Förderrechte im Shah-Deniz-Feld zugesichert werden.²⁷⁷ Im Januar 2011 wurde ein Abkommen unterzeichnet wonach die Europäische Union direkten Zugang zu den Gasreserven im Kaspischen Meer erhalten soll. Es ist die Rede „[...] langfristige substantielle Gasmengen nach Europa zu pumpen“.²⁷⁸ Offen ist nach wie vor in welche Pipeline das Gas geleitet werden soll. Es stehen neben der noch nicht gebauten Nabucco-Pipeline auch die bereits vorhandene ITGI Pipeline und die Trans Adriatic Pipeline²⁷⁹ zur Auswahl.

5.2.5.2 Turkmenistan

Turkmenistan gehört zu den reservereichsten Erdgasnationen weltweit. Nach Schätzungen von Experten lagern in Turkmenistan mehr als neun Billionen m³ Erdgas.²⁸⁰ Konzerne wie BP gehen von 2,1 Billionen m³ Gas aus.²⁸¹ Von Seiten der turkmenischen Regierung, sind keine offiziellen Zahlen vorhanden.

Gegen Ende der sowjetischen Herrschaft betrug die jährliche Gasfördermenge noch circa 90 Mrd. m³, ist dann aber auf unter 20 Mrd. m³ gefallen. Gazprom

²⁷⁵ Europäische Kommission (Hrsg.): Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Aserbaidschan. Länderstrategiepapier 2007-2013, Brüssel 2007, S. 5.
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_azerbaijan_de.pdf; Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 58.

²⁷⁶ Vgl. Website des Präsidenten: <http://www.president.az/>.

²⁷⁷ Vgl. Nienhuysen, Frank: Zögerliche Lieferanten. In: Süddeutsche Zeitung vom 13.07.2009.

²⁷⁸ <http://www.euractiv.de/energie-klima-und-umwelt/artikel/erdgas-fr-nabucco-aus-aserbaidschan-004213>.

²⁷⁹ Die „Trans Adriatic Pipeline“ ist eine 520 Kilometer lange Erdgaspipeline von Griechenland über Albanien nach Süditalien. <http://www.trans-adriatic-pipeline.com/>.

²⁸⁰ Vgl. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Energierohstoffe 2010.

²⁸¹ Vgl. Trunk: Das Kaspische Meer, S. 125f.

hatte wegen diverser Unstimmigkeiten über den Gaspreis die Importe unterbrochen. Erst seit 2001 ist die Fördermenge auf 50 Mrd. m³ angestiegen und lag im Jahr 2006 bei 70 Mrd. m³.²⁸² Dabei entfielen 44 Mrd. m³ der Lieferungen an Gasprom. Bereits 2003 hatte Turkmenistan mit Russland einen Vertrag über Erdgaslieferungen für die kommenden 25 Jahre abgeschlossen. Für 2020 sieht dieser Liefermengen von 90 Mrd. m³ vor. Darüber hinaus gibt es Abkommen mit dem Iran und China.²⁸³ Wie letzten Endes die Exportmengen aufgeteilt werden, wird von den Abnehmerpreisen abhängen und welche Transportmöglichkeiten zur Verfügung stehen.²⁸⁴

Ein Projekt, was seit den 1980er Jahren in Planung ist, aber aufgrund der politischen Lage bisher noch nicht fertiggestellt werden konnte, ist die so genannte Turkmenistan-Afghanistan-Indien-Pipeline. Viele sehen dieses Vorhaben als die Fortsetzung einer Art moderner Seidenstraße. Die mehr als 1.500 Kilometer lange Pipeline soll Öl und Gas von Turkmenistan durch Afghanistan zum Indischen Ozean liefern. Neuer Schwung in die Verhandlungen kam im Sommer 2010 als Vertreter aus Afghanistan, Turkmenistan und Pakistan ein Rahmenabkommen unterzeichnet haben. Auch Gasprom erwägt in die TAPI Pipeline einzusteigen.²⁸⁵ Dennoch verlaufen weiterhin einige Abschnitte der Pipeline durch afghanische Gebiete die unter Kontrolle der Taliban und Al-Quaida stehen. Weiterhin könnte diese Pipeline durchaus eine Gefahr für die Realisierung der Nabucco-Pipeline darstellen, da das Nabucco-Konsortium bisher noch keinen garantierten Zugang zu turkmenischen Gas hat. Zwar wird von offizieller turkmenischer Seite versprochen sowohl nach Asien, als auch in die EU zu liefern. Kritiker bezweifeln allerdings ob die Fördermenge dafür ausreicht. Der Vorsitzende des Verbandes der Erdöl- und Erdgasindustriellen Russlands, Herr Gennadi Schmal geht davon aus, das vor allem in geopolitischer Hinsicht „[...] eine Gasleitung nach Afghanistan, Pakistan und Indien für Turkmenistan von

²⁸² Für eine Übersicht über die Entwicklung über die Jahrzehnte von diversen Ländern empfiehlt sich die Zeitschrift "Petroleum Economicist".

²⁸³ 2009 hatte Turkmenistan einen Vertrag mit China über 30 Mrd. m³ Gas abgeschlossen. Dafür erhält Turkmenistan im Gegenzug eine direkte Pipeline nach China. Vgl. Trunk: Das Kaspische, S. 124.

²⁸⁴ Vgl. Götz: Europa und das Erdgas, S. 7.

²⁸⁵ Vgl.

<http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-10/18318617-gazprom-may-take-part-in-tapi-gas-pipeline-official-020.htm>.

*großem Belang [wäre], und dieses Projekt hat mehr Chancen, als die Nabucco-Pipeline. Sollte die neue Leitung einmal fertig gebaut werden, würde das Nabucco-Projekt leer ausgehen. Bereits jetzt hat es keine Ressourcenbasis. Ich nehme an, dass die Verlegung der TAPI-Pipeline die Versorgung der Nabucco-Pipeline mit turkmenischem Gas noch mehr komplizieren wird.*²⁸⁶

Trotz der oben genannten Verträge mit China, Iran und Russland scheint Turkmenistan auf das Nabucco-Betreiberkonsortium eine gewisse Anziehungskraft auszustrahlen und ebenfalls Turkmenistan als Partner gewinnen zu wollen. Auch hier stellt sich erneut die Frage, mit was für Liefermengen aus Turkmenistan das Konsortium rechnet, wenn man die bereits anderweitig vergebenen garantierten Liefermengen bedenkt. Hinzu kommen ethische Bedenken, da wie bereits erwähnt, die turkmenische Staatsführung keineswegs demokratische Grundzüge erkennen lässt.

5.2.5.3 Kasachstan

Ebenfalls wie bei Turkmenistan, durchlief Kasachstan in den neunziger Jahren eine Phase, die gekennzeichnet war durch geringe Fördermengen. 2006 erfolgte erstmals eine Fördermenge von 26 Mrd. m³.²⁸⁷ Schätzungen belaufen sich auf bis zu 5,8 Billionen m³ Erdgasvorkommen. Folglich hätte Kasachstan die größten Ressourcen und Reserven im Kaspischen Raum vorzuweisen. Da ein Großteil im Nordwesten des Landes und im Schelf des Kaspischen Meeres zu finden ist, steht Kasachstan vor allen Dingen vor technischen Herausforderungen. Allein beim Kashagan-Feld ist mit bis zu fünf Monaten Eis im Jahr zu rechnen. Weiterhin sind die Vorkommen in flachem Wasser gelegen, was wiederum den Einsatz von Schiffen erschwert.

²⁸⁶Fedoruk, Wladimir: TAPI stellt dem Projekt „Nabucco“ ein Bein. In: <http://german.ruvr.ru/2011/02/16/44638560.html>.

²⁸⁷Vgl. Götz: Europa und das Erdgas, S. 5.

5.2.5.4 Türkei

Auf den ersten Blick wirkt das Nabucco-Projekt als ein erster Versuch die europäische Abhängigkeit von russischem Gas zu lösen und gleichzeitig die Energieversorgung zu verbessern. Jedoch ist vor Augen zu halten, dass auf längere Sicht keine Gaslieferungen aus Ländern wie Turkmenistan oder dem Iran erfolgen werden und somit die Auslastung und Rentabilität der Pipeline in Frage steht. Ebenfalls steht in Frage ob sich die Türkei als reines Transitland zur Verfügung stellt.²⁸⁸ Es nimmt geographisch gesehen eine Schlüsselposition ein, da geplant ist, die Nabucco-Pipeline durch die Türkei laufen zu lassen. Diese würde damit allein 2500 Kilometer durch türkisches Gebiet führen. Die Türkei ist sich ihrer damit verbundenen Position durchaus bewusst und versucht wirtschaftliche und politische Forderungen durchzusetzen wie die, dass 15 % des transportierten Gases für den Eigenverbrauch und Weiterverkauf der Türkei zur Verfügung stehen.²⁸⁹ Damit würde sich Ankara als Zwischenhändler positionieren.²⁹⁰ Viele der europäischen Nabucco-Partner lehnen jedoch die türkische Forderung nach 15 % Eigenbedarf als viel zu hoch ab, sind sich aber durchaus bewusst, dass die Türkei zwingend notwendig als Transitstaat ist.

Es ist ungewiss, ob die Türkei damit wirklich als ein verlässlicher Energiepartner gegenüber der Europäischen Union auftreten kann oder möglicherweise ein Risiko für die europäische Versorgungssicherheit darstellt.²⁹¹ Auf der anderen Seite könnte die geographisch herausragende Lage der Türkei genutzt werden um weitere potentielle Lieferanten wie etwa aus der Golfregion, zu gewinnen. Der türkische Ministerpräsident Erdogan²⁹² hat den Vorschlag unterbreitet eine Pipeline zu den drittgrößten Erdgasreserven der Welt, nach Katar, zu

²⁸⁸ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 42.

²⁸⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas S. 195.

²⁹⁰ Vgl. Seibert, Thomas: Nabucco-Pipeline: Gaslieferant verzweifelt gesucht. In: Der Tagesspiegel vom 10.07.2009. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/gaslieferant-verzweifelt-gesucht/1555320.html>.

²⁹¹ Vgl. Auer, Matthias; Keetmann, Jan: Der türkische Knoten für die Nabucco-Röhre. In: Die Presse vom 06.05.2009. http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/476850/Energie_Der-tuerkische-Knoten-fuer-die-NabuccoRohre; Kullik: Die europäische Erdgaspipeline, München 2010.

²⁹² Vgl. Website des türkischen Ministerpräsidenten: <http://www.basbakanlik.gov.tr/Forms/pMain.aspx>.

erschließen.²⁹³ Dadurch wäre zum einen eine Alternative zu den unsicheren Partnern wie etwa Aserbaidschan gegeben. Zum anderen erhielte die EU ebenfalls Zugriff auf die bisher nicht erschlossenen Erdgasreserven der arabischen Halbinsel.²⁹⁴

5.2.5.5 Iran und Irak

Der Vollständigkeit halber, ist es notwendig ebenfalls noch einen kurzen Blick auf den Irak und Iran zu werfen, da beide Länder sich durchaus als zukünftige Lieferanten für Nabucco anbieten. Die dort vorhandenen Ressourcen sind als gigantisch einzuschätzen.²⁹⁵ Aufgrund der derzeitigen (Sicherheits-,) politischen, wirtschaftlichen und ökonomischen Situation in beiden Staaten, ist jedoch keine verlässliche Aussage zu fällen, wann diese ihre Energieressourcen exportieren könnten. Weiterhin ist ein Großteil der iranischen Gasreserven noch unerschlossen, was Investitionen für den Aufbau und die Erschließung dringend notwendig macht. Der Iran nutzt derzeit einen Großteil seiner Gasressourcen für die Verwendung im Inland.²⁹⁶ Seit Ende 2001 führt eine Pipeline in die Türkei mit einer möglichen Auslastung von 20 Mrd. m³. Derzeit wird jedoch nur ein Bruchteil transportiert und es kommt immer häufiger zu vollkommenem Stillstand. Ferner besteht eine Pipelineverbindung nach Turkmenistan mit einem möglichen Liefervolumen von 13 Mrd. m³.²⁹⁷ Aufgrund der derzeitigen Lage, gehen Schätzungen davon aus, dass der Iran im Jahr 2020 um die 35 Mrd. m³ Gas Richtung Europa transportieren könnte.²⁹⁸ Ob dies jedoch eintritt, hängt von der politischen Entwicklung in den kommenden Monaten und Jahren ab, sowie der Haltung der USA gegenüber Teheran.²⁹⁹ Erschwerend kommen die vor kurzem eingesetzten Sanktionen gegen den Iran hinzu. Damit ist auf absehbare Zeit

²⁹³ Vgl. Carlisle, Tamsin; Stanton, Chris: Turkey touts proposed gas pipeline from Qatar. In: The National vom 18.01.2011. <http://www.thenational.ae/business/energy/turkey-touts-proposed-gas-pipeline-from-qatar>.

²⁹⁴ Vgl. Kullik: Die europäische Erdgaspipeline, S. 14.

²⁹⁵ Vgl. Organization of Petroleum Exporting Countries (Hrsg.): World Oil Outlook 2011, Vienna 2011.; International Energy Agency (Hrsg.): World Energy Outlook 2011, Paris 2011.

²⁹⁶ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 41f.

²⁹⁷ Vgl. Ebd., S. 41f.

²⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 42.

²⁹⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 196.

keinerlei Option für eine Einspeisung von iranischem Gas in die Nabucco-Pipeline möglich.³⁰⁰

Der Irak wäre nach derzeitigen Schätzungen in der Lage im Jahr 2020 um die 5 Mrd. m³ Gas nach Europa zu transportieren.³⁰¹ Ebenfalls hat er sich bereits mehrere Male bereit erklärt Gas in die Nabucco-Pipeline zu speisen, jedoch ist es bisher nie zu bindenden Verträge gekommen.³⁰²

5.3 Zwischenfazit

Aufgrund des oben genannten EU-Aktionsplans und dem damit verbundenen Vorhaben Erdgas aus dem Kaspischen Raum nach Europa zu leiten, erkennt die EU das Nabucco-Projekt³⁰³ für ein „[...] *Vorhaben von europäischem Interesse* [...]“ an.³⁰⁴ Die EU nutzt hierbei zwei vorrangige Maßnahmen: finanzielle und politische. Neben der finanziellen Unterstützung einer Machbarkeitsstudie im Rahmen des European Network Programme³⁰⁵ beteiligte sich die Europäische Kommission ebenfalls mit ihrem Konjunkturprogramm mit bisher mehr als 350 Mio. Euro am Pipelineprojekt. Auch wenn Kritiker betonen, dass diese Summe im Vergleich mit dem europäischen Gesamtbudget für Energieprojekte minimal wirkt, so ist zu bedenken, dass von den verfügbaren 4 Mrd. Euro über 70 Projekte von der EU finanziell unterstützt werden.³⁰⁶ Verglichen mit allen Projekten entfällt auf das Nabucco-Projekt der größte finanzielle Anteil. Ebenfalls erfährt das Projekt ständige Rückendeckung durch „[...] *wiederholte Erklärungen in offiziellen Dokumenten oder durch Wortmeldungen der EntscheidungsträgerInnen*

³⁰⁰ Die Europäische Union hat sich zu Sanktionen gegenüber dem Iran entschieden. Hintergrund ist der Streit um das iranische Nuklearprogramm. Die USA haben diesen Schritt begrüßt und ebenfalls weitere Sanktionen verhängt. Der Iran drohte daraufhin mit steigenden Ölpreisen. Vgl. <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-01/iran-embargo-reaktion>.

³⁰¹ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 42.

³⁰² Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 193.

³⁰³ Siehe Kapitel: Die Nabucco-Pipeline.

³⁰⁴ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 53.

³⁰⁵ TEN-E: Transeuropäische Netze im Energiebereich.

Vgl. http://europa.eu/legislation_summaries/energy/internal_energy_market/127066_de.htm.

³⁰⁶ Vgl. EU fördert Energieprojekte mit 4 Milliarden Euro, 16. Juli 2009, <http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/artikel/eu-frdert-energieprojekte-mit-4-milliarden-euro-001834>.

[...].³⁰⁷ Weiterhin fanden in den letzten Jahren diverse Konferenzen und Treffen zwischen Vertretern der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres und der EU statt, in denen immer wieder auf die „[...] importance of an enhanced regional co-operation in the energy sector for achieving sustainable economic and social development [...]“, hingewiesen wurde.³⁰⁸ „In the field of energy we [...] welcome that the countries concerned will endeavor to [...] establish direct connections between both sides of the Caspian Sea as [...] main important element. [...] In the gas sector, interconnection will be established among others through the Nabucco project.“³⁰⁹

Die Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres könnten zukünftig bei der Sicherung der Energieimporte für Europa, sowie ihrer Diversifizierung, eine große Rolle spielen. Dies gelingt jedoch nur, wenn es den Staaten gelingt, genügend Erdgas für Europa zur Verfügung zu stellen, besonders diejenigen, welche ebenfalls langfristige Lieferverträge mit der Russischen Föderation abgeschlossen haben. Derzeit stellt das für die Realisierung und Etablierung der Nabucco-Pipeline ein massives Problem dar. Das Konsortium der Nabucco-Pipeline ist auf feste Zusicherungen für Gaslieferungen angewiesen. Teilweise sind diese von den kaspischen Staaten nach wie vor ausstehend oder nur vage formuliert. Besonders Turkmenistan ist, wie oben bereits dargelegt, nach wie vor ein unsicherer Kandidat. Nur wenn es dem Betreiberkonsortium gelingt, Länder wie Turkmenistan von dem Projekt zu überzeugen, ist eine Realisierung der Pipeline möglich. Der Bau der Pipeline steht und fällt mit dieser Entwicklung.

³⁰⁷ Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 54.

³⁰⁸ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 54.

³⁰⁹ Zit. nach: Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 55.

6. Die Pipelinepolitik der Russischen Föderation

6.1 Einführung

Eines der Hauptaugenmerke der russischen Energiepolitik ist der Einfluss auf die ehemaligen GUS-Staaten. Hierbei geht es vor allem um die gemeinsame Erschließung neuer Erdöl- und Erdgasfelder, sowie eine gemeinsame Pipelinepolitik. Damit möchte Russland seinen bisher geringen Einfluss auf GUS-Staaten, wie beispielsweise die Ukraine und Weißrussland vergrößern und weiter an sich binden. Darüber hinaus liegt es im Interesse der Russischen Föderation die strategischen Partnerschaften mit den zentralasiatischen Staaten wie Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidshan auszubauen um seinen Status als Energiegroßmacht zu erhalten. Während die Russische Föderation unmittelbar nach dem Zusammenbruch der UdSSR durchaus eine Art Monopolstellung am Kaspischen Meer aufwies, ist heutzutage ein primäres Ziel, die Anrainerstaaten vor anderen Akteuren, wie beispielsweise der EU, abzuschotten. Als Beispiele seien die Verträge mit Turkmenistan³¹⁰ und Aserbaidshan³¹¹ genannt, die bereits oben ausgeführt wurden. Des Weiteren plant Russland den Ausbau zukünftiger Im- und Exporte aus den zentralasiatischen Staaten, um die eigenen Ressourcen im Norden von Russland für zukünftige Generationen zu sichern.³¹² Um dieses Ziel zu erreichen unterzeichneten die Präsidenten von Kasachstan, Russland, Turkmenistan und Usbekistan am 1. März 2002 eine Kooperationsvereinbarung.³¹³ Des Weiteren verpflichteten sich Kasachstan und Turkmenistan „[...] ausschließlich mit russischen Energieunternehmen Lieferverträge abzuschließen, welche dann über den Transport innerhalb Russlands und unter Umständen auch ins europäische Ausland entscheiden-“³¹⁴ Für Turkmenistan bedeutet dies als

³¹⁰ Bereits 2003 hatte Turkmenistan mit Russland einen Vertrag über Erdgaslieferungen für die kommenden 25 Jahre abgeschlossen. Für das Jahr 2020 sieht dieser Liefermengen von 90 Mrd. m³ vor.

³¹¹ Präsident Ilham Alijew unterzeichnete nicht nur das Nabucco-Projekt, sondern schloss ebenfalls einen Vertrag mit Russland, wodurch Gasprom ab dem Jahr 2010 Förderrechte im Shah-Deniz-Feld zugesichert werden.

³¹² Vgl. Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 14.; Ministerstvo Energetiki: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2020 goda. Kapitel V2, Moskva, 2003.

³¹³ Vgl. Fredholm: The Russian Energy Strategy, S. 16f.

³¹⁴ Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 14f.

Beispiel, dass es ab dem Jahr 2010 jährlich 100 Mrd. qm³ Gas an die Russische Föderation liefern wird.³¹⁵ Ein weiteres Abkommen wurde im Jahr 2006 ebenfalls mit Usbekistan unterzeichnet. Des Weiteren planen russische Energieunternehmen wie Gasprom und Lukoil zunehmend Beteiligungen an der Erschließung usbekischer Erdgas- und Erdölfelder.

Bei Betrachtung der Pipelinepolitik am Kaspischen Meer lässt sich festhalten, dass die Anrainerstaaten über massive Rohstoffvorkommen verfügen, jedoch der Zugang zu den internationalen Handelsmärkten bisher erschwert wurde, da ein Anschluss an das offene Meer fehlt. Im Jahr 1993 wurde mit russischer Unterstützung das so genannte Caspian-Pipeline-Consortium auf den Weg gebracht um die Energieressourcen des kaspischen Meeres an die russischen Schwarzmeerhäfen Noworossiysk und Tuapse zu leiten.³¹⁶ Es folgten weitere Pipelines aus Baku. Ziel war es, dass russische Pipelinemonopol aufrecht zu erhalten. Dem entgegen wirken, sollte die im Jahr 2005 in Betrieb genommene Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline, welche von einem ausländischen Betreiberkonsortium unter Leitung von BP gebaut wurde.³¹⁷ Die russischen Bemühungen in Zentralasien verdeutlichen erneut die Wichtigkeit der dortigen Rohstoffvorkommen und das Russland durch „[...] langfristige Lieferverträge mit den kaspischen Regionalstaaten vollendete Tatsachen schaffen [will], bevor die EU zu einer gemeinsamen Energiepolitik gegenüber Zentralasien [...] in der Lage ist und [sich selbst] neue Diversifizierungsmöglichkeiten für ihre [Rohstoffe] eröffnet.“³¹⁸

³¹⁵ Vgl. Götz: Russlands Erdgas, S. 13f.

³¹⁶ Vgl. Rahr: Energie für das 21. Jahrhundert, nS. 15-23.; Minkovska: Energiepolitik Russlands, S. 16.

³¹⁷ Vgl. <http://www.bp.com/sectiongenericarticle.do?categoryId=9006669&contentId=7015093>.

³¹⁸ Umbach: Die neuen Herren der Welt, S. 57f.

6.2 Nord-Stream und South –Stream

Die Besonderheit an beiden Pipelineprojekten ist, dass diese als eine Art „[...] *geoökonomische Kooperation* [...]“ angesehen werden können.³¹⁹ Beide verbinden direkt „[...] *den westeuropäischen Absatzmarkt mit Russland*“. ³²⁰ Experten schätzen, dass bei Inbetriebnahme die europäische Energieabhängigkeit zwischen 25 % und 40 % sinken wird.³²¹ Für die Ukraine würden beide Projekte bei endgültiger Inbetriebnahme eine Herabstufung der bisherigen Monopolstellung als Transitstaat bedeuten. Eine weitere Besonderheit ist, dass beide Pipelines als russisch-europäische Projekte angesehen werden.

6.2.1 Nord-Stream-Pipeline

Die Nordeuropäische Gaspipeline oder auch Nord-Stream-Pipeline, ist ein privates Joint-Venture Projekt der Nord Stream AG, bestehend aus fünf Anteilseignern, wovon der russische Gasgigant Gasprom die Mehrheit von 51 % hält.³²² Geplant ist, dass ab Ende 2011 zunächst um die 27 Mrd. m³ Erdgas vom russischen Hafen Portowaja, nahe der Stadt Wyborg durch die Ostsee bis nach Lubmin bei Greifswald transportiert werden. Dadurch gelingt es der Russischen Föderation, diverse Transitstaaten, wie beispielsweise Polen, zu umgehen. Die Pipeline hat eine Länge von 1.224 km und verläuft davon 1.127 km unter der Ostsee.³²³ Am 8. November 2011 wurde bereits der erste Pipelinestrang in Kraft genommen.³²⁴ Nach der Fertigstellung des zweite Pipelinestranges Ende 2012 ist

³¹⁹ Pepe, Jacopo Maria: Die Gasversorgung Europas. Das Dreieck EU-Russland-Ukraine zwischen Geopolitik, Geoökonomie und Securization, Potsdam 2010. (Horizonte; 3), S. 108.

³²⁰ Ebd., S. 108.

³²¹ Vgl. Ebd., S. 109.

³²² BASF Wintershall AG und E.ON Ruhrgas besitzen 15,5 Prozent Anteil. Der französische Energiekonzern GDF Suez und die niederländische Gasunie sind jeweils mit 9 Prozent beteiligt. Der russische Energiekonzern Gasprom hält mit 51 Prozent die absolute Mehrheit. Vgl. <http://www.nord-stream.com/de/our-company.html>.

³²³ Vgl. <http://www.nord-stream.com/pipeline/>.

³²⁴ Vgl. <http://www.nord-stream.com/de/presse-informationen/pressemitteilungen/feierliche-inbetriebnahme-der-nord-stream-pipeline-meilenstein-fuer-die-europaeische-versorgungssicherheit-388/>.

angedacht jährlich 55 Mrd. m³ Erdgas zu transportieren.³²⁵ Die Baukosten belaufen sich mittlerweile auf mehr als 7 Mrd. Euro.³²⁶

Die Historie der Pipeline reicht bis in die 90er Jahre zurück, wo es zunehmend zu Auseinandersetzungen zwischen der Ukraine und Russland kam. Grund war in erster Linie, dass es in der Ukraine zu unerlaubten Gasentnahmen kam. Daraufhin entschloss sich Gazprom, zusammen mit den finnischen Energiekonzern Neste Oy³²⁷, eine alternative Pipeline, die so genannte Nordeuropäische Gaspipeline zu bauen³²⁸. Diese Pipeline sollte vom damals noch nicht erschlossenen Shtokman-Gasfeld gespeist werden.³²⁹ Als sich Gazprom jedoch im Jahr 2004 entschied, aus dem Shtokman Gasfeld, LNG (Liquified Natural Gas) herzustellen, zog sich Finnland zurück, da dies eine Pipeline entbehrlich machte. Jetzt sollte das Gas aus dem sibirischen Jushno-Russkoje gewonnen werden. Den deutschen Energiekonzern E.ON, sowie der deutschen Wintershall AG, eine Tochtergesellschaft der BASF, gelang es zunehmend immer mehr ausländische Konkurrenten auszubooten. Im September 2005 folgte die Unterzeichnung des Abkommens zwischen dem damaligen Präsidenten Wladimir Putin und dem deutschen Kanzler Gerhard Schröder.³³⁰ Nach umfangreichen Gutachten über die technischen Voraussetzungen und die Wirtschaftlichkeit einer solchen Pipeline, wurde bereits im Dezember 2000 von der Europäischen Kommission der Status eines Transeuropäischen Netzwerk TEN vergeben und im Jahr 2006 nochmalig bestätigt³³¹. Der damalige Energiekommissar Andris Pibals sieht die Pipeline *„[...] als sehr positiv für die Versorgungssicherheit von Europa. Je mehr Möglichkeiten des Transports von Gas wir haben, desto besser. Je mehr Leitungen wir haben, desto sicherer die Versorgung.“*³³² Damit war das Projekt auch von europäischer Seite abgesichert.

³²⁵ Vgl. <http://www.nord-stream.com/de/projekt.html>.

³²⁶ Vgl. Kneissl, Karin: Der Energiepoker: Wie Erdöl und Erdgas die Weltwirtschaft beeinflussen, München 2008, S. 109f.

³²⁷ Website der Firma Neste Oy: <http://www.nesteoil.com/>.

³²⁸ Vgl. Götz, Roland: Die Ostseegaspipeline: Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?, S.1.

³²⁹ Vgl. Rippert: Die energiepolitischen Beziehungen, S. 176f.

³³⁰ Vgl. Cameron, Fraser : Das Projekt Nord Stream-Gaspipeline und seine strategischen Implikationen. Brüssel 2007.

³³¹ Vgl. Vgl. Cameron: Das Projekt Nord Stream, S.3.

³³² Ansprache vor dem Ost-West-Wirtschaftsklub e.V. in München am 13.10.2006.

Wie bereits kurz angesprochen, wird das Projekt von der Öffentlichkeit sehr kritisch betrachtet, da Anrainerländer wie die Baltischen Staaten oder Weißrussland und die Ukraine umgangen werden und diese die Pipeline als Versuch der Spaltung der Europäischen Union ansehen. Daher ist es nicht verwunderlich, dass viele EU-Länder die Entscheidung für den Bau einer derartigen Pipeline als einen Verstoß gegen „[...] die eingeschworene Solidarität der europäischen Partnerschaft[...]“ ansehen.³³³ Finnland und Schweden sehen darüber hinaus eine mögliche Gefährdung des Umweltschutzes in der Ostsee vorliegen.³³⁴ Weiterhin entfallen für Russland die Transitgebühren, was wiederum negative ökonomische und strategische Auswirkungen für die oben genannten Staaten mit sich bringt.³³⁵ Ihre Verhandlungsposition gegenüber Russland und somit auch Gazprom werden zunehmend geschwächt. Es bestünde die Gefahr das russisches Erdgas noch mehr als politisches Druckmittel von Russland eingesetzt wird. Für Russland stellt die Pipeline in erster Linie eine Transportalternative zu dem bisher über die Ukraine geführten Pipelinennetz dar.³³⁶ Zum anderen gelingt es Russland damit seine geostrategischen Interessen zu stärken.³³⁷ Kritiker befürchten eine Zunahme der Energieabhängigkeit der Europäischen Union von Russland.

Von deutscher Seite wird der Bau der Pipeline als eine Verschmelzung von Politik und Wirtschaft verstanden. Nur 10 Tage vor der Bundestagswahl wurde der Vertrag abgewickelt. In den darauffolgenden Monaten kam es zudem zu Widersprüchen bezüglich des Zustandekommens des Vertrages und als im März 2006 der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in den Aufsichtsrat berufen wurde, war für viele ihre Ansicht bestätigt. Nicht außer Acht zu lassen, ist auch die Rolle des Geschäftsführers der Nord Stream AG, Matthias Warnig. Dieser war zuvor Aufsichtsratsvorsitzender der Dresdner Bank und zu DDR-Zeiten als Auslandsspion des Ministeriums für Staatssicherheit tätig.³³⁸ Besonders Schweden befürchtete, dass die Pipeline nicht nur zum Transport von Gas dienen könnte,

³³³ Sterniczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 86.

³³⁴ Vgl. Ebd., S. 86f.

³³⁵ Vgl. Götz: Die Ostseegaspipeline, S.3.

³³⁶ Vgl. Götz: Energiepotentes Russland, S. 120f.

³³⁷ Vgl. Götz: Die Ostseegaspipeline, S.1.

³³⁸ Vgl. Kneissl: Der Energiepoker, S. 109f.

sondern ebenfalls zur Weitergabe sicherheitsrelevanter Informationen und Daten.³³⁹ Die Befürworter hingegen sehen in dem Bau der Pipeline ein wichtiges Infrastrukturvorhaben, das für die Sicherung der Energieversorgung Deutschland und der EU steht.

Lange Zeit wurde auch über die Einrichtung einer so genannten Bernstein- oder Amber-Pipeline diskutiert³⁴⁰. Hierbei würde das russische Gas nicht durch die Ostsee, sondern durch das Baltikum und Polen verlaufen. Dies hätte nicht nur eine Minimierung der Baukosten zum Vorteil. Dennoch entschied man sich gegen dieses Projekt, was wiederum auch die politische Rolle der Pipeline widerspiegelt.³⁴¹

Von Seiten der EU wird dieses Projekt durchaus unterstützt, da sie an einer gewissen Vielfalt von Energieversorgungsrouten interessiert sind. Vor allem Deutschland liegt viel an einer so genannten strategischen Partnerschaft in allen Bereichen, auch der Energie. Daher wird die Pipeline sowohl von Russland als auch von Deutschland als ein Element ihrer Partnerschaft angesehen. Zudem beschert der Bau der Pipeline auch den deutschen Unternehmen neue Aufträge. Fakt ist aber auch, dass Deutschland und die Europäische Union nicht allein durch russische Erdgasreserven auskommen können. Sie sind zunehmend auch auf Lieferungen aus dem Nahen Osten und Afrika angewiesen. Demnach sind die wirtschaftlichen Vorteile der Pipeline durchaus als gering anzusehen.

6.2.2 South-Stream-Pipeline

South-Stream wurde im Jahr 2007 als Gemeinschaftsprojekt vom russischen Energiekonzern Gazprom und der italienischen Energiefirma ENI³⁴² ins Leben gerufen. Geplant ist, dass die Pipeline vom Schwarzen Meer aus Südrussland nach

³³⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 185.

³⁴⁰ Im Jahr 2005 befürwortet der damalige estnische Außenminister Urmas Paet diese Variante. Diese Pipeline würde nicht nur die Kosten minimieren, sondern darüber hinaus auch die Risiken des Gastransits. Vgl. <http://www.russland.ru/schlagzeilen/morenews.php?iditem=18137>

³⁴¹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 186.

³⁴² Website der Firma ENI: http://www.eni.com/en_IT/home.html.

Bulgarien verläuft und von dort ein Strang über den Balkan nach Ungarn und ein zweiter Strang Richtung Italien und Griechenland.³⁴³ Die mehr als 2.000 km lange Pipeline soll jährlich bis zu 63 Mrd. m³ Gas transportieren.³⁴⁴

Besondere Herausforderung ist die Verlegung der Pipelinerohre im Schwarzen Meer, das stellenweise bis zu 2000 Meter tief reicht. Der Vorteil für Russland durch South-Stream ist bereits wie bei der Nord-Stream-Pipeline, die Umgehung der Ukraine als bisheriges Transitland. Da die Pipeline ab Bulgarien fast identisch mit der Nabucco-Pipeline verlaufen soll, wird es von vielen Beobachtern als Konkurrenzprojekt angesehen.³⁴⁵ Dies wird durch Aussagen von Gazprom zudem geschürt: „[...] anders als Nabucco hat unser Projekt alles, was erforderlich ist: die nötige Menge Gas, die die Langlebigkeit des Projekts garantieren, langfristige Verträge und das technische und unternehmerische KnowHow.“³⁴⁶ Hierbei sind aber zwei Szenarien zu bedenken. Sollte es zu einem weiter steigenden europäischen Gasimport kommen, so wären beide Pipelines unverzichtbar. Wenn es jedoch zu einer Stagnation oder gar einem Rückgang des Importbedarfs kommt, wären beide mit der Thematik der Auslastung und wirtschaftlichen Rentabilität betroffen.³⁴⁷ Experten gehen davon aus, dass in diesem Fall Russland zunächst den Transit durch die Ukraine einschränkt.³⁴⁸

Ferner hat ebenfalls South-Stream mit diversen Herausforderungen zu kämpfen. Die hohen Investitionen stellen dabei eine besondere Problematik dar. Derzeit rechnet Gazprom mit Investitionen von über 24 Milliarden Euro, was deutlich mehr ausmacht, als das, was derzeit für die Nabucco-Pipeline veranschlagt wird.³⁴⁹ Weiterhin ist es der Russischen Föderation nicht gelungen das Projekt auf die Liste der Energieinfrastrukturprojekte der EU zu setzen, wodurch teilweise auch eine finanzielle Beteiligung durch die EU möglich gewesen wäre. Ebenfalls gibt es zunehmende Spannungen mit Bulgarien, da es sich bisher weigert sein

³⁴³ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 42.; Christie, Edward: Oil and gas dependence of EU-15 countries, Wien 2007.

³⁴⁴ Vgl. Stermiczky: Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“, S. 87.

³⁴⁵ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 43.

³⁴⁶ Zit. nach: Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 197.; Medvedev, Alexander: Interview bei EuroNews ausgestrahlt am 03. Februar 2009.

³⁴⁷ Vgl. Götz: Erdgas aus dem Kaspischen Raum, S. 43.

³⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 43.

³⁴⁹ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 197.

Pipelinenetz für South-Stream freizugeben. Die bulgarische Regierung befürchtet, dass damit eine Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen erfolgt.³⁵⁰

Dennoch ist das South-Stream-Projekt einen wichtigen Schritt dem Nabucco-Projekt voraus. Bereits zwei Jahre nach der offiziellen Verkündung des Projektes wurden mit einem Großteil den an South-Stream beteiligten Länder (u.a. Griechenland, Italien, Russland, Serbien) Rahmenverträge zum Bau der Pipeline unterzeichnet. Ferner hat Gazprom in den letzten Jahren vermehrt Investitionen getätigt, um sich in diverse Energieversorger und Gashandelsplattformen einzukaufen. Unter anderem besitzt Gazprom seit dem Jahr 2008, 50 % an der österreichischen Gashandelsplattform Baumgarten, was als Endpunkt für die Nabucco-Pipeline geplant ist. Dies bedeutet nicht weniger, dass egal ob das Gas über Nabucco oder South-Stream kommt, es endet definitiv an einem von Gazprom kontrollierten Verteilerpunkt.³⁵¹

³⁵⁰ Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 198.; Bulgaria ousted from Russia's South Stream pipe, EurActiv, 20.10.2009. <http://www.euractiv.com/en/energy/bulgaria-ousted-russia-south-stream-pipe/article-186583>, 21.10.09.; Bulgaria gets cold feet over South Stream, EurActiv, 14.07.2009. <http://www.euractiv.com/en/energy/bulgaria-gets-cold-feet-south-stream/article-184086>, 15.07.09.

³⁵¹ Vgl. Handelsblatt: Gazprom steigt bei OMV-Gashandelsplattform ein, 25.01.2008. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/gazprom-steigt-bei-omv-gashandelsplattform-ein;1382566> vom 24.03.09.; Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 285f.

7. Schlussfolgerung

Die derzeitige globale Situation im Energiesektor stellt die Europäische Union vor große Herausforderungen. Das größte Problem bleibt aber für die Institutionen der EU nach wie vor die mangelnde Kompetenzberechtigung im energiepolitischen Bereich, sowie die divergierenden Interessen ihrer Mitgliedsstaaten. Dabei ist ersichtlich, dass die Europäische Union mehr denn je auf eine gemeinsame Energiestrategie angewiesen ist, um die Versorgungssicherheit in den kommenden Jahrzehnten zu gewährleisten und auch gegenüber seinem starken Partner Russland überzeugen zu können. Die derzeitigen Verträge und Abkommen, die der EU im Energiebereich zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, um handlungs- und durchsetzungsfähig zu bleiben. Die viel größere Gefahr für die Europäische Union geht daher derzeit nicht von Russland aus, sondern von den eher mäßig voranschreitenden Fortschritten bei der Errichtung der notwendigen Transportkapazitäten und der Erschließung neuer Energievorkommen.

Ganz anders die Linie des Kreml. Während die Europäische Union auf marktwirtschaftliche Prinzipien setzt, hält Russland das Prinzip der staatlichen Kontrolle als Anker weiter aufrecht. Die Russische Föderation hat eine Energiestrategie entworfen, die auf eine Ausweitung der staatlichen Kontrolle und Exportkapazitäten setzt. Durch Lieferverträge mit den Staaten des Kaspischen Raumes, dem Ausbau ihrer Beziehungen nach Asien und ihren eigenen Ressourcen kann es ihnen gelingen ihren Status als eine Energiegroßmacht zu halten und weiterhin eine Schlüsselposition auf dem Weltmarkt einzunehmen. Ebenfalls das South-Stream-Projekt unterstreicht die Ambitionen der Erhaltung ihrer Vormachtstellung.

Fakt ist aber auch, dass selbst wenn die geschäftlichen Beziehungen von russischer Seite mit Asien ausgebaut werden, so ist Russland auf den Absatzmarkt der EU nach wie vor angewiesen. Auch sind in den Beziehungen zwischen der EU und Russland immer wieder Phasen von Annäherung und Entfremdung sichtbar. Beispielsweise hat der russisch-ukrainische Gaskonflikt für Empörung von Seiten der Europäischen Union gesorgt, da machtpolitische Hintergründe spekuliert

wurden und Russland wöhlte nur seine Vormachtstellung unter Beweis stellen. Beim Bau der Nord-Stream-Pipeline hingegen, erfolgte durchaus eine Annäherung zwischen Brüssel und Moskau, auch wenn einzelne Mitgliedsstaaten den Bau sehr unterschiedlich bewerten.

Die Pipeline-Projekte Nabucco und South-Stream hingegen sind jedoch erneut als ein Zeichen der Entfremdung zu sehen. Wie sich letzten Endes vor allem das Nabucco-Projekt entwickelt ist derzeit nicht vorhersehbar. Besonders bei Betrachtung der derzeit noch nicht ausreichenden Liefermengen, damit die Rentabilität und Auslastung der Pipeline gewährleistet ist, müssen dringend weitere Staaten des Kaspischen Raumes Lieferverträge unterzeichnen. Bei South-Stream geht es weniger um die Auslastung, als um die ökonomische Rationalität.³⁵² Beide Seiten versuchen der Öffentlichkeit jeweils ihr eigenes Bild der so genannten Realität zu vermitteln. So arbeitet Gasprom mit westlichen PR-Agenturen zusammen um Zweifel an der Umsetzbarkeit von Nabucco aufkommen zu lassen.³⁵³ Wenn etwaige Teilerfolge von Seiten des Nabucco Konsortiums öffentlich werden, erfolgt fast immer eine Reaktion von russischer Seite, wonach South-Stream die Prognosen von Nabucco leicht übertrumpft, sei es Fördermenge oder die Schnelligkeit der Realisierung.

Festzuhalten bleibt, dass das prestigereiche Nabucco-Projekt nicht nur mit der Unterzeichnung von Lieferverträgen, der Beschaffung ausreichender Gasmengen und den Transitverhandlungen im allgemeinen zu kämpfen hat, sondern vielmehr wird es auch durch die europäischen Akteure ad Acta geführt. Allein das ENI, OMV und MOL ebenfalls bei South-Stream mitwirken möchten, führt zu einer Destabilisierung. Weit schlimmer ist jedoch das damit ein Projekt, was als ein „*Vorhaben von europäischen Interesse*“ ausgerufen wurde, an Glaubwürdigkeit verliert, wenn die teilnehmenden europäischen Staaten und Unternehmen sich gleichzeitig Konkurrenzprojekten anschließen. Es gibt zunehmend lauter werdende Stimmen, dass es ratsam wäre Nabucco und South-Stream zu

³⁵² Vgl. Geden, Oliver: Versorgungssicherheit – auch ohne neue Gasleitungen. In: Frankfurter Allgemeine vom 04.08.2010, S.8.

³⁵³ Vgl. Geden, Oliver: Versorgungssicherheit – auch ohne neue Gasleitungen. In: Frankfurter Allgemeine vom 04.08.2010, S.8.

vereinigen.³⁵⁴ Damit wäre für Nabucco das Problem der fehlenden Gasmengen weitgehend gelöst und für South-Stream würde dies eine Senkung der Baukosten bedeuten, da ab dem europäischen Festland keine weitere Pipeline gebaut werden müsste, sondern die Nabucco-Pipeline übernehmen könnte. Gleichzeitig wäre dies aber das Ende von einigen bedeutenden Grundgedanken der europäischen Energiepolitik: die Diversifizierung ihrer Energieimporte und die Verringerung der Abhängigkeit von russischem Gas.

Jedoch verdeutlicht die bisherige Entwicklung zunehmend, dass das Nabucco-Projekt nichtmehr in die Realität umgesetzt werden kann. Nabucco würde damit erneut als ein Paradebeispiel für die Durchsetzung der jeweils nationalen Interessen der Mitgliedstaaten stehen und das der Versuch, die Etablierung einer einheitlichen, europäischen Energiepolitik erneut einen Rückschlag erleiden würde.

Zu groß sind immer noch die Vorurteile auf beiden Seiten. Die Russische Föderation ist angehalten die EU als gleichberechtigten Partner wahrzunehmen und gleichzeitig muss die EU sich von dem Vorurteil frei machen, dass Russland zu übermächtig sei. Nur so ist es möglich zukünftig ein kooperatives Verhältnis aufzubauen, das nicht von gegenseitigen Abwägen und Vorurteilen bestimmt ist. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre, die Nabucco-Pipeline an das South-Stream-Projekt zu koppeln und damit ein gemeinsames europäisch-russisches Pipelineprojekt zu entwerfen.

³⁵⁴ Die französische Europaabgeordnete Anne Laperrouze, welche unter anderem den Bericht über die Überprüfung der Energiestrategie der Europäischen Union verfasste, gilt als eine der Begründer der Idee das Nabucco-Projekt mit South-Stream zu vereinigen und damit die wesentliche Probleme von Nabucco lösen und gleichzeitig eine Diversifizierung der Transportrouten gewährleisten und ebenfalls Zugang zu den Ressourcen aus dem Kaspischen Meer gewähren. Vgl. Krämer: Energiesicherheit Europas, S. 200f.; EU erwägt Russland in Nabucco-Projekt einzubeziehen, EurActiv, 02.02.2009. <http://www.euractiv.com/de/energie/eu-erwagt-russland-nabucco-projekt-einzubeziehen/article-179064>, 16.02.09.

8. Abstract

8.1 Deutsch

Die vorliegende Masterarbeit beschäftigt sich mit den Energiebeziehungen der Europäischen Union und Russland, unter besonderer Berücksichtigung der Nabucco-Pipeline, welche als ein europäisches Prestigeprojekt angesehen werden kann. Die Besonderheit der Pipeline ist, dass sie den europäischen Energiemarkt mit den Gasreserven des kaspischen Raumes verbinden soll und dabei außerhalb der Gebiete der Russischen Föderation und somit auch außerhalb der russischen Einflussnahme, laufen würde. Bei einer möglichen Fertigstellung würde die Pipeline eine Länge von mehr als 3.900 km aufweisen und durch fünf Länder führen. Allein mehr als 2.500 km sind durch die Türkei geplant, was zum Vorteil hätte, dass später auch weitere potenzielle Lieferländer, wie Iran und Ägypten angebunden werden könnten. Im Laufe dieser Arbeit wird nicht nur auf die potentiellen Lieferländer näher eingegangen, sondern ebenfalls ein kritischer Blick auf die beiden russischen Pipelineprojekte Nord-Stream und South-Stream geworfen, die viele Experten als Konkurrenzprojekte ansehen. Nord-Stream liefert bereits erstes Gas nach Europa und ebenfalls South-Stream hat sehr gute Chancen in die Realität umgesetzt zu werden. Für Russland bedeuten beide Pipelines eine weitere Diversifizierung ihrer Energielieferungen nach Europa, unter Umgehung von Transitstaaten wie der Ukraine und Weißrussland.

Die Arbeit verdeutlicht, dass das prestigereiche Nabucco-Projekt zum jetzigen Zeitpunkt als gescheitert bezeichnet werden kann. Nach mehr als 9 Jahren ist es nicht gelungen mit einem Großteil der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres Lieferverträge über ausreichende Gasmengen zu vereinbaren. Ferner gibt es immer noch keinen offiziellen Baustart und auch die finanzielle Komponente ist nicht ausreichend abgesichert, trotz massiver Unterstützung seitens der Europäischen Union.

Um ein umfassendes Bild zu erhalten, wird darüber hinaus auch über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation informiert und die wichtigsten Meilensteine aufgeführt. Dabei zeigt die Arbeit auf, dass das Verhältnis zwischen beiden Seiten, von

Beginn an, aus Phasen der Annäherung und Entfremdung besteht. Dabei können weder die Europäische Union, noch Russland ohne den jeweils anderen Partner bestehen. Russland benötigt, auch wenn es derzeit Richtung Asien und Kaspischen Raum strebt, weiterhin den europäischen Absatzmarkt um Geld für Investitionen in die marode Infrastruktur zu ermöglichen. Dahingegen steigt bei der EU in den kommenden Jahren der Energieverbrauch massiv an. Selbst bei einem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien und weiteren Projekten, wie der Nabucco-Pipeline, kann sie definitiv nicht ohne russisches Gas und Öl auskommen. Daher ist es unabdingbar, dass für eine zukünftige Kooperation auf dem Gebiet der Energiepolitik, die Russische Föderation angehalten ist die EU als gleichberechtigten Partner wahrzunehmen und gleichzeitig muss die EU sich von dem Vorurteil frei machen, dass Russland zu übermächtig sei.

8.2 Englisch

The thesis deals with the energy relations between the European Union and Russia, with a special focus on the Nabucco-Pipeline. The uniqueness of this pipeline is that it tries to connect the European energy markets with gas reserves of the Caspian Sea by circumvention of the Russian territory and Russian influence. To get a better impression about the Pipeline you can deal with following numbers: A length of more than 3.900 km and crossing five countries. More than 2.500 km of that pipeline are currently planned through Turkey. One advantage of this route through the Turkish territory is that in the future it would be possible to link with other gas supplying countries like Iran or Egypt. This thesis clarifies that the European Nabucco project failed miserably. The result after more than 9 years of Nabucco: Not enough contracts with the gas supplying countries around the Caspian Sea. Furthermore no progress by the construction of the pipeline and by getting into detail with the financial situation you will recognize that also this issue seems not to be clarified so far. In addition to that, Russia started two major pipeline projects called North-Stream and South Stream. Both pipelines are designed to bring even more Russian gas to Europe under

circumvention of countries like Ukraine and Belarus. The North-Stream pipeline already started the gas delivery from Russia and South-Stream has good prospects to be built.

Besides the Nabucco Pipeline, the thesis has the aim to show a comprehensive picture about the development of the energy relations between the European Union and the Russian Federation, including the most important milestones. One main result is that there are phases of convergence and phases of alienation. But one fact is that neither the Russian Federation nor the European Union can exist without the other one. Even if Russia is currently focusing in the direction of Asia and the Caspian Sea, it will need the European supply markets also in the future. Russia needs money to rebuild their old infrastructure and especially the pipeline-system. On the other hand the European Union expects more energy demand in the future and even if it tries to extend their efforts in the area of renewable energy and other major energy projects, like the Nabucco, it is not possible to exist without Russian gas and oil. For the future it is inevitable that Russia accepts Europe as an equivalent partner and Europe needs to break the bias that Russia is a superior power.

9. Abbildungsverzeichnis

[letzter Zugriff auf alle Bilder: 20.01.2012]

9.1 Pipelinenetz von Russland



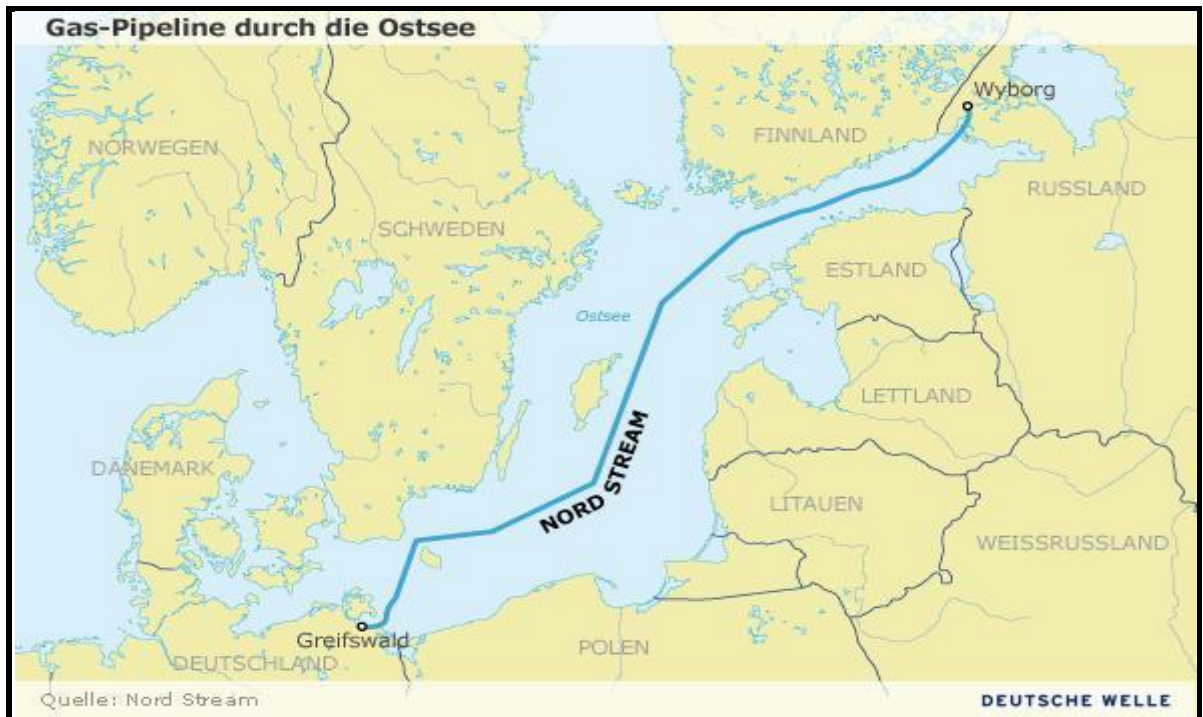
[<http://205.254.135.7/emeu/cabs/Russia/images/2010%20Major%20Oil%20and%20Gas%20Pipelines%20to%20Europe.gif>]

9.2 Nabucco-Pipeline



[http://www.dw-world.de/image/0,,4470810_1,00.jpg]

9.3 Nord-Stream-Pipeline



[http://www.dw-world.de/image/0,,5046346_1,00.jpg]

9.4 South-Stream-Pipeline



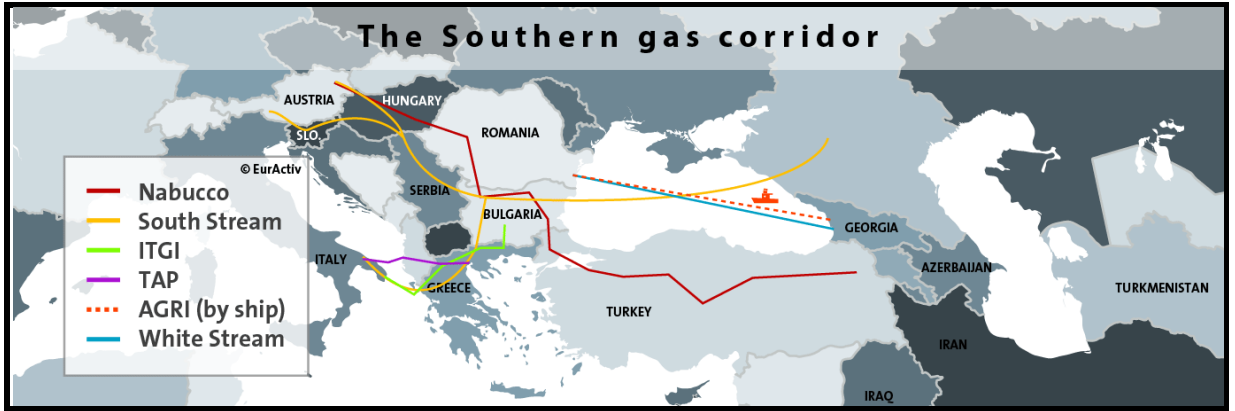
[http://www.novinite.com/media/images/2009-12/photo_verybig_111107.jpg]

9.5 Shtokman Gasfeld



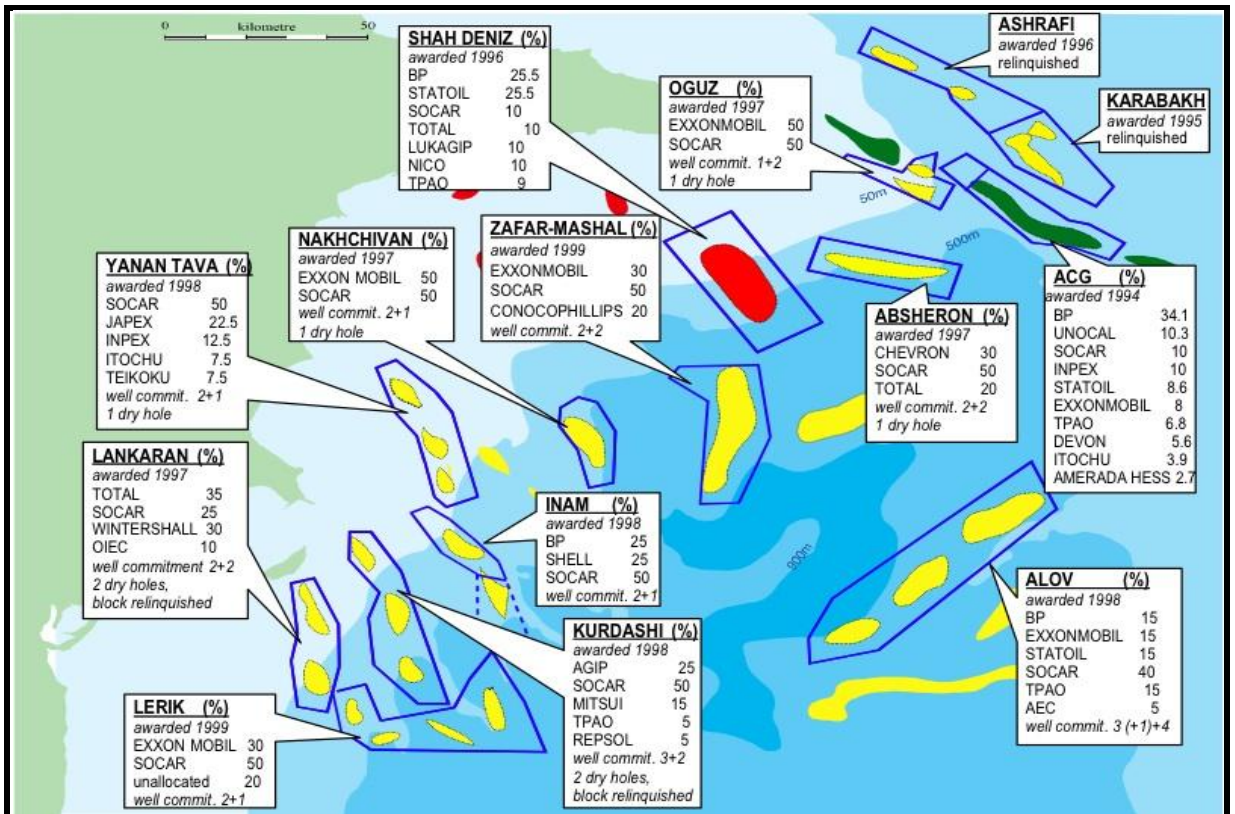
[<http://www.gazprom.com/f/posts/39/062364/shtokman-map-en.jpg>]

9.6 Pipelinenetz Südlicher Korridor



[http://www.euractiv.com/sites/all/euractiv/files/Southern_gas_corridor_0.gif]

9.7 Aserbaidshan – Shah Deniz Feld



[http://europe.theoil Drum.com/uploads/884/061118_AZ_offshore_exploration_blocks.jpg]

9.8 Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline und South Caucasus Pipeline



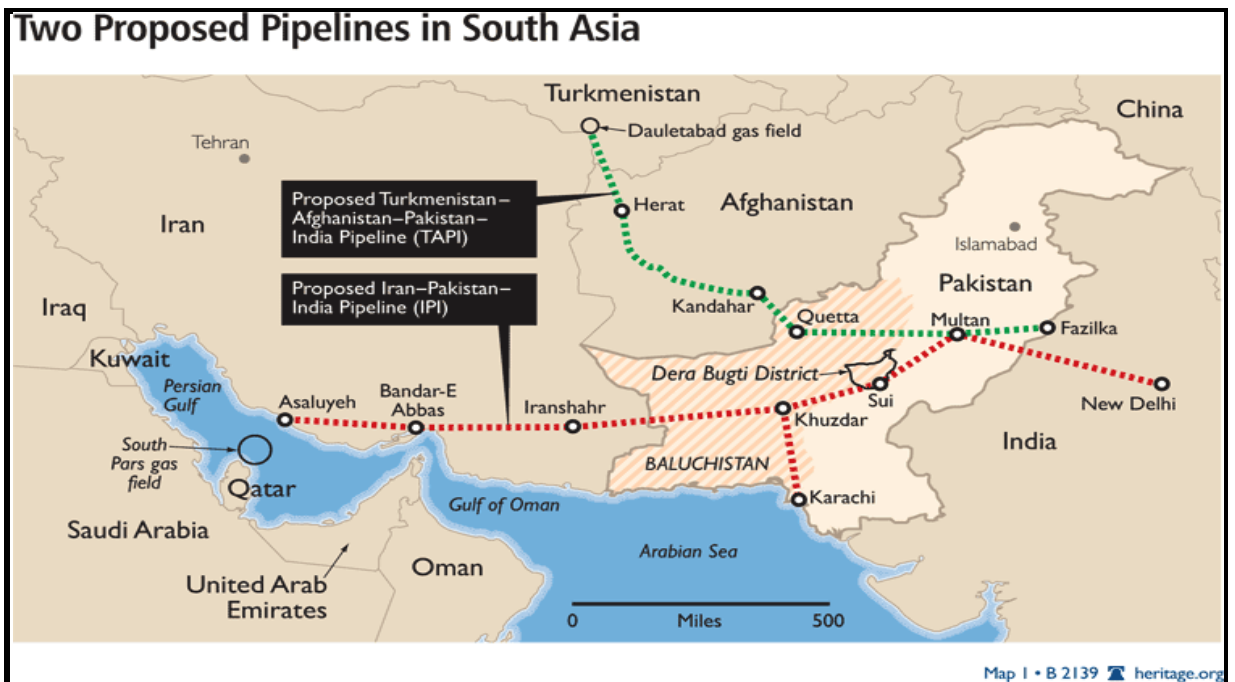
[http://new.backoffice.euromoneydigital.com/images/46/22121/p24_map.gif]

9.9 Trans Adriatic Pipeline



[<http://serbianna.com/analysis/wp-content/uploads/2011/01/trans-adriatic-pipeline.jpg>]

9.10 TAPI and IPI Pipeline



[http://newsblaze.com/pix/2011/0202/pix/TAPI_and_IPI_Pipelines.gif]

10. Abkürzungsverzeichnis

Abb.	-	Abbildung
BGR	-	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BP	-	British Petroleum
BTCP	-	Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline
CO ₂	-	Kohlenstoffdioxid
ECV	-	Energiechartavertrag
EdF	-	Electricité de France
EG	-	Europäische Gemeinschaft
EGV	-	Vertrag über die Europäischen Gemeinschaften
EGKS	-	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ENI	-	Italienischer Energiekonzern, Ente Nazionale Idrocarburi
EP	-	Europäisches Parlament
EU	-	Europäische Union
EUV	-	Vertrag über die Europäische Union
EWG	-	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
GASP	-	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GD	-	Generaldirektion
GUS	-	Gemeinschaft unabhängiger Staaten
IEA	-	International Energy Agency
IEO	-	International Energy Outlook

IPI	-	Iran-Pakistan-Indien-Pipeline
km ²	-	Quadratkilometer
LNG	-	Liquified Natural Gas, verflüssigtes Erdgas
m ³	-	Kubikmeter
Mbd	-	Million barrels per day
Mrd.	-	Milliarde
NEGP	-	Nord European Gas Pipeline
OPEC	-	Organisation of Petroleum Exporting Countries
OSZE	-	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PKA	-	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
SCP	-	South-Caucasus-Pipeline
SWP	-	Stiftung Wissenschaft und Politik
TAP	-	Trans-Adriatic-Pipeline
TAPI	-	Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien-Pipeline
TEN	-	Transeuropäische Netze
TNK	-	Tjumenskaja Neftjanaja Kompanija
UdSSR	-	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
USA		United States of America, Vereinigte Staaten von Amerika
VVE	-	Vertrag über eine Verfassung für Europa
WTO	-	Welthandelsorganisation

11. Literaturverzeichnis

[letzter Zugriff auf Dokumente mit URL: 25.02.2012]

11.1 Dokumente

European Commission (Hrsg.): European Energy and Transport. Trends to 2030 – Update 2007.
[http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/figures/trends_2030_update_2007/energy_trans
port_trends_2030_update_2007_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/figures/trends_2030_update_2007/energy_trans_port_trends_2030_update_2007_en.pdf).

Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Partnerschaftsabkommen Europäische Union Russland: L 321 vom 28.11.1997.
[http://eur-
lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31997D0800:DE:HTML](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:31997D0800:DE:HTML).

Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, L 157/1 vom 24.06.1999. [http://eur-
lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PD
F](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:1999:157:0001:0009:DE:PDF).

Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Vertrag von Lissabon, C 306 vom 17.12.2007.
<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>.

Europäische Kommission (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Vertrag von Lissabon, C 184E/49 vom 06.08.2009. [http://eur-
lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:184E:0049:0062:DE:P
DF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:184E:0049:0062:DE:PDF).

Europäische Kommission (Hrsg.): Eine Energiepolitik für Europa. Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat und das Europäische Parlament, KOM(2007)1 endgültig, Brüssel 2007. [http://eur-
lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF).

Europäische Kommission (Hrsg.): Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument Aserbaidshan. Länderstrategiepapier 2007-2013, Brüssel 2007.
http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/country/enpi_csp_azerbaijan_de.pdf.

Europäische Kommission (Hrsg.): EU-Aktionsplan, KOM(2008) 781. [http://eur-
lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008DC0781:DE:NOT](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52008DC0781:DE:NOT).

Europäische Kommission (Hrsg.): European Community Regional Strategy Paper for Assistance to Central Asia for the period 2007-2013, Brüssel 2007.
http://eeas.europa.eu/asia/rsp/07_13_en.pdf.

Europäische Kommission (Hrsg.): Grünbuch, KOM(2000) 769. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0769:EN:HTML>

Europäische Kommission (Hrsg.): Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie, SEK (2006) 317, KOM (2006) 105, Brüssel, 08.03.2006. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0769:EN:HTML>

Europäische Kommission (Hrsg.): Die Europäische Union und Russland. Enge Nachbarn, globale Akteure, strategische Partner, Brüssel 2007. http://eeas.europa.eu/russia/docs/russia_brochure07_de.pdf.

Europäische Kommission (Hrsg.): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament zum Ausbau der Zusammenarbeit Europa-Mittelmeer im Verkehr und Energiesektor, KOM (2001) 126, 07.03.2001. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52001DC0126:DE:HTML>

Europäische Kommission (Hrsg.): Mitteilung der Kommission an den europäischen Rat und das europäische Parlament. Eine Energiepolitik für Europa [SEK (2007) 12], Brüssel 10.01.2007, KOM (2007) 1 endgültig. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0001:FIN:DE:PDF>.

Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union (Hrsg.): European Union and Central Asia. Strategy for a new partnership, Brüssel 2007. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/librairie/PDF/EU_CtrlAsia_EN-RU.pdf.

Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2020 goda, Moskva, 2003. <http://www.minprom.gov.ru/docs/strateg/1>.

Ministerstvo Energetiki Rossijskoj Federacii: Energeticeskaja strategije Rossii na period do 2030 goda, Moskva 2009. <http://minenergo.gov.ru/activity/energostrategy/full.php>.

11.2 Monographien

Aalto, Pami (Hrsg.): The EU-Russian Energy Dialogue. Europe's future energy security, Aldershot 2008. (The international political economy of new regionalism series).

Balmaceda, Margarita: Energy dependency, politics and corruption in the former Soviet Union. Russia's power, oligarchs', profits, London 2008. (Routledge series on Russian and East European Studies; 37).

Barysh, K. (Hrsg.): Pipelines, politics, and power: the future of EU-Russia energy relations Centre for European Reform (CER), London 2009.

BP (Hrsg.): Statistical Review of World Energy 2010, London 2010. http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2010_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2010.pdf.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Energierohstoffe 2009. Reserven, Ressourcen, Verfügbarkeit, Hannover 2009. http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Energierohstoffe_2009_Teil1.pdf?__blob=publicationFile&v=2.

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Hrsg.): Energierohstoffe Reserven, Ressourcen, Verfügbarkeit, Hannover 2010. http://www.bgr.bund.de/cln_116/nn_322848/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie-Kurzstudie2010,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Energiestudie-Kurzstudie2010.pdf.

Casny, Peter: Die zukünftige Energiepolitik der EU unter besonderen Aspekt der Beziehungen zur Russischen Föderation, Dipl.-Arb., Universität Wien 2007.

Closson, S. Perovic (Hrsg.): Russia's key customer. Russian energy power and foreign relations Routledge, Abingdon 2009.

Espey, Simone: Internationaler Vergleich energiepolitischer Instrumente zur Förderung von regenerativen Energien in ausgewählten Industrieländern, Bremen 2001.

Fredholm, Michael: Gazprom in Crisis, Newcastle 2006.

Gazprom (Hrsg.): Annual Report 2010, Moscow 2010. <http://www.gazprom.com/f/posts/55/477129/gazprom-annual-report-2010-en.pdf>.

Geden, Oliver; Fischer, Severin: Die Energie- und Klimapolitik der Europäischen Union. Bestandsaufnahme und Perspektiven, Baden-Baden 2008. (Denkart Europa; 8).

Grunwald, Jürgen: Das Energierecht der Europäischen Gemeinschaften. EGKS-EURATOM-EG. Grundlagen, Geschichte, Geltende Regelungen, Berlin 2003.

Helm, Dieter: The Russian Dimension and Europe's external energy policy. http://www.dieterhelm.co.uk/sites/default/files/Russian_dimension.pdf.

Hofbauer, Martin: Die Energieabhängigkeit der Europäischen Union und deren Auswirkungen auf den Erdgasbinnenmarkt, Wien 2008.

International Energy Agency (Hrsg.): Energy Policies Review: The European Union, Paris 2008. <http://www.iea.org/textbase/nppdf/free/2008/EU2008.pdf>.

- International Energy Agency (Hrsg.): World Energy Outlook 2009, Paris 2009.
- International Energy Agency (Hrsg.): World Energy Outlook 2010, Paris 2010.
- International Energy Agency (Hrsg.): World Energy Outlook 2011, Paris 2011.
- Janusz, Barbara: The Caspian Sea. Legal Status and Regime Problems. http://www.chathamhouse.org.uk/files/3273_bp0805caspien.pdf
- Karapetian, Haik: Russlands zukünftige Rolle als weltweiter Energielieferant. Unter besonderer Berücksichtigung von Erdöl und Erdgas, Wien 2006.
- Knoll, Silvia: Perspektiven für einen europäisch-russischen Energiemarkt. Eine Analyse des europäischen Energiebinnenmarkts unter Einbezug des Energiepartners Russland, München 2009.
http://books.google.at/books?id=fy-GvcwEDC0C&printsec=frontcover&dq=knoll+energiemarkt&source=bl&ots=iC oqdujv89&sig=SR8JZmLY2nYGMUPbnoassy2Hvqk&hl=de&ei=4MdwTcDUPI fOhAfO_7U7&sa=X&oi=book_result&ct=result&resnum=1&ved=0CBcQ6AEw AA#v=onepage&q&f=false
- Krämer, Luis-Martin: Die Energiesicherheit Europas in Bezug auf Erdgas und die Auswirkungen einer Kartellbildung im Gassektor, Diss., Universität Köln 2011.
- Kullik, Jakob: Die europäische Erdgaspipeline „Nabucco“. Substanzieller Beitrag zur Energieversorgungssicherheit Europas oder Energie- und Geopolitische Schminäne? München, 2010.
<http://www.grin.com/e-book/145011/die-europaeische-erdgaspipeline-nabucco>
- Kurze, Kristina: Europas fragile Energiesicherheit. Versorgungskrisen und ihre Bedeutung für die europäische Energiepolitik, Berlin 2009. (Forschungsberichte internationale Politik; 37).
- Lane, David (Hrsg.): The political economy of Russian Oil, Oxford 1999.
- Liebing, Stefan: Energiepolitik in der EU und Russland. Interessenslagen, Konfliktpotenziale, Kooperationsansätze, Diss., Universität Duisburg-Essen 2010.
- Linskeseder, Michael: Perspektiven für die langfristige Bindung der russischen Erdgasreserven an die EU durch Intensivierung der politischen und ökonomischen Interdependenzen auf diesem Sektor, Diss., Universität Wien 2008.
- Markert, Martina: Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung. Die Europäische Union und Russland: Dependenz oder Interdependenz? München 2008.

Milov, Vladimir: Possible Future of Russian and CIS Oil Production, Paris 2006.
<http://www.oecd.org/dataoecd/28/44/36964009.pdf>.

Minkovska, Natalya: Die Energiepolitik Russlands: Strategien, geopolitische Ausrichtungen und Ambitionen, Brühl 2007.. (Kölner Forum für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik; Bd. 2).

Mükusch, Caroline: Vernetzte Energiesicherheit, Wiesbaden 2011.

Nabieyev, Rizvan: Erdöl- und Erdgaspolitik in der kaspischen Region. Ressourcen, Verträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen, Berlin 2003.

Nötzold, Antje: Die Energiepolitik der EU und der VR China. Handlungsempfehlungen zur europäischen Versorgungssicherheit, Wiesbaden 2011.

Özalp, Mustafa: Das Nabucco Projekt im Rahmen des Beitrittsprozesses der Türkei zur Europäischen Union, Mag.-Arb., Universität Wien 2011.

Organization of Petroleum Exporting Countries (Hrsg.): World Oil Outlook 2009, Vienna 2009.

Organization of Petroleum Exporting Countries (Hrsg.): World Oil Outlook 2010, Vienna 2010.

Organization of Petroleum Exporting Countries (Hrsg.): World Oil Outlook 2011, Vienna 2011.

Pepe, Jacopo Maria: Die Gasversorgung Europas. Das Dreieck EU-Russland-Ukraine zwischen Geopolitik, Geoökonomie und Securization, Potsdam 2010. (Horizonte; 3).

Pleines, Heiko; Westphal, Kirsten: Die Rolle des Gaskonzerns in der russischen Politik und Wirtschaft, Köln 1999. (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien; 33).

Pleines, Heiko: Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994-99), Münster 2003.

Pirani, S. (Hrsg.): Russian and CIS gas markets and their impact on Europe Oxford Institute for Energy Studies , Oxford 2008.

Pollak, Johannes; Schubert, Samuel; Slominsik, Peter: Die Energiepolitik der EU, Wien 2010. (UTB; 3131).

Reiche, Danyel (Hrsg.): Grundlagen der Energiepolitik, Frankfurt/Main 2005.

Rippert, Sébastien: Die energiepolitischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland 2000-2007. (Forum jungen Politikwissenschaft; 16).

Samhaber, Erich: Die Energiepolitik der Europäischen Union mit der Russischen Föderation unter besonderer Betrachtung der Yukos-Affäre, Dipl.-Arb., Universität Wien 2008.

Schulze, Peter W.: Energiesicherheit – ein europäischer Traum. Russland als Energiemacht, Wien 2007.

Spiegel, Björn: Nabucco vs. South-Stream. Die politischen Verhandlungsprozesse im Rahmen des Zwei-Ebenen-Ansatzes, Konstanz 2008.

Stern, Jonathan: The future of Russian gas and Gazprom, Oxford 2005.

Sterniczky, Aaron: Das Planszenario um die „Nabucco-Pipeline“. Eine Darstellung des Vorhabens, eine Einschätzung der Begleitumstände und eine Analyse der politischen Unterstützung durch die österreichische Bundesregierung, Mag.-Arb., Universität Wien 2011.

Talus, Kim (Hrsg.): EU-Russland-Beziehungen im Energiebereich, Brüssel 2010.

Trost, Catharina: Das große Geschäft mit Öl und Gas. Die Ostseepipeline von Russland nach Deutschland, München 2009.
<http://www.grin.com/e-book/145011/die-europaeische-erdgaspipeline-nabucco>.

Umbach, Frank: Globale Energiesicherheit. Strategische Herausforderungen für die europäische Energiesicherheit, München 2003.

Westphal, Kirsten: Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft? Baden-Baden 2000. (Nomos-Universitätschriften; 112).

Westphal, Kirsten (Hrsg.): A Focus on EU-Russian Relations. Towards a close partnership on defined road maps? Frankfurt/Main 2005.

Woltering, Tobias: Die europäische Energieaußenpolitik und ihre Rechtsgrundlagen, Frankfurt/Main 2010.

11.3 Sammelbände

Balmaceda, Margarita (Hrsg.): Europa unter Spannung. Energiepolitik zwischen Ost und West, Berlin 2004.

Koopmann, Martin (Hrsg.): Das kommende Europa. Deutsche und französische Betrachtungen zur Zukunft der Europäischen Union, Baden-Baden 2008. (DGAP-Schriften zur internationalen Politik).

Linke, Kristin (Hrsg.): Prospects of a triangular relationship? Energy Relations between the EU, Russia and Turkey, Berlin 2010.

Peroviãc, Jeronim (Hrsg.): Russian energy power and foreign relations. Implications for conflict and cooperation, London 2009.

Reiche, Katherina (Hrsg.): Energiegeladen. Koordinaten einer zukunftsfähigen Klima- und Energiepolitik, Potsdam 2009.

Trunk, Alexander; Aliyev, Azar: Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum, Köln 2010. (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien der Universität Kiel; 2).

11.4 Aufsätze in Sammelbänden

Bollinger-Kane, Josephine: Gazproms Ambitionen und europäische Mission. In: Walser, Reinhard C. (Hrsg.): Energieversorgung als sicherheitspolitische Herausforderung, München 2008. (Berichte und Studien; 88), S. 135-151.

Götz, Roland: Erdgas aus dem Kaspischen Raum: Die Nabucco-Pipeline. In: Trunk, Alexander; Aliyev, Azar: Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum, Köln 2010. (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien der Universität Kiel; 2), S. 35-47.

Karavaev, Alexander: Erfahrungen kaspischer Globalisierung. In: Trunk, Alexander; Aliyev, Azar: Das Kaspische Meer als Wirtschaftsraum, Köln 2010. (Schriften des Zentrums für Osteuropastudien der Universität Kiel; 2), S. 47-74.

11.5 Zeitschriftenaufsätze

Europa unter Spannung. Energiepolitik zwischen Ost und West. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10.

Energy policy - Europe: EU back-tracks on market liberalisation. In: The Petroleum economist, Bd. 76.2009, 5, S. 30.

Europe: Boost for Nabucco. In: The Petroleum economicst, Bd. 75.2008, 3, S. 31.

Altman, Lothar-Franz: Südosteuropa und die Sicherung der Energieversorgung der EU. In: SWP-Studie, Bd. 1.2007. In: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2007_S01_alt_webvers_ks.pdf.

Aslund, Anders: Russia's Energy Policy: A Framing Comment. In: Eurasian geography and economics : formerly Post-Soviet geography and economics, Bd. 47.2006, 3, S. 321-328.

Austvik, Ole G.; Cygankova, Marina: Europa unter Spannung - Energiepolitik zwischen Ost und West: Energiereichtum: Auf dem Weg zur Konvergenz? Norwegen und Rußland als Gasproduzenten. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 301-317.

Azarch, Luba: Zentralasien und die EU - Aussichten einer Energiepartnerschaft. Quelle: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Berlin 2009. [Arbeitspapier]
http://en.dgap.org/wp-content/uploads/2010/11/2009-07_DGAPana_Azarch_www.pdf.

Baev, Pavelk; Overland, Indra: The South Stream versus Nabucco pipeline race: geopolitical and economic (ir)rationalities and political stakes in mega-projects. In: International affairs, Bd. 86.2010, 5 (Sep.), S. 1075-1091.

Baumann, Florian: Die Innenpolitik der Europäischen Union. Energiepolitik. In: Jahrbuch der europäischen Integration, 2008, S. 141-148.

Bimboes, Detlef: Konfliktherd Energie: Die Ostseepipeline - Das Erdgas aus dem Osten und der neue Kalte Krieg. In: Wissenschaft und Frieden, Bd. 24.2006, 3, S. 16-20.

Bollinger-Kanne, Josephine: Energiesicherheit – Gasprom als Liefergarant und strategischer Partner?. In: http://www.km.bayern.de/blz/eup/03_06/4.asp.

Braun, Jan Frederik: Multiple Sources of Pressure for Change: The Barroso Commission and Energy Policy for an Enlarged EU. In: Journal of Contemporary European Research, Bd. 5.2009, 3, S. 428-451.

Chalker, James: Der Energiecharta-Vertrag: Normen, Regeln, Implementierung. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 55-67.

Christie, Edward: Oil and gas dependence of EU-15 countries, Wien 2007. (WIIW research report; 343).

Cuprov, Vladimir; Grigor'ev, Aleksej: Energiezweig Russland: "Erneuerbare" im Land der ungenutzten Potentiale. In: Osteuropa, Bd. 58.2008, 4-5, S. 275-286.

Deutscher Bundestag (Hrsg.): Die „Nabucco“-Gaspipeline als Teil der EU-Energieaußenpolitik, Berlin 2007. (Wissenschaftliche Dienste).

Edelhofer, Ottmar: Wege zu einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 53.2003, 27, S. 18-26.

Feklyunina, Valentina: The “Great Diversification Game”: Russia’s Vision of the European Union’s Energy Projects in the Shared Neighbourhood. In: Journal of Contemporary European Research, Bd. 4.2008, S. 130-148.

Fernandez, Rafael: Nabucco and the Russian gas strategy vis-a vis Europe. In: Post-communist economies, Bd. 23.2011, 1, S. 69-86.

Fredholm, Michael: The Russian Energy Strategy and Energy Policy. Pipeline Diplomacy or Mutual Dependence? In: Russian Series, Bd. 5.2005, 41. [www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/russian/05\(41\)-MF.pdf](http://www.da.mod.uk/colleges/arag/document-listings/russian/05(41)-MF.pdf).

Geden, Oliver: Die Energie- und Klimapolitik der EU - zwischen Implementierung und strategischer Neuorientierung. In: Integration, Bd. 31.2008, 4, S. 353-364.

Geden, Oliver; Marcelis, Clémence; Maurer, Andreas: Perspectives for the European Union’s External Energy Policy: Discourse, Ideas and Interests in Germany, the UK, Poland and France. . In: SWP-Diskussionspapier Bd. 17, 2006. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/External_KS_Energy_Policy__Dez_OG_.pdf.

Gösler, Daniel: 50 Jahre Römische Verträge: Energiepolitik als Sicherheitspolitik? Eine Zukunftsfrage der Europäischen Union. In: Dokumente, Bd. 63.2007, 2, S. 55-58.

Gösler, Daniel; Kurze, Kristina: Die Innenpolitik der Europäischen Union. Energiepolitik. In: Jahrbuch der europäischen Integration, 2007, S. 135-140.

Götz, Roland: Licht und Schatten. Die Energiepartner zwischen Russland und der EU. In: Osteuropa Bd. 53.2003, S.1525-1539.

Götz, Roland: Pipelinepolitik. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 111-130.

Götz, Roland: Rußlands Energiestrategie und die Energieversorgung Europas. In: SWP-Studie, Berlin März 2004. In: <http://www.ssoar.info/ssoar/View/?resid=26221>.

Götz, Roland: Die Debatte um Europas Energieversorgungssicherheit, SWP-Diskussionspapier, Berlin März 2007. In: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Debatte_ks.pdf.

- Götz, Roland: Europa und das Erdgas des kaspischen Raums. In: SWP-Diskussionspapier, Berlin August 2007. In: http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/DP_Kaspi_ks.pdf.
- Götz, Roland: Russlands Erdgas und Europas Energiesicherheit. In: SWP-Studie, Bd. 21.2007.
- Götz, Roland: Die Nabucco-Gaspipeline: Probleme und Alternativen . In: Osteuropa, Bd. 54.2009, 1-2, S. 1-8.
- Gumpel, Werner: Energy Policy Constraints and Perspectives in Russia . In: Intereconomics, Bd. 31.1996, 1, S. 43-48.
- Hardt, John: Energiereichtum - Holländische Krankheit oder Putinsches Übel Zum Umgang mit Russlands Energiepolitik. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 318-326.
- Haslam, Johnathan: Rising and Resurgent Powers - A Pipeline Runs Through It - With Russia in the driver's seat on energy issues, Europe should worry about running on empty. In: The national Interest, 2007, 92, S. 73-79.
- Havlik, Peter: European energy security in view of Russian economic and integration prospects, Wien 2010. (WIIW research report; 362).
- Hennenhöfer, Gerhard: Energieversorgung im 21. Jahrhundert - Energiewirtschaft zwischen Wettbewerb und Energiepolitik. In: Politische Studien, Bd. 53.2002, 384, S. 44-51.
- Hunter, Edward: Energy Vulnerability and EU-Russia Energy Relations. In: Journal of Contemporary European Research, Vol. 5.2009, 2, S. 272-292.
- Inotai, András: Towards a common Energy Policy in the European Union? In: Romanian Journal of European Affairs, Vol. 8.2008, 3, S. 5-23.
- Jacques, Robert: Two scenarios for Europe: "Europe confronted with high energy prices" or "Europe after oil peaking". In: Futures, Bd. 42.2010, 8 (Okt.), S. 817-825.
- Kemfert, Claudia. Supra- und transnationale Koordination von Energieangebot, -Nachfrage, Umwelt – und Nuklearnichtverbreitungspolitik. In: Jahrbuch internationale Politik, Bd. 27.2006, S. 297-302.
- Klinov, V.G.: Russia and the World in the 21st Century: How to cure a sick economy? In: Rossiya i sovremennyj mir, 2007, 4, S. 5-21
- Liuhto, Kari: Energy in Russia's foreign policy. N.N. 2010. (Electronic publications of Pan-European Institute; 2010,10).

Lochner, Stefan; Bothe, David: Erdgasperspektiven - Nord Stream-Gas, quo vadis? Analyse der Ostseepipeline mit dem TIGER-Modell. In: Energiewirtschaftliche Tagesfragen, Bd. 57.2007, 11, S. 18-22.

Loginov, Michail: Energie als Waffe? Europäischer Versorgungssicherheitsdiskurs als "Threat Industry" und Interessenkonflikte im Dreieck Russland-Polen-Deutschland. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 38.2009, 4, S. 407-422.

Mez, Lutz: Energiepolitik im Osten Europas Ein Forschungsbericht. In: Osteuropa, Bd. 54.2004, 9-10, S. 80-93.

Milov, Vladimir; Coburn, Leonard: Russia's Energy Policy 1992-2005. In: Eurasian geography and economics, Bd. 47.2006, 3, S. 285-313.

Notz, Kristina. EU-Energiepolitik als Herausforderung für die deutsche Ratspräsidentschaft: Quelle: Centrum für angewandte Politikforschung, München 2007. [Arbeitspapier]
<http://www.cap-lmu.de/publikationen/2007/cap-aktuell-2007-03.php>.

Perovic, Jeronim: Farce ums Gas; Russland, die Ukraine und die EU-Energiepolitik. In: Osteuropa, Bd. 59.2009, 1, S. 19-36.

Peterson, Alexandros: Gas for the Nabucco Pipeline. Energy Aria. In: The world today, Bd. 66.2010, 1, S. 30.

Paillard, Christophe-Alexandre: Russia and Europe's Mutual Energy Dependence. In: Journal of international affairs, Bd. 63.2010, 2, S. 65-85.

Pflüger, Friedbert: Energiepolitik. Eine neue Ära des Imperialismus. Für eine europäische Energieaußenpolitik. In: Internationale Politik, Bd. 65.2010, 3, S. 76-84.

Pickl, Matthias; Wirl, Franz: Die Sicherheit der Energieversorgung in der EU. Eine Bewertung des Nabucco Projekts und Vorstellung dessen Open-Season-Auktionsprozesses. In: Zeitschrift für Energiewirtschaft, Bd. 34.2010, 3 (Sep.), S. 153-162.

Rahr, Alexander: Energie für das 21. Jahrhundert. Die neue OPEC. In: Internationale Politik, Bd. 61.2006, 2, S. 15-23.

Renner, Stephan (Hrsg.): Europäische Energiepolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 38.2009, 4, S. 403-482.

Sagers, Matthew: Russia's energy policy. A divergent view. In: Eurasian geography and economics, Bd. 47.2006, 3, S. 314-320.

Sauter, Raphael: EU-Agenda-Setting und europäische Energiepolitik. Das "EU-Nuklearpaket". In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Bd. 38.2009, 4, S. 453-466.

Sauter, Raphael; Grashof, Katherina: Ein neuer Impuls für eine europäische Energiepolitik? Ergebnisse des EU-Frühjahrgipfels 2007. In: Integration, Bd. 30.2007, 3, S. 264-280.

Schäffer, Sebastian: Dispute between Russia and Ukraine settled? Strategies for the European Union to get out of the gas trap. Quelle: Centrum für angewandte Politikforschung, München 2009. [Arbeitspapier]
<http://www.cap-lmu.de/publikationen/2009/caperspectives-2009-01.php>.

Schneider, Jörg; Harbou, Frederik von: Die „Nabucco“-Gaspipeline als Teil der EU-Energieaußenpolitik. In: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Europa Nr. 22/07, 21. Juni 2007.

Sevcova, Liliya: Wirtschaft und Außenpolitik in Russland und Belarus. Russlands Wille zur Weltmacht. In: Osteuropa, Bd. 57.2007, 4, S. 33-52.

Shadrina, Elena: Russia's foreign energy policy. Norms, Ideas and driving dynamics, N.N. 2010. (Electronic publications of Pan-European Institute; 2010,18).
http://www.tse.fi/FI/yksikot/erillislaitokset/pei/Documents/Julkaisut/Shadrina_final_netti.pdf.

Sherr, James: Europe, Russia, Ukraine and Energy. In: The world today, Bd. 65.2009, 2, S. 14-17.

Smid, Karsten: Konfliktherd Energie. Europäische Energiepolitik: Abhängig von Rohstoffen und Monopolstrukturen. In: Wissenschaft und Frieden, Bd. 24.2006, 3, S. 24-28.

Stern, Jonathan: The Russian-Ukrainian gas crisis of January 2006. In: Oxford Institute for Energy Studies 2006.
http://www.oxfordenergy.org/pdfs/comment_0106.pdf.

Stinemetz, Douglas: Russian Oil Sector Rebound to Full Swing. In: Oil & Gas Journal, 2.6.2003, S. 20-30.

Stöckl, Michael: Energiesicherheit. Mögliche Konsequenzen einer erfolgreichen europäischen Energiepolitik für Russland. In: Europäische Sicherheit, Bd. 58.2009, 7, S. 55-57.

Stoiber, Edmund: Energiepolitik. Kooperation mit mehr Energie: Rohstoff-Partnerschaft mit Russland. In: Internationale Politik, Bd. 65.2010, 1, S. 94-98.

Tatarintseva, Marina; Hishow, Ognian H.: Die Energiestrategie der EU und die Kooperation mit Russland. Ungleiche Partner auf der Suche nach einem Ausgleich ihrer Interessen. In: SWP-Aktuell, 48, 2006, S. 1-7. kms1.isn.ethz.ch/.../Files/.../2006_EU_Russia_Energy_D.pdf.

Umbach, Frank: Die Zukunft der Weltenergiesicherheit. Schlussfolgerungen für die europäische Energiepolitik. In: Jahrbuch internationale Politik, Bd. 25.2001, S. 148-150.

Umbach, Frank: Energie und Effizienz. In: Die politische Meinung, Bd. 53.2008, 466, S. 25-30.

Umbach, Frank: Energie für das 21. Jahrhundert. Europas nächster Kalter Krieg. In: Internationale Politik, Bd. 61.2006, 2, S. 6-14.

Umbach, Frank: Sichere Energieversorgung auch in Zukunft. Die Notwendigkeit einer europäischen Strategie In: Internationale Politik, Bd. 59.2004, 8, S. 17-28.

Umbach, Frank: Die neuen Herren der Welt. Öl gleich Macht. In: Internationale Politik, Bd. 61.2006, 9, S. 52-59.

Vinois, Jean-Arnold: The Way towards an Energy Policy for Europe. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Bd. 76.2007, 1, S. 17-25.

Wagner, Jürgen: Gas-OPEC und Afrikanische Nabucco. Der Neue Kalte (Gas-)Krieg zwischen EU und Russland geht in die nächste Runde. In: IMI-Studien, Bd. 5.2009.

<http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2010/2202/>.

Walker, Martin: Russia v. Europe. The Energy Wars. In: World policy journal, Bd. 24.2007, 1, S. 1-8.

Westphal, Kirsten: Russische Energiepolitik. Ent- oder Neuverflechtung von Staat und Wirtschaft. In: Osteuropa, Bd. 50.2000, 12, S. 1412.

Westphal, Kirsten: Energy Policy between Multilateral Governance and Geopolitics. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 2006, 4, S. 44-62.

Westphal, Kirsten: Russisches Erdgas, ukrainische Röhren, europäische Versorgungssicherheit. Lehren und Konsequenzen aus dem Gasstreit, Berlin 2009. (SWP-Studie; 18).

http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2009_S18_wep_ks.pdf

Westphal, Kirsten: Die Nabucco-Erdgaspipeline und die Europäer. In: Russland-Analysen, 176/2009, S. 15-16.

11.6 Zeitungsaufsätze

Asia Times: Russia takes control of Turkmen (world?) gas, vom 30.07.2008.
http://www.atimes.com/atimes/Central_Asia/JG30Ag01.html

Börse-Express: Gemeinsame Erklärung für Nabucco-Projekt unterzeichnet, vom 26. 06.2006. <http://www.boerse-express.com/pages/490344>.

Börse-Express: Es geht um zwei Millionen Tonnen Stahl – der Lieferant ist noch nicht fixiert, vom 23.02.2010. <http://www.boerse-express.com/pages/860088>.

Gismatullin, Eduard: Gazprom expects record 2011 export revenue of \$72,4 billion, vom 28.03.2011. <http://www.cdi.org/russia/johnson/russia-gas-gazprom-exports-feb-386.cfm>.

Gottschlich, Jürgen: Grünes Licht für das Projekt South Stream. In: Der Standard vom 07.08.2009, S. 4.

Der Standard: OMV und Gazprom feiern 40 Jahre Import von russischem Erdgas nach Österreich, vom 17.04.2007.

Der Standard: Österreich und Russland schlossen Pipeline-Abkommen, vom 24.04.2010.

Schnauder, Andreas: Viel Pomp für eine Gasleitung. In: Der Standard vom 13.07.2009, S. 20.

Szemeliker, Leo: Das Nabucco-Projekt wurde immer politischer. In: Der Standard vom 13.07.2009, S. 9.

Auer, Matthias; Keetmann, Jan: Der türkische Knoten für die Nabucco-Röhre. In: Die Presse vom 06.05.2009.
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/476850/Energie_Der-tuerkische-Knoten-fuer-die-NabuccoRohre;

Seibert, Thomas: Nabucco-Pipeline: Gaslieferant verzweifelt gesucht. In: Der Tagesspiegel vom 10.07.2009. <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/gaslieferant-verzweifelt-gesucht/1555320.html>.

Die Presse: Nabucco. Pipeline Kosten explodieren, vom 29. Mai 2008.
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/387054/Nabucco_PipelineKosten-explodieren

Die Presse: Vershoben: Entscheidung über Nabucco nicht vor 2011, vom 8. Oktober 2010. In:
http://diepresse.com/home/wirtschaft/international/600633/Vershoben_Entscheidung-ueber-Nabucco-nicht-vor-2011.

Nabucco - Kann die geplante südliche Gaspipeline die EU unabhängiger von Moskau machen? In: Die Zeit, Bd. 63.2008, 2, S. 20.

Deutsche Welle: Gaspipeline zwischen Iran und Europa bis 2007 entschieden, vom 10. Januar 2006. http://www.dw-world.de/popups/popup_printcontent/0,,1852218,00.html

Deutsche Welle: EU will Nabucco-Pipeline voranbringen, vom 29. Januar 2009. <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3988107,00.html>.

Dow Jones: Öttinger. Nabucco kostet 12 bis 15 Mrd. Euro, vom 09.05.2011. <http://www.dowjones.de/site/2011/05/oettinger-nabucco-kostet-12-bis-15-mrd-eur.html>

Euractiv: Die Europäische Nachbarschaftspolitik, vom 03.08.2007. <http://www.euractiv.com/de/erweiterung/europaische-nachbarschaftspolitik/article-130589>.

Euractiv: EU auf der Suche nach nicht-russischen Gasvorräten, vom 15.04.2008. <http://www.euractiv.com/de/energie/eu-suche-russischen-gasvorraten/article-171635>.

Euractiv: EU fördert Energieprojekte mit 4 Milliarden Euro, vom 16.07.2009. <http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/artikel/eu-frdert-energieprojekte-mit-4-milliarden-euro-001834>.

Euractiv: Ankara courts EU over Nabucco gas supplies, vom 06.10.2009. <http://www.euractiv.com/energy/ankara-courts-eu-nabucco-gas-supplies/article-186094>.

Finanznachrichten: Gazprom may take part in TAPI gas pipeline-offical, vom 22.10.2010. <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2010-10/18318617-gazprom-may-take-part-in-tapi-gas-pipeline-official-020.htm>.

Focus: WTO nimmt Russland im Konsens auf, vom 16.12.2011. http://www.focus.de/finanzen/news/wto-wto-nimmt-russland-im-konsens-auf_aid_694529.html

Busse, Nicolas: Nabucco soll Europas Gasversorgung sicher. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.07.2009.

Busse, Nicolas: Aserbaidshan sagt der EU-Gaslieferungen zu. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.01.2011.

Geden, Oliver: Versorgungssicherheit – auch ohne neue Gasleitungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.08.2010, S.8.

Seiser, Michaela: Projekt Nabucco für Europa. Gasleitungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.01.2009, S.9.

Freedomhouse: Turkmenistan.
<http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=22&year=2010&country=7938>

Handelsblatt: Gazprom steigt bei OMV-Gashandelsplattform ein, vom 25.01.2008.

<http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/50-prozent-beteiligung-gazprom-steigt-bei-omv-gashandelsplattform-ein/2891496.html>.

Handelsblatt: Turkmenistan orientiert sich nach Westen, vom 23.04.2009.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/krach-mit-russland-turkmenistan-orientiert-sich-nach-westen/3162876.html>.

Misin, Vladimir: Sag k eksportu gaza [Ein Schritt zum Gasexport]. In: Nezavisimaja gazeta vom 10.07.2007

Novinite: France GDF Suez may consider joining Nabucco Gas Pipeline, vom 15.10.2009. http://www.novinite.com/view_news.php?id=108932.

Spiegel: Bau der Nabucco-Pipeline verspätet sich, vom 25.03.2010.
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,685569,00.html>.

Nienhuysen, Frank: Zögerliche Lieferanten. In: Süddeutsche Zeitung vom 13.07.2009. <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/gazprom-gegen-nabucco-zoegerliche-lieferanten-1.116350>

Carlisle, Tamsin; Stanton, Chris: Turkey touts proposed gas pipeline from Qatar. In: The National vom 18.01.2011.
<http://www.thenational.ae/business/energy/turkey-touts-proposed-gas-pipeline-from-qatar>.

Verivox: Baubeginn der Nabucco-Pipeline auf 2013 verschoben, vom 06.05.2011.
<http://www.verivox.de/nachrichten/baubeginn-der-nabucco-pipeline-auf-2013-verschoben-73178.aspx>.

Wallstreet Online: Turkmenistan-China Pipeline eröffnet, vom 14.12.2009.
<http://www.wallstreet-online.de/nachricht/2864506-turkmenistan-china-pipeline-eroeffnet>

Wallstreet Online: Bau der Nabucco-Pipeline erst ab 2013. Höhere Kosten Spekulation, vom 06.05.2011. <http://www.wallstreet->

online.de/nachricht/3147228-roundup-bau-der-nabucco-pipeline-erst-ab-2013-hoehere-kosten-spekulation,

Wirtschaftsblatt: Kosten für Nabucco-Pipeline verdoppeln sich, vom 29.05.2008.
<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/osteuropa/kosten-fuer-nabucco-pipeline-verdoppeln-sich-328809/index.do>

Wirtschaftsblatt: Experte spekuliert über die Zusammenlegung von „South Stream“ und „Nabucco“, vom 13.02.2009.

Brunner, Simone: Türkei: Fünf Unterschriften für Nabucco. In: Wirtschaftsblatt vom 09.06.2011.
<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/international/unternehmen/tuerkei-fuenf-unterschriften-fuer-nabucco-476100/index.do>.

11.7 Firmenwebseiten

[letzter Zugriff auf alle Webseiten: 24.02.2012]

Botas: <http://www.botas.gov.tr/defaultEN.asp>.

BP: www.bp.com.; Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline. Spanning three countries from the Caspian Sea to the Mediterranean coast,
<http://www.bp.com/sectiongenericarticle.do?categoryId=9006669&contentId=7015093>.

Bulgargaz: <http://www.bulgargaz.bg/en/>.

EdF: www.edf.com.

EnBW: www.enbw.com.

Enel S.p.A.: www.enel.it.

Eni S.p.A.: www.eni.com.

E.ON: www.eon.com.

Gaz de France: <http://www.gdfsuez.com/>.

ITERA: <http://www.itera.ru/isp/eng/>.

MOL: <http://www.mol.hu/en/>.

Nabucco Gas Pipeline: <http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/en>;
Rechtliches Rahmenwerk für Nabucco-Pipeline abgeschlossen –

Unterstützungsabkommen von allen Transitländern unterzeichnet, 08.06.2011.

http://www.nabucco-pipeline.com/portal/page/portal/de/press/NewsText?p_item_id=A5318212A96CD230E040A8C00201269B

Nord-Stream AG: <http://www.nord-stream.com/de/>.; The Pipeline.

<http://www.nord-stream.com/pipeline/>

Novatek: <http://www.novatek.ru/en/>.

OMV: <http://www.omv.com>.

PGNiG: <http://www.pgnig.pl/pgnig/ri?s,main,language=EN>.

Rosneft: <http://www.rosneft.com/>.

Royal Dutch Shell: www.shell.com.

RWE: <http://www.rwe.com/web/cms/de/8/rwe/>; Überblick zum Gaspipeline-Projekt Nabucco. <http://www.rwe.com/web/cms/de/257318/rwe/presse-news/pressearchiv/gaspipeline-projekt-nabucco/>

SOCAR: <http://new.socar.az/socar/az/home/>.

Statoil: www.statoil.com.

TNK: <http://www.tnk-bp.ru/>.

Total S.A.: www.total.com.

Transgaz: <http://www.transgaz.ro/>.

Transneft: <http://www.transneft.ru/>.

Vattenfall: www.vattenfall.com.

12. Lebenslauf

BERUFLICHER WERDEGANG

03/2012 -

Handelshochschule Leipzig
Head of Executive Education

Arbeitsprachen: Deutsch & Englisch
Führungsverantwortung: 10 Mitarbeiter

- Ausbau der Executive Education Abteilung
- Strategische Planung und Umsetzung der Executive Education Programme
- Durchführung von Akkreditierungen
- Business Development
- Entwicklung, Einführung und Aufbau neuer Studiengänge
- Qualitätsmanagement
- Bereichsbudgetverantwortung
- Verhandlungen und Abschlüsse von internationalen Allianzen und Kooperationen
- Projektmanagement

09/2009 - 03/2012

Wirtschaftsuniversität Wien
Programm Manager

Arbeitsprachen: Deutsch & Englisch
Führungsverantwortung: zwei Assistenten für administrative Belange

- Strategische Planung und Umsetzung der Expansionsstrategie der MBA Programme
- Durchführung von Akkreditierungen (EQUIS, FIBAA, AMBA)
- Entwicklung, Einführung und Aufbau neuer Studiengänge
- Qualitätsmanagement und Budgetverantwortung

- Verhandlungen und Abschlüsse von internationalen Allianzen und Kooperationen
- Projektmanagement: Sponsoring-Projekte, Entwicklung und Aufbau der „WU Executive Insights“
- Erschließung und Management eines internationalen Netzwerkes
- Organisatorische Abwicklung des MBA-Programms

09/2008 - 09/2009

Wirtschaftsuniversität Wien
Programm Assistent

Arbeitssprachen: Deutsch & Englisch

- Betreuung von MBA Studierenden, Alumni und wissenschaftlichem Personal
- Organisation von Lehrveranstaltungen und Events
- Vorbereitung und Organisation von Interviews
- Unterstützung des Programm Managements
- Pflege der Website und CRM

10/2005 - 07/2008

Technische Universität Chemnitz
Studentische Hilfskraft

Arbeitssprache: Deutsch & Englisch

- Betreuung von Studierenden und wissenschaftlichem Personal bei Recherchen in Datenbanken und Online-Katalogen
- Organisation von Lehrveranstaltungen über die Nutzung von Online-Datenbanken und Recherchesystemen

07/2002 - 08/2005

Technische Universität Chemnitz
Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

Arbeitssprachen: Deutsch & Englisch

- Betreuung von Studierenden und wissenschaftlichem Personal bei Recherchen in Datenbanken und Online-Katalogen
- Organisation von Lehrveranstaltungen über die Nutzung von Online-Datenbanken und Recherchesystemen
- Erwerb von Monographien und Periodika

09/1999 - 07/2002

Technische Universität Chemnitz
Ausbildung Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste

Arbeitssprachen: Deutsch & Englisch

- Ausbildung im Bereich Medien und Informationsdienste
- Einblick in alle bibliotheksrelevanten Einrichtungen und Departments

STUDIUM

10/2008- vsl.
05/2012

Universität Wien
Masterstudium Zeitgeschichte

- Derzeit Master-Thesis: „Die Nabucco-Pipeline: ein Versuch europäischer Diversifizierung?“

10/2005 - 07/2008

Technische Universität Chemnitz
Bachelorstudium Europäische Geschichte

- Bachelorarbeit: „Akademische Elitenrekrutierung“
Note: 1,3

SPRACHKENNTNISSE

Englisch:	Verhandlungssicher
Französisch:	Gute Kenntnisse
Polnisch:	Grundkenntnisse
Russisch:	Grundkenntnisse

EDV-KENNTNISSE

MS-Office (Word, Excel, PowerPoint, Access)
CRM-Datenbanken
CMS-Datenbank
Internet
HTML-Grundkenntnisse

EHRENAMTLICHE TÄTIGKEITEN

10/2006 - 03/2008	Mitglied Fachschaftsvertretung
	Mitglied Fakultätsrat
	Mitglied Studierendenvertretung